8. Jahrgang 1960 / Postverlagsort: Stuttgart 2. Heft / April

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

HUGH REDWALD TREVOR-ROPER
Hitlers Kriegsziele

J. W. BRÜGEL
Benesch und die Sudetendeutschen

HANS BUCHHEIM
Totalitäre Herrschaft und totalitäres Denken

WOLFGANG ABENDROTH
Die Schwarze Front

DOKUMENTATION
Zum Rücktritt Hugenbergs 1933

BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann und Paul Kluke

Schriftleitung:
DR. HELMUT KRAUSNICK
München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Hugh Redwald Trevor-Roper . Hitlers Kriegsziele 121

Johann Wolfgang Brügel . . Die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 134

Hans Buchheim . . . . . Struktur der totalitären Herrschaft und Ansätze totalitären Denkens . . 164

MISZELLEN

Wolfgang Abendroth . . . . Das Problem der Widerstandstätigkeit der „Schwarzen Front" 181

Alfred Späth . . . . . Zum Andenken an Nikolaus Graf von Üxküll 188

DOKUMENTATION

Eine Etappe auf Hitlers Weg zur ungeteilten Macht / Hugenbergs Rücktritt als Reichsminister *(Anton Ritthaler)* 193

BIBLIOGRAPHIE *89*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 43651. Preis des Einzelheftes DM 7.– = sfr. 8.05; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 24.– = sfr. 26.40 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 19.—. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.
Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Dieser Nummer liegt ein Prospekt über die „Propyläen Weltgeschichte" bei.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

8. Jahrgang 1960 2. Heft/April

HUGH REDWALD TREVOR-ROPER

HITLERS KRIEGSZIELE

Vorbemerkung des Herausgebers

Im folgenden wird ein Vortrag wiedergegeben, den der bekannte Oxforder Historiker anläßlich des Internationalen Kongresses zur Zeitgeschichte in München am 24. November 1959 gehalten hat. Auf diese Tagung selbst wird noch in einem zusammenfassenden und kritischen Bericht zurückzukommen sein. Der folgende Abdruck gibt den Text abgesehen von einigen Freiheiten bei der Übersetzung und einigen mit dem Verfasser vereinbarten kleineren Änderungen so wieder, wie er gehalten worden ist. Insbesondere sollte die Grundanschauung in ihrer eindrucksvollen Geschlossenheit unseren Lesern unverkürzt vorgelegt werden, auch auf die Gefahr einer gewissen Vereinfachung hin. Es kann nur erwünscht sein, die Auffassung von dem bloßen Opportunisten Hitler, von der „nihilistischen" (Rauschning) Revolution um der Revolution willen, überhaupt immer wieder die Unterschätzung des Inhaltlichen in Hitlers Programm zu berichtigen, das hier in seinem außenpolitischen Teil zu seinem vollen Rechte kommt. Von der Bezeichnung der Punkte, wo Einschränkungen zu machen wären und auch die Gegenkräfte (äußere wie innere) sich anderer Beurteilungsmöglichkeit darbieten, ist daher abgesehen worden. Ebenso konnte bei der Vortragsform, die erhalten bleiben sollte, auf Belege aus dem bekannten Material verzichtet werden. Das „Vierte Fenster" jedoch ist in Deutschland noch unbekannt und gibt daher dem Vortrag zusätzlichen Wert (nach auszugsweiser Veröffentlichung in der ausländischen Presse ist die Publikation in Buchform im Herbst 1959 erfolgt[1]). Hingegen ist die vom Autor auf 1924 (tatsächlich 1928) datierte Schrift Hitlers nicht, wie man bisher annehmen konnte, verloren. Sie wird vom Institut für Zeitgeschichte in Kürze veröffentlicht werden.

H. R.

Die Kriegsziele Adolf Hitlers sind klar und ausführlich in den aus seiner Regierungszeit stammenden Dokumenten niedergelegt. Sie unterscheiden sich wesentlich von den Kriegszielen jener Männer, die ihn im Jahre 1933 ans Ruder ließen. Sie unterscheiden sich meiner Meinung nach gleichfalls von den Zielen, die ihm des öfteren von Geschichtsforschern zugeschrieben werden, welche in ihm lediglich einen nach Macht dürstenden Opportunisten sehen. Der Zweck meines Vortrages ist, diese Unterschiede klar herauszustellen – und zwar anhand von vier Hitler-eigenen Quellen. Als weitere Belege könnte man einige Dokumente leichteren Kalibers heranziehen. Im Augenblick aber möchte ich es bei diesen vier Quellen bewenden lassen.

Ich werde mich erstens auf das Buch „Mein Kampf" beziehen – Hitlers persönliches Glaubensbekenntnis; bekanntlich schrieb er es im Jahre 1923, während seiner Inhaftierung nach dem völligen Scheitern seines ersten Versuchs, die Staatsgewalt

[1] Bormann, M., Le testament politique de Hitler. Notes recueillies. Préface de H. R. Trevor-Roper. Commentaires de A. François-Poncet. – Paris: Arthème Fayard 1959.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an sich zu reißen. Zweitens, auf Hermann Rauschnings „Gespräche mit Hitler", die erstmals im Jahre 1939 veröffentlicht wurden und Hitlers politische Privatunterhaltungen zwischen 1932 und 1934, also zur Zeit seines zweiten und erfolgreichen Griffs nach der Macht, wiedergeben. Drittens, auf die amtlich zu Protokoll genommenen „Tischgespräche", die Hitler zwischen 1941 und 1942, also zur Zeit seines scheinbar endgültigen militärischen Triumphs geführt hat; ihr Text liegt ungekürzt in englischer Sprache, auszugsweise in deutscher Sprache vor. Als vierte und letzte Quelle soll ein Dokument ähnlicher Art dienen, das erst im vergangenen Jahre entdeckt und in Deutschland noch nicht veröffentlicht worden ist – Hitlers „Tischgespräche" aus jener Zeit, in der er erstmalig seine Niederlage zugeben mußte – im Februar 1945. Man kann diese vier Dokumente mit vier von verschiedener Hand geöffneten Fenstern vergleichen, durch welche Licht in die verborgensten Gedankengänge Hitlers an den vier Wendepunkten seiner politischen Laufbahn fällt: es sind die Stunden seiner politischen Niederlage, seines politischen Triumphs, seines militärischen Triumphs und seiner militärischen Niederlage. Das erste dieser Fenster hat Hitlers eigene Hand weit und herausfordernd aufgestoßen – um der Welt zu zeigen, daß er sich keineswegs als geschlagen betrachtet. Das zweite hätte er viel lieber unter Verschluß gehalten – denn in den Jahren 1932–34 lag ihm keineswegs daran, sein radikales Programm zu enthüllen, ehe er die politischen und militärischen Voraussetzungen für dessen Verwirklichung geschaffen hatte; dieses Fenster aber öffnete die Hand eines Gegners – oder in Hitlers Augen: eines „Verräters". Die beiden übrigen Fenster öffnete Hitler wiederum selbst – aber nur für eine Art Privatvorschau. Die Welt sollte zwar von ihr in Kenntnis gesetzt werden, jedoch erst später; die Nachlebenden, aber nicht die Zeitgenossen, durften das Geheimnis seines triumphalen Aufstiegs und die Gründe seines Sturzes erfahren.

Was diesen Dokumenten besonderes Interesse verleiht, ist folgende Tatsache: obwohl sie 22 Jahre umspannen und während der sehr unterschiedlichen Ereignisse dieser Zeitperiode veröffentlicht wurden, bezeugen sie ausnahmslos absolute Übereinstimmung und Folgerichtigkeit in Denken und Handeln. Diese Auffassung eines konsequenten, zielbewußten Vorgehens ist oft bezweifelt worden. Zu Lebzeiten Hitlers wollte kaum einer von all den deutschen und ausländischen Beobachtern daran glauben – vielleicht weil sie, wie gewisse Staatsmänner des Westens, angesichts der sich so erschreckend entfaltenden neuen Macht eine Vogel-Strauß-Politik betrieben, oder weil sie, wie gewisse deutsche Politiker, diese Machtentfaltung ihren eigenen, begrenzten Zielen dienstbar zu machen hofften. Ein konsequentes Vorgehen ist auch nach 1945 bezweifelt worden, und zwar von einigen Historikern, die sich von Hitlers vulgärer, unmenschlicher Natur dermaßen abgestoßen fühlen, daß sie ihm einfach nichts so Positives wie Denkschärfe und zielbewußtes Handeln einräumen wollen. Ich bin jedoch überzeugt, daß diese Argumentation fehlgeht. Die geschichtlichen Ereignisse haben die Auffassung der Staatsmänner widerlegt. Und ich möchte behaupten, daß die Historiker – darunter auch meine so hochgeachteten Landsleute Sir Lewis Namier, Alan Bullock und A.J.P. Taylor – den Fehler begehen, von moralischem Tiefstand auf niedrige Intelligenz zu schließen. Daß Hitlers Charakter

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vulgär und grausam war, dessen bin ich mir bewußt; Primitivität und Herzlosigkeit sollte man jedoch keineswegs als unvereinbar mit Schaffenskraft und konsequentem Handeln ansehen.

Lassen Sie uns mit dem Beweisstück „Mein Kampf" beginnen, einst nach der Bibel das weitestverbreitete, wenn auch keineswegs das meist gelesene Buch. Der widerliche Jargon, in dem „Mein Kampf" abgefaßt ist, seine Hysterie und schamlose Propaganda sollten uns aber nicht über den zwar ungeschliffenen, aber unzweifelhaft vorhandenen Verstand hinwegtäuschen, der aus ihm spricht. Das Buch spiegelt eine völlig durchkonstruierte politische Philosophie wider. In ihm bezeichnet sich Hitler selbst als einen Geschichtskenner, dessen Studien ihn davon überzeugt hätten, daß die Welt am Anfang einer großen Geschichtswende stehe. Er macht völlig klar, wohin sie führen wird: das Zeitalter der kleinen Seemächte, die mit ihren maritimen Positionen, ihren Flotten und den durch Kolonialbesitz gewonnenen Reichtümern die Welt beherrschen, geht zu Ende. Damit löst sich auch die von diesen Mächten errichtete Weltordnung allmählich auf. In Zukunft wird politische Macht nicht mehr vom Besitz ferner Kolonialgebiete – die bedeutungslos geworden sind – abhängen, sondern von der Beherrschung großer Landmassen, die durch die heutigen technischen Hilfsmittel endlich nutzbar gemacht werden können. Weiterhin bietet das technische Zeitalter einem Staat, der solche Gebiete erfolgreich erschließt, die Möglichkeit, auf ihnen ein Weltreich von Dauer zu errichten. Es bleibt nur die Frage, welcher Staat diese Kräfte als erster mobilisieren kann. Als Hitler sich diese Frage selbst stellt, kommen für ihn nur zwei Mächte in Betracht: Deutschland und Rußland. Im Jahre 1923 waren sowohl Deutschland wie Rußland besiegte Staaten. Lag es im Bereich der Möglichkeit, daß eines der beiden Länder trotz der erlittenen Niederlage diese geschichtlich einmalige Gelegenheit ergreifen konnte?

Einem von wenig Selbstvertrauen beseelten Zaungast des politischen Geschehens mußte es wohl als sehr zweifelhaft erscheinen, ob Deutschland oder Rußland die für ein solches Unternehmen erforderlichen Mittel besaßen. Hitler jedoch hatte Selbstvertrauen. Er glaubte, daß Deutschland dieser Aufgabe gewachsen sei. Natürlich nicht das besiegte, demoralisierte, abgerüstete Deutschland der Weimarer Republik. Auch nicht das monarchische Deutschland: ein monarchischer Staat war zu schwach. Die Monarchie hatte ihre Chance gehabt – und verspielt. Die Geschichte hatte den Stab über sie gebrochen. Der monarchische Gedanke war auch in sich selbst viel zu konservativ. Seinen Vertretern ging es lediglich um Wiederherstellung: um die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 und die Rückgewinnung der Kolonien von 1914. Hitler hingegen war überzeugt, daß die Grenzen des Jahres 1914 im Neuen Zeitalter einen Anachronismus darstellten, ebenso die Kolonien; derartige Wünsche sind in seinen Augen sinnlos und sogar verächtlich. „Monarchien", sollte er später einmal sagen, „sind gut für die Erhaltung der Weltreiche; erobern aber können sie nur Revolutionen." Hitler träumte daher im Jahre 1923 von einer Revolution, und zwar nicht etwa von einer Palastrevolution, sondern von einer historischen, der russischen vergleichbaren Revolution, von einer Revolution, die einen neuen Machtfaktor von weltgeschichtlicher Bedeutung hervorbringen würde. Weiterhin ließ

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hitler niemanden darüber im Zweifel, daß er selbst Schöpfer und Leiter einer solchen Revolution sein werde. Er sei, so sagte er, eines jener Phänomene, die die Geschichte nur selten hervorbringe – ihm eigne jene Verbindung von philosophischem und politischem Scharfsinn, die einen geschichtlichen Wendepunkt richtig zu beurteilen und praktisch auszuwerten verstehe. Wenn man ihn ans Ruder lasse, schrieb Hitler im Jahre 1923, werde er aus dem deutschen Nationalismus, der noch aus allen Wunden blute, eine revolutionäre Bewegung schmieden, die Deutschlands historischer Mission würdig sei; und er werde nicht etwa ferne Kolonien, die Fata Morgana des wilhelminischen Deutschland, zu erobern suchen, sondern die riesigen Räume der hassenswerten Sowjetunion. Hitler empfiehlt sich für diese Aufgabe seinen Lesern mit dem Hinweis, daß schon seine erste öffentliche Rede im Jahre 1920 dieses Zeitproblem behandelt habe: er hatte in dieser Rede von der „tiefen Menschlichkeit" des Vertrages von Brest-Litowsk gesprochen – auf Grund dessen Deutschland das industrielle Herz Rußlands schluckte – und sie mit der furchtbaren Brutalität des Versailler Vertrages verglichen, auf Grund dessen Deutschlands industrielle Krallen stumpfgeschliffen wurden.

Die wahre Bedeutung von „Mein Kampf" als authentischer Darstellung der wohlüberlegten und konkreten Kriegsziele, die Hitler schon im Jahre 1923 vorschwebten, wird häufig übersehen. Doch liefert neben vielen anderen schon ein einziges kleines Detail den Beweis für die Bedeutung des Buches. Obwohl jeder deutsche Staatsbürger es lesen konnte und lesen sollte, benutzte Hitler sein Copyright dazu, eine vollständige Übersetzung, zumindest ins Englische, zu unterbinden. Die autorisierte englische Übersetzung war nichts weiter als ein kümmerliches Fragment, nur ein Fünftel so lang wie der Originaltext. Erst im Jahre 1939 durchbrach ein englischer Verleger das Publikationsverbot und brachte eine wortgetreue Übersetzung heraus. So kam es, daß englische wie auch andere Politiker und politische Schriftsteller der unmißverständlichen Sprache von „Mein Kampf" kein Gehör schenkten; vielleicht hegten sie auch den frommen Wunsch, daß Hitler ja gar nicht meine, was er da von sich gab, oder daß er seine Absichten nicht in die Tat umsetzen könne. Eine rühmliche Ausnahme bildete ein hervorragender englischer Historiker und Publizist, der inzwischen verstorbene Sir Robert Ensor. Nach 1933 vertrat Ensor beharrlich die Überzeugung, daß Hitler den Krieg wolle; und im Jahre 1935 erklärte er klipp und klar, daß Hitler Österreich im Frühjahr 1938 annektieren, und im Herbst jenes Jahres entweder einen europäischen Krieg oder die Kapitulation Europas, um einen Krieg wegen der Tschechoslowakei zu ersparen, erzwingen werde. Als Ensors Voraussagen eintrafen, und man ihn fragte, worauf er sie basiert habe, antwortete er: „In erster Linie auf die Lektüre von ‚Mein Kampf'." Dieser Satz ist mir deshalb besonders in Erinnerung geblieben, weil er auch mich zu der Energieleistung anspornte, den schwülstigen Text dieses barbarischen, jedoch bedeutungsvollen Werkes zu bewältigen.

Wenn es schon Leute gab, die „Mein Kampf", Hitlers eigenes Werk, nicht ernst nehmen wollten, wie wenig Bedeutung mußten sie dann erst den Enthüllungen Rauschnings zuschreiben, deren Echtheit noch nicht einmal bewiesen war. In der

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tat, nach der Veröffentlichung im Jahre 1939 erklärte der in seinen Illusionen gefangene Neville Chamberlain, daß er kein Wort davon glaube. Wer immer aber „Mein Kampf" gelesen hatte, wird von Rauschnings Enthüllungen über Hitlers Weltherrschaftspläne kaum überrascht worden sein. Das bezeichnendste an Rauschnings Buch ist vielleicht der Nachweis der Konstanz, wenn man die Zeitangaben – bezüglich seines Inhalts wie auch seiner Veröffentlichung – zusammenhält. Inhaltlich die Periode von 1932–34 behandelnd, beweist es, daß der Ablauf von zehn Jahren, die Machtübernahme und die damit verbundene Verantwortung, Hitlers gewaltige und revolutionäre Ziele in keiner Weise verändert hatten. Das Erscheinungsjahr 1939 beweist, daß Rauschning die Formulierung jener Ziele tatsächlich unverfälscht wiedergegeben hat. Im Jahre 1939 hatte ja Hitler mit Rußland einen Pakt abgeschlossen, um gegen Polen und den Westen Krieg führen zu können. Im Westen und auch in Deutschland wurde dieser Pakt von vielen als Beweis dafür herangezogen, daß Hitler in Bahnen Bismarckscher Politik eingelenkt sei. Wenn, wie behauptet wurde, Rauschning sein Buch lediglich im Lichte der Ereignisse bis zu diesem Zeitpunkt geschrieben hätte, dann hätte er wohl kaum einen Absatz eingebaut, der damals irrig erscheinen mußte, seitdem aber durch die historischen Ereignisse wahrgemacht worden ist. Er hat ihn aber eingebaut. Es handelt sich um den Absatz, in dem Hitler jede Art Kolonialbesitz als unnütz abtut und die deutschen Vorkriegsgrenzen als Almosen behandelt, dann aber auf Rußland zu sprechen kommt. „Vielleicht werde ich das Bündnis mit Rußland nicht vermeiden können", sagte er. „Ich behalte es als letzten Trumpf in der Hand. Vielleicht wird dies das entscheidende Spiel meines Lebens werden. Aber es wird mich nie davon abhalten, ebenso entschlossen die Wendung zurückzumachen und Rußland anzugreifen, nachdem ich meine Ziele im Westen erreicht habe... Nur wir können den kontinentalen Großraum schaffen, und nur durch unsere Herrschaft, durch unsere einzig und allein, aber nicht durch einen Pakt mit Moskau selbst. Wir werden diesen Kampf auf uns nehmen. Er wird uns die Pforte zur dauernden Herrschaft über die Welt aufstoßen."

So hat Hitler zwischen 1923 und 1934 seine Ziele deutlich und unverändert zu erkennen gegeben: Verzicht auf die Kolonien und die alten Grenzen der Monarchie (die letzteren, meinte er, „stellen eine unserer Revolution nicht würdige Aufgabe dar"); statt dessen Aufbau einer revolutionär-nationalistischen Bewegung, die fähig sei, auf alle Zeiten hin den kontinentalen Großraum Rußlands besetzt zu halten. Angesichts dieser so klaren Bestätigung nimmt es Wunder, daß bekannte Historiker daran festhalten, Hitler habe nie derart festumrissene Kriegsziele gehabt; Mr. F. H. Hinsley argumentiert in seinem Werk „Hitler's Strategy", Hitler habe im Jahre 1941 Rußland nur angegriffen, um den festen Widerstandswillen Großbritanniens zu brechen; und M. A. J. P. Taylor, der Hitler überhaupt kein folgerichtiges Handeln zubilligen möchte, ist der Meinung, Hitler habe eine Reihe von austauschbaren Grundgedanken – also stets passende Theorien – entwickelt, die er je nach Bedarf aus dem Hut zog. Hatte er denn nicht in „Mein Kampf" von der entscheidenden Auseinandersetzung mit Frankreich gesprochen, das als der ewige Feind Deutschlands vernichtet werden müsse? Und späterhin von dem Entscheidungskampf mit

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Amerika? Da sich jene Historiker solcher Argumente bedienen, will ich auch auf sie eingehen.

Es ist selbstverständlich richtig, daß Hitler bei vielerlei Anlässen bereit war, Erklärungen fast jeder Art abzugeben, und daß man sie nie schon deshalb für bare Münze nehmen darf, nur weil er sie abgegeben hat. Da aber einige der von ihm proklamierten Ziele seine wahren Absichten enthalten haben müssen, selbst wenn er bei nächster Gelegenheit das Gegenteil behauptete, können wir sie nicht alle ohne weiteres ignorieren; wir müssen uns einer Wahrheitsnorm bedienen. Und eine solche Norm läßt sich sogar ziemlich leicht finden. Man kann die von Hitler aufgestellten Ziele dann für echt halten, wenn sie nicht allein aus momentanen taktischen Notwendigkeiten zu erklären sind, sondern sich, erstens, als Teile einer regelmäßig und sogar entgegen taktischen Erfordernissen ausgesprochenen Grundanschauung präsentieren und sich, zweitens, in Einklang mit seinen langfristigen materiellen Vorbereitungen befinden. Wenn wir diesen Maßstab anlegen, lassen sich die Widersprüche zwischen Hitlers Erklärungen rasch auflösen. Und nur der Gedanke des Ost-Imperiums bleibt. Wenn Hitler im Jahre 1923 gegen Frankreich wütete, dann wesentlich deshalb, weil Frankreich damals das Haupt eines Systems osteuropäischer Bündnisse darstellte. Wie Göring 1937 zum amerikanischen Botschafter sagte: „Der einzige Grund für die gespannte Lage mit Frankreich liegt in Frankreichs osteuropäischer Bündnispolitik gegen die Erfüllung berechtigter deutscher Ansprüche." Und wenn Hitler dem Gesandten Francos, Serrano Suñer, im Jahre 1940 auseinandersetzte, der wahre Feind sei England, so war der Zweck dieser Behauptung leicht zu durchschauen: was konnte schon für Franco von der russischen Kriegsbeute abfallen? Ähnlich war es im Jahre 1941, als Hitler versuchen mußte, einem übergangenen Mussolini oder einer recht betroffenen deutschen Admiralität seinen plötzlichen Rußlandfeldzug schmackhaft zu machen; natürlich benützte er das Argument, dies sei der beste Weg zum Sieg über England. In Wahrheit aber beweisen seine praktische Vorbereitungsarbeit und seine systematische Politik, daß ihn weder England noch Frankreich interessierten. Sein Krieg sei, betonte er immer wieder, nicht etwa ein konventioneller Krieg gegen den Westen, sondern ein revolutionärer Krieg gegen Rußland.

Über seine wahren Absichten hat Hitler nicht nur ausländische Beobachter und die Historiker getäuscht, sondern auch noch eine weitere Gruppe, die ich der Einfachheit halber als „die alte deutsche Führungsschicht" bezeichnen möchte. Dieser von mir gewählte Sammelname bezieht sich auf die deutschen konservativen Beamten, Generale und Politiker, die ihm 1933 den Weg zur Macht ebneten und nach 1933 wenigstens eine Zeitlang treu dienten, bis sie schließlich bitter enttäuscht zu sich kamen und, in einigen Fällen, den von anfänglicher Gefolgschaft zum Märtyrertum führenden Leidensweg einschlugen. Es waren Männer wie Neurath und Weizsäcker, Hassell und Schacht, und viele andere mehr. Diese Männer hatten, wie schon erwähnt, gleichfalls Kriegsziele, oder man sollte wohl sagen: politische Ziele, die vielleicht nur durch Krieg erreichbar waren, wenngleich sie hofften, es gebe friedliche Wege. Sie hatten die verständliche Absicht, das durch die Niederlage er-

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schütterte deutsche Selbstbewußtsein wiederaufzurichten. Sie waren bestrebt, der Armee ihre Stellung als unentbehrlicher Bestandteil des Staates zurückzugewinnen. Und sie wollten verlorenes Reichsgebiet wiederbekommen. Ihre territorialen Ansprüche waren jedoch begrenzt: sie hatten kein Verlangen mehr nach dem unverdaulichen Brocken Elsaß-Lothringen. Sie hatten nur Appetit auf Land im Osten – aber nicht auf neue, sondern auf traditionell zugehörige östliche Provinzen – auf die alten polnischen Grenzen des Kaiserreichs. Wenn sie bereit waren, noch etwas weiter zu gehen als der Kaiser, nämlich Österreich und dazu auch das Sudetenland zu schlucken, dann war das lediglich eine durch den Zusammenbruch Habsburgs bedingte Notwendigkeit, und nicht ein Ausdruck politischer Ambitionen in Südosteuropa. Denn die Forderungen dieser Männer waren durchaus begrenzt, durchaus restaurativ. Wenn sie auch das bolschewistische Rußland haßten, erobern wollten sie es nicht. Ganz abgesehen von den finanziellen Kosten und den damit verbundenen Risiken, würde ein Eroberungskrieg gegen Rußland zu einer deutschen Revolution führen – sie voraussetzen, wie Hitler meinte. Die alte Führungsschicht wollte aber keine deutsche Revolution. Wie kam es dann, müssen wir uns fragen, daß diese Schicht so in die Irre gehen und als unentbehrlicher Helfer einem Manne dienen konnte, der nicht allein verbrecherische Methoden anwandte, sondern auch ganz andere Ziele verfolgte als sie selbst?

Dafür gibt es gewiß viele Gründe: wir können Schwäche nennen, Selbsttäuschung, und geschickte Bestechung. In vieler Hinsicht stellte die alte deutsche Führungsschicht keinen Stand im üblichen Sinne dar: keinen in Traditionen verwurzelten oder durch gemeinsame Grundprinzipien verbundenen Adelsstand – sondern eine Kaste, eine Interessengruppe, die innerlich morsch war. Diese Schwäche machte sich Hitler zunutze. Daneben müssen aber auch noch einige schwerwiegende geographische Faktoren berücksichtigt werden. Ein Blick auf die Landkarte Europas zeigt, daß Hitler zur Durchführung seiner großen Politik zunächst die von der alten Führungsschicht vertretene kleine Politik verfolgen mußte. Ihre Bestrebungen galten der Stärkung des deutschen Ansehens und Nationalstolzes durch Schaffung eines Heeres, an dem sie übrigens auch beruflich interessiert waren; sie zielten auf die Verdrängung Frankreichs aus Osteuropa und schließlich auch darauf, die alten Ostgrenzen des Reiches auf Kosten Polens wieder herzustellen und durch die Eingliederung der Deutsch-Österreicher und Sudetendeutschen die vom Hause Habsburg hinterlassene Lücke zu schließen. Weiter wollten sie nicht gehen. Für so begrenzte Ziele hatte Hitler natürlich nichts als Verachtung übrig, der er auch Ausdruck gab. Er wollte Rußland erobern, bis zum Ural, vielleicht auch noch darüber hinaus und auf alle Zeiten besetzt halten. Wie aber konnte er in Rußland eindringen, wenn nicht durch Polen, oder Polen erledigen, wenn er nicht zuvor Frankreich ausgeschaltet hatte? Aus rein geographischen Gründen mußte Hitler als erste Phase seiner revolutionären Politik die konservative Politik der alten Führungsschicht verfolgen. Das kam ihm sehr gelegen; denn konnte er sich ihre Unterstützung besser sichern als durch eine scheinbare Preisgabe seiner eigentlichen Ziele? Sobald er aber ihre politischen Pläne realisiert hatte, konnte er die Maske abnehmen. Jetzt war gerüstet, siegreich, durch

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nichts aufzuhalten und in der Lage, seine eigenen Pläne in Angriff zu nehmen. Die Erfüllung ihrer Absichten stellte also lediglich eine notwendige Voraussetzung zur Erfüllung seiner eigenen dar.

Daher trennten sich in den Jahren 1940/41, als Europa seine schwerste Krise erlebte, auch in Deutschland die Wege. Im Tagebuch Ulrich von Hassells – der ein typischer Vertreter der alten deutschen Führungsschicht und auch ihr Märtyrer war – finden sich hierzu aufschlußreiche Bemerkungen. Vor 1939 hatte Hassell als Botschafter in Rom Hitlers Ziele gefördert, seine Unterstützung der Hitlerschen Politik hat, nachdem sie durch die Veröffentlichung der betreffenden Dokumente bekannt wurde, viele Männer der westlichen Welt bestürzt; auf Grund seiner zuvor veröffentlichten, aber später entstandenen Tagebücher hatten sie ihn als einen der Ihren betrachtet. Im Frühjahr 1940 fanden jedoch Hassell und seine Freunde all ihre Wünsche befriedigt; nun ersehnten sie den Frieden, und zwar noch ehe der Unmensch, dessen verbrecherisches Genie sie sich zunutze gemacht und dem sie selbst die Waffen in die Hand gegeben hatten, Amoklaufen konnte. Sie formulierten ihre Friedensziele, nämlich „das Prinzip der Nationalität mit gewissen, sich aus der Geschichte ergebenden Modalitäten" – womit natürlich Modalitäten gemeint waren, die sich aus dem Gang der Entwicklung zugunsten Deutschlands ergeben hatten. Hassells konkrete Bedingungen lauteten, „daß die Vereinigung Österreichs und des Sudetenlandes mit dem Reich außerhalb der Erörterung stehe", und er fuhr fort: „Ebenso kommt ein Wiederaufrollen von Grenzfragen im Westen Deutschlands nicht in Frage, während die deutsch-polnische Grenze im wesentlichen mit der deutschen Reichsgrenze im Jahre 1914 übereinstimmen muß." Mit dieser „Modifizierung" – die sie Hitler verdankten – wollten Hassell und seine Freunde der „Wiederherstellung eines unabhängigen Polens und einer tschechischen Republik" zustimmen. Um das Werk der konservativen Restauration zu krönen, heißt es ferner: „Eine Monarchie ist sehr erwünscht."

Die Anschauungen Hassells und seiner Freunde weisen kaum irgendwelche Abweichungen auf – ganz gleich wo man ihnen begegnet: ob in Kriegs- oder Friedenszeiten, ob im Amt oder in der Widerstandsbewegung. Sie repräsentieren ebenso beständig wie Hitlers Ziele, das Streben, die Apologie, das Alibi einer ganzen Gesellschaftsschicht; man begegnet ihnen während der dreißiger Jahre in den Akten des Auswärtigen Amtes, während der vierziger Jahre in den Dokumenten des konservativen Widerstands, und schließlich in den zur Selbstrechtfertigung geschriebenen Memoiren der Nachkriegszeit. Aber diese Anschauungen sind, wenigstens seit 1940, natürlich von rein akademischem Interesse. Vorher dienten diese Männer Hitler; nachher machten sie ihm keine ernsthaften Schwierigkeiten. Nachdem man Hitler die Macht einmal übertragen und er sie dazu benutzt hatte, sich fest in den Sattel zu setzen, konnte er nicht mehr gestürzt werden. Trotzdem haben diese Männer nicht die gleiche Entschuldigung wie ausländische Beobachter. Sie hatten „Mein Kampf" gelesen, oder hätten das Buch zumindest lesen können und lesen müssen.

Hitler schickte sich also im Jahre 1941 an, seine bleibenden Kriegsziele zu realisieren. Ohne dem ihm gleichgültigen Westen und dessen ohnmächtigem, nichtssagen-

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Widerstand noch viel Bedeutung beizumessen, marschierte er gen Osten, um mit einem einzigen, blitzartig geführten Schlag Weltgeschichte zu machen. Nach dem Kriege hörte man oft, Hitlers Rußlandfeldzug sei sein größter „Fehler" gewesen. Wäre er nur Rußland gegenüber neutral geblieben, so hieß es, dann hätte er sich ganz Europa dienstbar machen, es organisieren und befestigen können; und England wäre nie und nimmer fähig gewesen, ihn daraus zu vertreiben. Diese Ansicht teile ich nicht: sie setzt nämlich voraus, daß Hitler nicht Hitler gewesen wäre. Für Hitler war der Rußlandfeldzug nicht etwa ein pompöser kriegerischer Seitensprung, eine Teilexpedition zu wichtigen Rohstoffquellen, oder ein impulsiver Zug in einer bereits remis-verdächtigen Schachpartie: mit dem Rußlandkrieg stand oder fiel der Nationalsozialismus. Er war nicht nur ein unbedingtes Muß, sondern vertrug nicht einmal mehr einen Aufschub. Jetzt oder nie mußte dieser wahrhaft epochale Krieg begonnen werden, den er mit der zwischen Rom und Attilas Hunnen ausgefochtenen Schlacht auf den Katalaunischen Feldern verglich. So dringend notwendig war er geworden, daß Hitler nicht einmal den Sieg im Westen abwarten wollte. Der komme später dran, sagte er: Wenn erst Rußland erledigt sei, würden selbst die sturen Engländer aufgeben: Jetzt müsse er im Osten zuschlagen, und zwar sofort.

Warum hatte es Hitler eigentlich so eilig? Weil er glaubte, die Zeit arbeite gegen ihn. Warten hatte viele Folgen: Mehrkosten für die von ihm geschaffene riesige Wehrmacht; die Gefahr des Veraltens ihrer Waffen und des Alterns der schon betagten Nazi-Führerschicht; fallende Geburtsziffern in Deutschland; die Angst, daß „irgendein Idiot mit einer Bombe" den einzigen Mann ermorden könne, der die Kraft besitze, die gigantische Aufgabe der Gründung eines Weltreichs zu bewältigen. Andererseits nahm die russische Bevölkerung ständig zu, die russische Industrie entwickelte sich rapide, und in zehn oder fünfzehn Jahren würde Rußland „der mächtigste Staat in der ganzen Welt" sein. Deshalb hatte Hitler schon im Jahre 1937 erklärt: „Soviel ist sicher: wir können nicht länger warten..., wenn der Führer noch am Leben ist, dann wird er die unwiderrufliche Entscheidung treffen, das deutsche Raumproblem nicht später als 1943–45 zu lösen... nach dieser Zeit können wir höchstens eine Verschlechterung der Lage erwarten." Wenn Hitler lediglich einen Krieg gegen den „absterbenden" Westen hätte führen wollen, lag kein Grund zur Eile vor. Es war der Ostkrieg, in dem die Zeit, ja selbst der Gang der Geschichte, gegen ihn arbeitete: nur durch schnelles Zuschlagen und eiserne Willenskraft konnte er hoffen, den Lauf der Geschichte umzukehren. Und er würde ihn umkehren – in allerletzter Minute –, indem er die asiatischen Barbarenhorden aus dem „Herzland" verdrängte.

„Wer immer das Herzland beherrscht, beherrscht die Welt." Diese Ansicht vertrat der Engländer Sir Halford Mackinder, Begründer der Geopolitik, von dem – über Haushofer und Heß – Hitler seine eigenen Ansichten ableitete. Das „Herzland" bestand aus Osteuropa und dem europäischen Rußland. Hitler sah sich selbst und Stalin als zwei Giganten, die, von revolutionärer Energie getrieben, um die Herrschaft über das Herzland kämpften; und Hitler wußte, daß der Sieger, wer es auch

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sein würde, skrupellos genug war, dieses Gebiet nie wieder herauszugeben. Die Politiker der alten deutschen Führerschicht konnten keine solchen ehrgeizigen Ziele haben: denn neben anderen Gründen waren sie dafür zu zart besaitet. In einem 1934 verfaßten Memorandum an Hitler wies Schacht darauf hin, daß eine Politik der Ostkolonisation überhaupt nicht durchführbar sei, denn Osteuropa sei bereits ausreichend bevölkert. In Hitlers Augen war das „eine lächerliche Humanitätsduselei". Es zeigte nur, daß die alte deutsche Führungsschicht keine Ahnung von seinen, Hitlers, Zielen hatte. Diese Herren dachten in den Begriffen konventioneller Kriegführung zur Erlangung der Vorherrschaft. Hitler mochte einen solch konventionellen Krieg im Westen führen und daher dort die herkömmlichen Kriegsregeln respektieren; der Krieg im Osten jedoch – das war eine ganz andere Sache: ein Ringen um den Besitz riesiger Landmassen und um das Recht, die dort Ansässigen zu vertreiben oder völliger Sklaverei zu unterwerfen. Dabei konnten keine Spielregeln eingehalten, und Pardon durfte weder gegeben noch erwartet werden. Moskau mußte vom Erdboden verschwinden und das Wort Moskau aus Geschichtsbüchern, Landkarten, ja sogar aus dem Gedächtnis der Menschen.

Als Hitler im Jahre 1941 zu seinem letzten Schlag ausholte und an allen Fronten überwältigende Siege errang, glaubte er seine große Stunde gekommen. Endlich sollte ein zwanzig Jahre lang unbeirrbar festgehaltener Traum in Erfüllung gehen. Daher meinte er, es sei wieder einmal an der Zeit, seine letzten politischen Gedanken zu verkünden und ein weiteres Fenster zu seinem innersten Wesen zu öffnen. Martin Bormann, sein getreuer Hohepriester und Sekretär, traf die entsprechenden Vorbereitungen. Hitler saß in seinem Hauptquartier in Ostpreußen oder in der Ukraine und sprach, und gehorsame Stenographen, hinter Wandschirmen verborgen, brachten das „Heilige Evangelium" zu Papier: Hitlers „Tischgespräche" oder vielmehr Monologe, gehalten über die von ihm errungene Macht, über das von ihm jetzt zu errichtende Weltreich.

Hitlers „Tischgespräche" sind ein haarsträubendes Dokument, abstoßend und faszinierend zugleich; Spiegel eines Geistes ohne Menschlichkeit, doch eines Geistes mit einer rücksichtslosen, systematisierenden, zuweilen sogar aufhellenden Willenskraft. „Ich besitze die Gabe", sagte Hitler einmal, „alle Probleme auf ihren einfachsten Nenner zu reduzieren." Und bei dieser Gelegenheit reduzierte er sie. Manchmal wirkt seine Art zu vereinfachen erschreckend: Hitler war in der Tat einer von Burckhardts „terribles simplificateurs"; aber er gibt einem wenigstens nie Rätsel auf; und nichts ist eindeutiger als der Grundriß seiner „Neuen Ordnung", die jetzt im Osten aufgerichtet werden sollte: ein geradezu gespenstisch-barbarisches Imperium, bar jeder Menschlichkeit, jeder Kultur, jeder Sinngebung; „a new Dark Age", wie einst Sir Winston Churchill die mit der Nazibewegung eingeleitete Epoche nannte, „made more sinister, and perhaps more protracted by the lights of perverted science". Denn Hitler verkündete, ein Weltreich habe einzig und allein die Aufgabe, sich um des nationalen Ruhmes willen selbst zu erhalten. „Wer hat, der hat": das ist für ihn die Summe politischer Moral; ein Herrenvolk könne keine größere Torheit begehen, als irgend etwas wiederaufzugeben – oder seine Untertanen so zu be-

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handeln, daß sie Ansprüche anmelden könnten. Daher dürften die dem deutschen Großreich unterworfenen Völker keine Waffen besitzen und keinerlei Erziehung genießen (abgesehen von ausreichenden Deutschkenntnissen zum Befehlsempfang); man müsse ihnen Geburtenverhütung beibringen und den Zutritt zu Krankenhäusern verwehren, so daß ihre Zahl sowohl durch Geburtenschwund wie durch hohe Sterblichkeit niedergehalten werde. Auf diese Weise reduziert, dürften die versklavten Russen als minderwertige Heloten-Klasse weiterexistieren und Holzhacken und Wasserschöpfen für die privilegierte Aristokratie deutscher Kolonisten, die in uneinnehmbaren, durch Autobahnen verbundenen Festungen sitzen, ihr Deutschtum besingen und den Weisen der „Lustigen Witwe" lauschen. „Nachdem der Nationalsozialismus eine gewisse Zeit existiert hat, wird man sich eine andere Lebensweise als die unsrige überhaupt nicht mehr vorstellen können."

So sah Hitlers „Tausendjähriges Reich" aus. 1941 glaubte er, den Grundstein gelegt zu haben. Im Februar 1945 war jede Hoffnung darauf geschwunden – anscheinend für immer –, und selbst Hitler mußte es zugeben. Es war ein bitteres Eingeständnis, das zu machen sich Hitler lange geweigert hatte. Jetzt war es aber unvermeidlich geworden, und es blieb nur noch die Frage übrig, wie es zu dieser katastrophalen Schicksalswende hatte kommen können. Ja, wie? Als Hitler sich mit dieser Frage beschäftigte, fühlte er sich wiederum verpflichtet, die Nachwelt darüber aufzuklären. Noch einmal öffnete sich ein Fenster, noch einmal fiel Licht in das Dunkel seiner Gedanken. Wie zuvor in Rastenburg und Winniza, so wurde jetzt in Berlin der ganze Apparat erneut in Bewegung gesetzt, der Wandschirm aufgestellt, die Stenographen dahinter plaziert – Hitler konnte auftreten, um das vierte Fenster zu öffnen und das letzte Kapitel seiner „Heiligen Schrift" zu offenbaren: die Ursachen seines Scheiterns. Und wie lautete seine Version? Sprach er je davon, was so viele andere ausgesprochen haben, daß nämlich sein Krieg gegen Rußland ein Fehler gewesen sei, daß er, so wie es der alten deutschen Führungsschicht damals am Herzen lag, im Jahre 1940 hätte haltmachen sollen? Keineswegs. Er gab wohl zu, daß 1940 oder 1941 ein günstiger Friede mit England zu schließen gewesen wäre. Ein für beide Teile günstiger Friede, da beide über ihre degenerierten romanischen Gegner triumphiert hatten – Deutschland über Frankreich, England über Italien. Doch Hitler fügte sofort hinzu, daß dieser Friede nicht von Dauer, sondern nur zur taktischen Umorientierung des deutschen Kriegspotentials bestimmt gewesen wäre. „Deutschland, im Rücken gesichert, hätte sich nun mit Leib und Seele in seinen wahren Kampf für die heilige Mission meines Lebens, den Daseinszweck des Nationalsozialismus, stürzen können: die Vernichtung des Bolschewismus." „Ostwärts, einzig und allein ostwärts müssen sich unsere Lebensadern ausdehnen."

Worin sah aber dann Hitler den Grund seiner furchtbaren Niederlage? In diesen letzten Gesprächen erörtert er viele Möglichkeiten. Hätte er überhaupt losschlagen sollen? Eine Frage, die sofort wieder fallengelassen wird: von Anfang an hatte doch die nationalsozialistische Bewegung nur ein Ziel, den Krieg. Hatte er den Krieg vielleicht zu früh entfesselt? Nein – auch das wollte er nicht zugeben. Rußland mußte angegriffen werden – und Dutzende von Gründen mahnten zur Eile. Es wäre sogar

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

besser gewesen, behauptete er jetzt obendrein, noch früher loszuschlagen und den unumgänglichen Vorbereitungskrieg gegen den Westen schon 1938 statt 1939 zu beginnen. Aber leider sei Deutschland damals nur materiell stark, moralisch dagegen schwach und mit reaktionären Generalen und Diplomaten belastet gewesen. Hier erwähnt er auch noch das „schändliche" Benehmen Chamberlains, der sich in München allen Forderungen Hitlers gefügt und ihm so den Kriegsgrund genommen habe: „In jedem Punkt gaben diese Feiglinge nach! Sie nahmen all unsere Forderungen an! Unter solchen Umständen war es natürlich fast unmöglich, die Initiative zu ergreifen und den Krieg zu beginnen."

Was konnte sonst falsch gewesen sein? Endlich, nach langem Hin und Her, entdeckte Hitler den Fehler. Er habe sich auf Mussolini verlassen, erklärte er; das sei sein Unglück gewesen. Natürlich bewundere er Mussolini sehr, sein Vorbild, dessen Freundschaft er so viel verdanke, besonders im Jahre 1938, als der Anschluß mit Österreich vollzogen wurde. Doch 1941 habe sich Mussolini als ein katastrophaler Verbündeter erwiesen. Durch seine mißglückten Mittelmeer-Abenteuer, insbesondere durch den zur unrechten Zeit erfolgten und nicht gemeinsam abgesprochenen Angriff auf Griechenland, hatte Mussolini Hitler zum Eingreifen auf dem Balkan und damit zu einem fünfwöchigen Aufschub des Rußlandfeldzuges gezwungen. Für den 15. Mai festgesetzt, konnte dieser wegen der Beanspruchung auf dem Balkan erst am 22. Juni beginnen.

Das Resultat der Verzögerung? Für Hitler gab es da, allerdings erst im Rückblick, keinen Zweifel mehr. Sein Rußlandfeldzug war als Blitzkrieg geplant gewesen; in einem Sommer sollte er durchgeführt werden. Doch er kam zu spät – fünf Wochen zu spät –, und dann kam der Winter, der furchtbare russische Winter, der so unerwartet früh einsetzte; das Heer schneite ein, das Programm war über den Haufen geworfen, die Russen konnten sich erholen, die Engländer neue Bündnisse schmieden und neue Fronten in seinem Rücken eröffnen... Hitler blickte zurück und dachte daran, wie nahe er der Erfüllung all seiner für 1941 gesetzten Ziele gewesen war, und wie sein Triumph dahinschwand, noch während er ihn feierte; vor Ärger wäre er fast in Tränen ausgebrochen. „Dieser idiotische Griechenlandfeldzug", rief er. „Wenn es bei einem von Deutschland und nicht von der Achse geführten Krieg geblieben wäre, würden wir in der Lage gewesen sein, Rußland am 15. Mai 1941 anzugreifen. Mit doppelter Kraft, da unsere Heere nichts als entscheidende und unwiderrufliche Siege kannten, hätten wir den Feldzug vor Einbruch des Winters beenden können. Wie anders ist alles gekommen!"

Also auch jetzt, am Ende, bekannte sich Hitler noch immer zu seinen alten Kriegszielen. Von 1920 bis 1945 hatte für ihn die nationalsozialistische Bewegung stets nur eine Aufgabe gehabt: ein Weltreich zu errichten, den Russen den „kontinentalen Großraum" ihres Landes zu entreißen. Selbst nach der Niederlage machte er daraus kein Hehl. Einen Monat nach der Verkündigung dieses seines letzten politischen Willens, sagte er zu Speer, Deutschland habe ihn im Stich gelassen und verdiene unterzugehen: „Die Zukunft gehört einzig und allein dem stärkeren Ostvolk." Und am Tage vor seinem Tode schickte er aus seinem Berliner Bunker eine Botschaft an

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Wehrmacht – seine letzte Botschaft. Der letzte Satz dieser letzten beschwörenden Botschaft heißt: „Die Aufgabe ist und bleibt, für das deutsche Volk Raum im Osten zu gewinnen."

So absolut klar in ihrer Beständigkeit heben sich Hitlers strategische Endziele von dem wechselnden Hintergrund taktischer Manöver oder zeitweiliger Zugeständnisse ab. Zu verschiedener Zeit befand er sich in verschiedenen Zwangslagen und mußte dementsprechend verschiedene Konzessionen machen. Im Jahre 1923 stand Frankreich, im Jahre 1940 England zwischen ihm und seinem Endziel. Doch sie waren nie die wahren Feinde. Frankreich, einmal erobert und unschädlich gemacht, wurde milde behandelt, ja sogar verwöhnt: als britische Truppen an der Normandieküste landeten, waren sie baß erstaunt über die dortige gute Versorgungslage. Hitler war immer bereit, Großbritannien „Garantien" zu geben: 1924 hatte er sogar ein Buch über die Notwendigkeit einer deutsch-englischen Verständigung geschrieben. Das Buch existiert nicht mehr. Doch Rudolf Hess – übrigens die Quelle, aus der Hitler seine „geopolitischen" Ideen der Ostraumbeherrschung schöpfte – kannte das Buch. Er kannte es sogar so gut, daß es ihn zu seinem dramatischen Soloflug nach England im Jahre 1941 veranlaßte. Ähnlich war es innerhalb Deutschlands, wo die alte Führungsschicht mit ihren begrenzten Zielen zwischen ihm und seiner Politik stand. Hitlers Taktik nahm auf diese Widerstände Rücksicht. Während der gesamten dreißiger Jahre, als „Mein Kampf" in jedem Bücherschrank zu finden war, setzte man seinen Lehren Dämpfer auf, zumindest in der Öffentlichkeit und im Ausland. Hitler war es im Grunde recht zufrieden, daß man sie lediglich für typisch jugendliche Ungereimtheiten hielt. Im Jahre 1939 würde er sich sogar „an das größte Spiel seines Lebens" heranwagen: den russisch-deutschen Pakt. All dies waren aber taktische Notwendigkeiten. Im engsten Kreise hatte Hitler nie aufgehört, von den Lehren seines Buches „Mein Kampf" zu reden. Und als im Jahre 1941 Frankreich, England und die alte deutsche Führungsschicht erledigt waren, riß er die Maske vom Gesicht. Seine unverstellte, echte Stimme wurde wieder hörbar, und er brach auf, über die Leichen von Feind und Freund hinweg, um „den Traum meines Lebens, den Daseinszweck des Nationalsozialismus" wahrzumachen – die Eroberung des Ostraums.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

J. W. BRÜGEL

DIE AUSSIEDLUNG DER DEUTSCHEN AUS DER TSCHECHOSLOWAKEI

Versuch einer Darstellung der Vorgeschichte

Vorbemerkung des Herausgebers

Das hier angeschnittene Thema ist neuerdings viel behandelt worden, in der Publizistik, aber auch in eingehenderen und quellenmäßig begründeten Darstellungen, wie in dem Buch des seinerzeitigen Führers der deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei, Wenzel Jaksch (Europas Weg nach Potsdam, Stuttgart 1958), und in der Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (Berlin 1957, IV, 1, vgl. dazu den Aufsatz in Heft 1 dieses Jahrgangs). Im zusammenfassenden Schlußband der Dokumentation wird das Thema noch einmal im Gesamtzusammenhang der Austreibung aufgenommen werden.

Der Autor des vorliegenden Aufsatzes, auch ehedem ein Mitglied der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei, hat aus eigener Kenntnis und unter Heranziehung einiger noch unbeachteter Zeugnisse insbesondere zur Rolle von Benesch Wesentliches zu sagen. Dieser will nach einer bekannten Stelle seiner rückschauenden Memoiren (Memoirs of Dr. Edvard Beneš, London 1954, S. 212) die „große Konzeption" einer radikalen Reduzierung der Minderheiten „consistently" durch den Krieg hindurch verfolgt haben, wenn auch nach der gegebenen Lage anfangs mit Mäßigung und Vorsicht, dann aber entschieden und grundsätzlich, in dem Maße wie der Krieg fortschritt. Dies kann indessen sehr wohl Selbstglorifizierung, insbesondere in Konkurrenz mit einem kommunistischen Hypernationalismus sein, der Anspruch ist daher dem Memoirenschreiber nicht wörtlich abzunehmen, auch nicht im Urteil gegen ihn. Es bleibt die Frage, ob er mit dem eigentlichen Ziel maximaler Austreibung im Hintergrund sich der Lage opportunistisch angepaßt, bis er aus ihrer günstigen Entwicklung ein Äußerstes herausholen konnte, oder, wie der Verf. meint und begründet, einen Wechsel der Auffassung vollzogen hat. In keinem Fall sollte die historische Forschung das Bild von Benesch als der eigentlichen „bête noire", das die nationalsozialistische Propaganda geschaffen hat und das bei denjenigen demokratischen Sudetendeutschen, die Hoffnungen auf den Expräsidenten gesetzt hatten, sich aus der Enttäuschung in anderer Form erneuert hat, kritiklos übernehmen – und dies gar bis zu dem Punkte hin, wo die Rolle Hitlers in der Herbeiführung der Katastrophe für Böhmen und die Deutschen in Böhmen durch die Rolle von Benesch förmlich, und nicht selten in absichtsvoller Weise, überdeckt erscheint. (Vgl. dazu auch die kritischen Bemerkungen von Brügel in: Neue Politische Literatur IV, 1, S. 8 ff.) – Im übrigen wird darauf hinzuweisen sein, welche Bedeutung die These von Benesch bezüglich der Rechtskontinuität der Vor-Münchner Tschechoslowakei für das Verhältnis zu der Gruppe um Jaksch hatte, die aus Gründen der Selbstbestimmung und aus großdeutschem Gedankengang dieser Anerkennung widerstrebte. Auch das, wie Beneschs Beharren auf bloß staatsrechtlicher, nicht nationalitärer Gleichberechtigung, hat offenbar Möglichkeiten der Zusammenarbeit blockiert, wie das heute von der umgekehrten sudetendeutschen These von der Rechtskontinuität(!) des Münchner Abkommens gilt. H. R.

1. Vor der Entscheidung von München

Die deutschen Bewohner der Vorkriegs-Tschechoslowakei – die nicht sehr glückliche Bezeichnung „Sudetendeutsche"[1] war damals noch nicht in Verwendung –

[1] Vor 1938 hatte man unter der Bezeichnung „Sudetendeutsche", die erst gegen Ende

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

waren 1918/19 nolens volens aus Österreichern tschechoslowakische Staatsbürger geworden, aber es wäre verfehlt, anzunehmen, sie wären zur Gänze oder in ihrer Mehrheit in der anfänglichen und unter den gegebenen Umständen durchaus begreiflichen Opposition gegen den neuen Staat verharrt.

Bei den Parlamentswahlen der Jahre 1920, 1925 und 1929 erhielten die sogenannten „aktivistischen" Parteien – neben kleineren Gruppen die deutschen Sozialdemokraten, der Bund der Landwirte und die deutschen Christlichsozialen –, die bei aller Kritik an den bestehenden Zuständen zur Zusammenarbeit auf dem Boden des Staates bereit waren, eine überwältigende, zwischen 74 und 83 v.H. schwankende Mehrheit gegenüber den beiden „negativistischen" Parteien, der Deutschen Nationalpartei und der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die zwar weder Irredenta predigten noch auch trieben[2], aber sich zu einer grundsätzlich oppositionellen Haltung bekannten. Erst nach dem Machtaufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland konnte Henleins Sudentendeutsche Partei bei den Wahlen des Jahres 1935 die aktivistischen Parteien in eine Minderheitsstellung mit einem Stimmenanteil von 32 v.H. versetzen. Die Ergebnisse der einzelnen Wahlgänge lassen sich folgendermaßen zusammenfassen[3]:

der zwanziger Jahre in Gebrauch kam, nur die Deutschen der Randgebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens verstanden, nicht aber z. B. die Deutschen von Prag und Brünn. Zur Zeit der österreichisch-ungarischen Monarchie hatte man die Länder Böhmen, Mähren und Schlesien, als ursprünglich der böhmischen Krone zugehörig, entweder „böhmische Länder", „historische Länder" oder – im Gegensatz zu den „Alpenländern" – „Sudetenländer" genannt. Mit Ausnahme der 1933 gegründeten „Sudetendeutschen Partei" Konrad Henleins (ursprünglich „Sudetendeutsche Heimatfront") hat sich keine der in der Tschechoslowakei tätig gewesenen deutschen politischen Parteien „sudetendeutsch" genannt, auch nicht die 1933 aufgelöste Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP, zum Unterschied von der NSDAP in Deutschland). Die Sudetendeutsche Partei erstreckte ihren Wirkungskreis nur auf Böhmen, Mähren und Schlesien und organisierte für die Deutschen der Slowakei eine eigene „Karpathendeutsche Partei". Erst seit 1939 ist es im englischen Sprachgebrauch üblich geworden, alle Deutschen der Tschechoslowakei der Einfachheit halber „Sudetendeutsche" zu nennen. (Das Dritte Reich unterschied zwischen Sudetendeutschen, Protektorats-Deutschen und Slowakei-Deutschen.) Der Ausdruck „Sudetenland" wurde zum erstenmal 1918/19 für die Bezirke Ostböhmens, Nordmährens und Schlesiens gebraucht, die sich unter diesem Namen als Provinz Deutschösterreichs konstituierten. 1938 wurde der größere Teil, aber nicht die Gesamtheit des durch die Entscheidung von München an Deutschland gefallenen Gebiets eine Verwaltungseinheit unter der Bezeichnung „Reichsgau Sudetenland". Die südböhmischen und südmährischen Bezirke mit deutscher Bevölkerungsmehrheit gehörten nicht dazu.

[2] Der Ausruf Dr. Lodgmans, des seinerzeitigen Führers der Deutschnationalen, im Prager Parlament am 26. Oktober 1922, daß „Hochverrat die höchste Pflicht der deutschen Volksvertreter" sei, blieb vereinzelt (S. 337 des stenogr. Protokolls).

[3] Quellen: Statistische Jahrbücher der Tschechoslowakischen Republik. Die 1935 abgegebenen deutschen „negativistischen" Stimmen sind die, welche auf die Sudetendeutsche Partei entfielen. In der Aufstellung fehlen die deutschen kommunistischen Stimmen, die zahlenmäßig nicht feststellbar sind, da es nur eine einheitliche kommunistische Kandidatenliste gab. Man schätzt die von deutschen Wählern für kommunistische Kandidaten abgegebenen Stimmen bei den Wahlen der Jahre 1925, 1929 und 1935 (die Kommunistische Partei wurde erst 1921 gegründet) auf 120 000–150 000.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

	1920	1925	1929	1935
Deutsche Aktivisten	1 249 341	1 297 568	1 252 281	605 122
Deutsche Negativisten	328 351	409 272	393 297	1 249 530

Diese Gegenüberstellung widerlegt sowohl die bequeme Theorie, die Deutschen wären durch die Bank und immer „Staatsfeinde" gewesen[4], als auch die dementsprechende Annahme, daß sie schlechthin unterdrückt worden wären. Was immer – und trotz des „Aktivismus" – ihre sehr erheblichen Beschwerden waren, wichtig ist festzuhalten, daß deutsche politische Parteien von 1926 bis 1938 an der Regierung des Landes in gewissem Umfang beteiligt waren und kaum in der Lage gewesen wären, sich bei demokratischen Wahlen zu behaupten, wenn die vox populi sie als deutsche Helfershelfer eines deutschfeindlichen Regimes betrachtet hätte.

Ein zweiter Gesichtspunkt wird für die Ausgangslage festzuhalten sein:

Der Vorwurf der Lässigkeit in der Verteidigung nationaler Interessen und der „Deutschfreundlichkeit" war eines der beliebtesten Argumente im Kampf der Rechten gegen die Linke, und zwar da insbesondere gegen die „Burg", d. h. den Kreis um den Präsidenten Masaryk und den Außenminister Benesch, der nicht ganz zu Unrecht einmal rückblickend von sich sagte, er sei seit 1919 eigentlich „immer in einer gewissen Art innenpolitischer Opposition" gewesen[5]. Selbst von nationalsozialistischer Seite ist noch 1936 der mäßigende Einfluß der „Burg" hervorgehoben worden[6]. Und Benesch selbst verwies in seinen Verhandlungen mit den Vertretern

[4] Bemerkenswerterweise wurde das von Benesch selbst noch zu einem Zeitpunkt (Mai 1944) bestritten, in dem er im allgemeinen die entgegengesetzten Thesen verkündete. Im Gespräch mit dem Schriftsteller Compton Mackenzie sagte er damals: „Mit Hitlers Erscheinen auf der Szene begannen die Deutschen unzufrieden zu werden. Vom Anfang an hatte es immer schon einen Teil von ihnen gegeben, der die Republik nie anerkannt hatte, aber das war nicht mehr als ein Viertel von ihnen... Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß, als Hitler zur Macht kam, zwei Drittel der deutschen Bevölkerung die Tschechoslowakische Republik unterstützten und offenbar keinen Wunsch hatten, sie zu verlassen." (Compton Mackenzie, Dr. Beneš, London 1946, S. 292.)

[5] Dr. Edvard Beneš, Paměti (Erinnerungen), Prag 1947, S. 14. Memoirs of Dr. Edvard Beneš, London 1954, S. 10. (Im folgenden nach der engl. Ausg. zitiert.)

[6] Im unveröffentlichten Aktenmaterial der Deutschen Gesandtschaft in Prag, in das Einblick zu nehmen dem Verfasser vom Foreign Office dankenswerterweise ermöglicht worden ist, befindet sich eine dem Auswärtigen Amt am 6. November 1936 vom Deutschen Konsulat in Reichenberg vorgelegte Denkschrift von Professor Dr. Gottfried Preißler „Über Maßnahmen zur Durchsetzung der grundlegenden Forderungen des sudetendeutschen Schulungs- und Kulturprogramms". Darin heißt es u. a.: „Neben der Sudetendeutschen Partei und neben dem Einfluß, welchen die Prager Burg im wohlverstandenen Staatsinteresse auf die Regierung im Sinne eines Entgegenkommens gegenüber den Forderungen des Sudetendeutschtums, insbesondere auf kulturellem Gebiet, nimmt, ist die offizielle Reichspolitik der stärkste Faktor, der bei dem Streben nach Gewährung einer Selbstverwaltung, welche den weiteren Bestand der Volksgruppe schützen soll, in Rechnung zu ziehen ist." Im Begleitbrief bezeichnete Konsul Lierau Preißler als einen Mann, der „das Vertrauen der maßgebenden sudetendeutschen Stellen genießt" und „aus der sudetendeutschen nationalsozialistischen Bewegung kommt". Er sei Vorsitzender eines im Verborgenen wirkenden „Kulturellen Führungsrates des Sudetendeutschtums".

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Henleins am 17. August 1938 darauf, daß er „1920 bei den Parlamentsverhandlungen über die Verfassung seine warnende Stimme dagegen erhoben habe, die Tschechoslowakei als Nationalstaat zu bezeichnen"[7]. Jedenfalls war er bei den Präsidentenwahlen von 1935 der Kandidat der deutschen Regierungsparteien, und die deutschen Sozialdemokraten hatten Gründe, ihm ihr Vertrauen noch lange zu bewahren[8].

2. Benesch im ersten Stadium des Krieges

Durch den September 1938 und den März 1939 war die Kampfgemeinschaft, die sich in den Jahren des Vordringens des Nationalsozialismus zwischen dem tschechischen Volk und den deutschen Gegnern Hitlers – sowohl aus Deutschland als auch aus der Tschechoslowakei – gebildet hatte, nicht aufgelöst worden. Das Gefühl der Solidarität zwischen den verschiedenen Gruppen der Opfer Hitlers, die in die Emigration gezwungen worden waren, kam vor allem nach der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei in Sympathiekundgebungen an Dr. Benesch zum Ausdruck, der damals als Professor in Chicago lebte. Politisch am bedeutsamsten dürfte der Brief-

---

[7] „Der Ausdruck Les Etats nationaux sei bei den Friedensverhandlungen nicht im Sinne von Nationalstaat, sondern lediglich als Gegensatzbezeichnung zu Österreich-Ungarn gebraucht worden. Er halte die Nationalstaatsidee für verfehlt." (Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D [1937–1945], Bd. II, Deutschland und die Tschechoslowakei 1937–1938, Baden-Baden 1951, Nr. 378.) Kier, einer der Fachleute der SdP-Unterhändler, bestätigte die Richtigkeit dieser Behauptung (ebd.).

In dem Bericht über die Unterredung vom 24. 8. 38 (ebd., Nr. 398) heißt es: „Benesch entwickelte nun, daß er seit dem Jahre 1919 immer für eine gerechte Ordnung und für den deutsch-tschechischen Ausgleich eingetreten sei. Er habe im Jahre 1919 bereits von Paris aus verlangt, daß man in Prag die Deutschen in die Revolutionsregierung aufnehme, damit diese schon an der Schaffung der Verfassung und der ersten Gesetze mitarbeiten. Er habe dann vom Jahre 1920 an den Kontakt mit deutschen Parlamentariern gehalten, insbesondere mit Prof. Kafka, Spina, Mayer-Harting, den Sozialdemokraten Czech und Czermak und manchmal auch mit Dr. Lodgman die Fühlung aufgenommen und gehalten... Weshalb habe ihn Kramař bekämpft? Weil er bereits in der revolutionären Nationalversammlung gegen den Begriff der Staatssprache und dagegen aufgetreten sei, daß in der Verfassung die Tschechoslowakei als Nationalstaat verankert werde."

[8] Dafür die folgenden Zeugnisse: „Der Prager Parteitag der DSAP beschloß einstimmig und begeistert die Absendung folgender Depesche an den Präsidenten der Republik: Der Parteitag der einigen und geschlossenen Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei entbietet dem Präsidenten der Republik seinen Gruß und den Ausdruck der Liebe und Verehrung. Die Partei gelobt aufs neue der Republik ihre Treue und bekundet ihre unerschütterliche Bereitschaft, unsere Demokratie und Freiheit mit aller Kraft zu verteidigen." (Sozialdemokrat, Prag 29. 3. 38.) – „Unsere Bewegung, unser Land sind durch ein Wunder gerettet worden, durch das Wunder der Tapferkeit des kleinen tschechischen Volkes... Wir setzten unsere Hoffnung auf drei Faktoren: auf Benesch, dessen Mut und Entschlossenheit außer Zweifel stehen, auf die Armee, die von einem ausgezeichneten Offizierskorps im demokratischen Geist geführt wird, und auf den Freiheitswillen des tschechischen Volkes." (Wenzel Jaksch auf der Sitzung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Ende Mai 1938, Internationale Information, Brüssel, Ende Mai 1938, S. 184.) – „Es ist keine Übertreibung, wenn wir sagen, daß die deutschen Demokraten ihn mit tiefem Schmerz scheiden sehen." (Sozialdemokrat, Prag, 6. 10. 38.)

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wechsel zwischen dem exilierten Vorstand der SPD und Benesch gewesen sein, der darum hier wiedergegeben sei[9]. Der SPD-Vorstand telegraphierte aus Paris am 18. März 1939:

„Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands weiß sich eins mit vielen Millionen deutscher Männer und Frauen, wenn er sich Ihrem Protest gegen die Annexion der Tschechoslowakischen Republik anschließt. Solange Deutschland eine freie Republik war, herrschten zwischen unseren beiden Ländern die besten Beziehungen und war der Friede der Welt gesichert. Die seit 6 Jahren gehäuften Verbrechen, die in dem Gewaltstreich gegen Ihr Volk ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht haben, sind nur darum möglich geworden, weil die rechtlich und freiheitlich gesinnten Massen des deutschen Volkes seit jener Zeit ohne Stimme und Einfluß sind. Im Kampf um die Wiederaufrichtung seiner zu Boden getretenen Rechte wird das tschechoslowakische Volk alle Deutschen anständiger Gesinnung an seiner Seite finden."

Dr. Benesch hat darauf aus Chicago mit folgendem Schreiben vom 27. März 1939 geantwortet:

„Ihr Telegramm ... hat mich tief bewegt. Ich bin vollständig einverstanden mit Ihren Worten, deren Wert ich außerordentlich hoch schätze, nicht nur für diesen Augenblick, sondern besonders auch für die Zukunft. Nur in einem freien Europa, um das der Kampf bis zum letzten Atemzug geführt werden muß, können und werden unsere beiden Völker wieder in freundschaftlicher Mitarbeit zusammenleben. Ausdrücklich kann ich Ihrer Feststellung zustimmen, daß, solange Deutschland eine freie Republik war, zwischen unseren Ländern die besten Beziehungen herrschten und der Friede gesichert war. Und ich bin dessen gewiß, ebenso wie Sie es sind, daß in dem gemeinsamen Kampf um die Freiheit die Zeit des Sieges und der gemeinsamen freundschaftlichen Arbeit wiederkommen wird."

In seiner programmatischen Rede in Chicago am 8. Juni 1939[10] verkündete Dr. Benesch als sein Ziel „die Erneuerung der alten Republik" und erklärte weiter, daß die Münchener Entscheidung der Tschechoslowakei aufgezwungen, von ihr verfassungsmäßig nicht durchgeführt und überdies von Hitler wieder zerrissen worden sei.

„Wir erkennen kein einziges fait accompli an, weder rechtlich noch politisch. Wir erkennen keine Besetzung an, und darum besteht unser Staat für uns legal weiter." Der Kampf um die Wiederaufrichtung einer demokratischen Tschechoslowakei müsse von allen ihren Völkern gemeinsam geführt werden:

„Darum vereinigen wir uns alle, freie Tschechen, Slowaken, Karpathorussen und auch alle freien Sudetendeutschen, die sich aus der ganzen Welt und aus unserer Heimat zu uns melden..."

Damals verfaßte Benesch auch sein Buch „Democracy Today and Tomorrow", in dem er sich ausdrücklich zum Glauben an die Existenz eines „anderen Deutschland" bekannte[11]:

„... Es hat zwei Deutschlands vor dem Krieg gegeben, das Deutschland des

[9] Neuer Vorwärts, Paris, 15. 4. 39.

[10] Dr. Edvard Beneš, Šest let exilu a druhé světové války (Sechs Jahre Exil und zweiter Weltkrieg), London 1945, S. 32/33. (Hervorhebungen vom Verfasser des Artikels.)

[11] Dr. Edvard Beneš, Democracy Today and Tomorrow, London 1939, S. 26 u. 198.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kaisers und Ludendorffs und das Deutschland Herders und Goethes – so wie es jetzt zwei Deutschlands gibt: das Deutschland von Hitler und Goebbels und das Deutschland Thomas Manns... Ich weiß, daß das (der Nationalsozialismus) nicht die Grundsätze der ganzen deutschen Nation sind. Das deutsche Volk ist selbst unterjocht. Durch 17 Jahre haben das demokratische Deutschland und die Tschechoslowakei miteinander in Frieden zusammen gearbeitet. Es sind das gegenwärtige deutsche Regime und die Diktaturen in Europa, die die heutige Situation ... hervorgerufen haben."

Dr. Hubert Ripka[12] – später der beredte Anwalt der Transferpolitik – hatte 1939 sein dokumentarisches Buch „Munich: Before and After"[13] ganz in der Tradition der Solidarität zwischen dem tschechischen Volk und den deutschen Gegnern Hitlers verfaßt und war darin entschieden der Ansicht von der kollektiven „Staatsfeindlichkeit" der Sudetendeutschen entgegengetreten. Davon, daß es innerhalb der tschechoslowakischen Emigration wieder zu einer tschechisch-deutschen Zusammenarbeit kommen werde, war er offenkundig so überzeugt, daß er sie in einem Aufsatz im Sommer 1939 als fertige Tatsache hinstellte[14]:

„Wir werden uns niemals mit den Grenzen abfinden, die uns durch die Schiedssprüche von München und Wien aufgezwungen worden sind. Das haben im übrigen die Demokraten unter den Sudetendeutschen und Ungarn vollkommen verstanden; sie kämpfen mit uns in loyaler Weise von heute an unseren Kampf um die Wiedererrichtung einer unabhängigen und lebensfähigen Tschechoslowakei."

Nach Kriegsausbruch kam es nicht sogleich zur Bildung einer tschechoslowakischen Auslandsregierung – Neville Chamberlain und Daladier, die „Männer von München", standen noch an der Spitze der Regierungen ihrer Länder. Zwar schloß der Pariser tschechoslowakische Gesandte Dr. Stefan Osusky[15] am 2. Oktober 1939 mit Daladier namens einer nicht existierenden „provisorischen tschechoslowakischen Regierung" einen Vertrag über die Bildung einer tschechoslowakischen Armee in Frankreich[16]; doch kam es erst am 14. November zur französischen Anerkennung eines siebengliedrigen „Tschechoslowakischen Nationalausschusses" mit sehr begrenzten Befugnissen. Die britische Anerkennung folgte am 20. Dezember 1939. In diesem Ausschuß – der wieder von Amerika nach London zurückgekehrte Dr. Benesch war eines seiner sieben Mitglieder – waren die deutschen Demokraten der Tschechoslowakei nicht vertreten, und mit ihren Sprechern im Ausland war über eine Vertretung auch nicht verhandelt worden. Wahrscheinlich wollte man eine

[12] Bis 1939 war Ripka nur als politischer Journalist und als journalistisches Sprachrohr Dr. Beneschs bekannt. Als Politiker ist er erst in der Emigration hervorgetreten.

[13] London 1939.

[14] H. Ripka, La Tchécoslovaquie depuis l'invasion allemande et les menées pangermanistes, in: L'Année Politique Française et Etrangère, Paris, August 1939, S. 178–193.

[15] Die tschechoslowakischen Gesandten in Paris, London, Washington und Moskau setzten ihre Tätigkeit nach dem 15. März 1939 fort, da die Staaten, bei denen sie akkreditiert waren, die Annexion der Tschechoslowakei nicht anerkannten.

[16] Wortlaut in: Documents on International Affairs, 1939–1946, Vol. II, Hitler's Europe, London 1954, S. 309–312.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ohnehin genug verworrene Situation durch das Einwerfen eines solchen Problems nicht noch komplizierter gestalten, um so mehr als es sich um eine offenkundige Notlösung handelte[17]. Es ist jedoch bemerkenswert, daß sowohl Osuskys Ersuchen an Daladier um Anerkennung dieses Ausschusses und Beneschs analoges Ersuchen an Lord Halifax als auch die Antwortschreiben von Daladier[18] und Halifax[19] davon sprechen, daß der Ausschuß zur Vertretung der „tschechoslowakischen Völker" kompetent sei („qualified to represent the Czechoslovak peoples") und daß ein programmatischer Aufruf des Nationalausschusses vom 20. Dezember 1939[20] eine „freie, demokratische Tschechoslowakische Republik, beseelt von dem Geiste der Gerechtigkeit gegenüber allen ihren Völkern, eine sozial gerechte, auf gleichen Rechten und gleichen Pflichten für alle ihre Bürger gegründete Republik" als Ziel verkündete.

Auch in den folgenden Monaten änderte sich an dieser Haltung nichts. Während in Frankreich alle tschechoslowakischen Staatsbürger (nach dem Stand vom September 1938) ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit der Wehrpflicht nach den tschechoslowakischen Gesetzen unterlagen, rekrutierte sich die tschechoslowakische Auslandsarmee in England zu Anfang des Krieges auf Grund freiwilliger Meldungen. (Später wurde für die Bürger aller verbündeten Staaten gleichfalls die Wehrpflicht eingeführt.) Ein großer Teil der Freiwilligen war deutscher Nationalität[21].

Nach dem Fall Frankreichs stimmte Großbritannien der Errichtung einer provisorischen tschechoslowakischen Regierung auf britischem Boden zu, machte aber zwei Vorbehalte. Die britische Regierung, so hieß es in der Note von Lord Halifax vom 18. Juli 1940[22], wolle sich auf keine Grenzführung in Mitteleuropa festlegen und auch zu der von Dr. Benesch behaupteten Rechtskontinuität der Tschechoslowakei, d. h. der rechtlichen Unwirksamkeit der durch die Entscheidung von München getroffenen oder herbeigeführten Änderungen, keine Stellung beziehen. Daß sich die britische Regierung in einem Zeitpunkt, in dem die diplomatischen Beziehungen zwischen ihr und Ungarn noch nicht abgebrochen waren, nicht zur Anerkennung bestimmter Grenzen in Mitteleuropa und zur Anerkennung der Rechtskontinuität der Vorkriegs-Tschechoslowakei bereitfinden wollte, ist begreiflich. (Trotz seines am

[17] Die zweitstärkste tschechische Partei, die Sozialdemokraten, waren zum Beispiel in dem Ausschuß auch nicht vertreten.

[18] Czechoslovak Sources and Documents, Vol. 2: Struggle for Freedom, Washington 1943, S. 43/44.

[19] Czechoslovak Yearbook of International Law, London 1942, S. 230.

[20] Struggle for Freedom, S. 48. (Hervorhebungen vom Verf.)

[21] Eine Gruppe unter ihnen, die an Dr. Benesch ein Grußtelegramm geschickt hatte, erhielt im Februar 1940 folgende Antwort: „Besten Dank für Ihr Telegramm, das die Notwendigkeit unseres gemeinsamen Kampfes für die Befreiung und Wiederherstellung unserer Republik so treffend unterstreicht. Ich wiederhole . . ., daß eine freundschaftliche Zusammenarbeit unserer beiden Völker in unserem Vaterland auf der Grundlage sozialer und nationaler Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit der einzige Weg zur Wohlfahrt und zum Glück der Tschechen und Deutschen in unserer geliebten Heimat ist." (Vom Empfänger dem Verfasser zur Verfügung gestellt.)

[22] Memoirs of Dr. Edvard Benes, London 1954, S. 109/110.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

5. Oktober 1938 erfolgten Rücktritts vom Präsidentenamt respektierte sie aber vom 18. Juli 1940 ab Dr. Benesch als Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, erklärte jedoch erst mit Note vom 18. Juli 1941[23] in aller Form, daß sie ihn in dieser Eigenschaft anerkenne und mit den anderen damals in England weilenden Staatsoberhäuptern alliierter Länder völlig gleich behandeln werde.) In den Verhandlungen, die jenem Anerkennungsakt vorausgegangen waren, hatte Dr. Benesch den Standpunkt der rechtlichen Kontinuität der Tschechoslowakei vertreten und gab dem auch in seiner Botschaft in der tschechischen Sendung des Londoner Rundfunks vom 24. Juli 1940 Ausdruck, offenkundig mit stillschweigender Zustimmung der britischen Regierung, die allerdings noch nicht bereit war, sich diese Auffassung formell zu eigen zu machen. Benesch sagte damals u. a.:

„Als Präsident der Tschechoslowakischen Republik wende ich mich heute an Euch mit folgender Botschaft: . . . München nicht anerkennend und nichts davon anerkennend, was dadurch herbeigeführt wurde, haben wir den Grundsatz verteidigt und verteidigen ihn, daß die Tschechoslowakische Republik, die Republik Masaryks, nach München weiter gelebt und bestanden hat. Unser ganzes völkerrechtliches und politisches System besteht daher weiter: für uns existiert rechtlich mein Abgang aus dem Amt und dem Vaterland nicht, für uns gibt es rechtlich keine Zerschlagung der Republik. . . Ich erkläre feierlich diese unsere politischen und rechtlichen Grundsätze und betone, daß sie für uns alle hier und für alle Angehörigen unseres Staates und Volkes, für Tschechen, Slowaken, Deutsche und Karpathorussen sowie die übrigen bei uns zu Hause gelten[24]."

Kurz darauf ernannte Benesch als eine Art Parlamentsersatz einen Staatsrat, der aus in England ansässigen tschechischen und slowakischen Parlamentariern sowie einigen anderen Persönlichkeiten bestand. Weder die Kommunisten, welche die ihnen angebotene Vertretung abgelehnt hatten – es war noch die Zeit des „imperialistischen Krieges" – noch auch die Deutschen oder die Ungarn waren darin vertreten, aber Dr. Benesch äußerte sich in seiner Rede zur Eröffnung des Staatsrats am 11. Dezember 1940 in London im Sinne einer Ergänzung, an der ihm im Interesse der Anerkennung der Rechtskontinuität durch Großbritannien gelegen sein mußte. Er bezog sich dabei [25] auf eine Rundfunkbotschaft Winston Churchills an das tschechische Volk vom 30. September 1940 (dem Jahrestag der Münchner Konferenz), in der die Entscheidung von München als nicht mehr bindend erklärt worden war, weil Hitler sie zerissen habe[26]. Zur Frage der Vertretung der Deutschen im Staatsrat bemerkte Benesch:

„Ich betrachte den Staatsrat als den breitesten Rahmen, in dem sich alle Tendenzen und Richtungen unseres Kampfes und alle wichtigen Faktoren unseres Kampfes ohne Unterschied der Partei, der Volkszugehörigkeit, der Klasse, der An-

[23] Memoirs, S. 125/126. In dieser Note wurde auch die Zustimmung dazu ausgedrückt, daß die Bezeichnung „provisorische Regierung" zugunsten der Bezeichnung „Regierung der Tschechoslowakischen Republik" fallengelassen werde.

[24] Beneš, Šest let exilu . . ., London 1945, S. 52/53 (Auszug in: Memoirs, S. 114). – Hervorhebung vom Verf. des Artikels.

[25] Beneš, Šest let exilu . . ., S. 165 ff.

[26] The Times, 1. Oktober 1940.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sicht und der Überzeugung zusammenfinden und in Zukunft zusammenfinden werden... Von diesem Gesichtspunkt aus betone ich, daß ich die Teilnahme einiger politischer Faktoren und Gruppen, die heute hier nicht vertreten sind, im gegebenen Augenblick für selbstverständlich halte. Ich habe die Angelegenheit mit einigen Politikern unserer deutschen Mitbürger besprochen, habe ihnen die Teilnahme angeboten und eine positive Antwort erhalten..."

In diesem Zusammenhang wiederholte Benesch seine These von der Rechtsunwirksamkeit aller nach München erfolgten Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsfragen:

„Sehr feierlich und entschieden unterstreiche ich, daß wir auf keinen unserer Bürger, welcher Volkszugehörigkeit und Partei immer ..., verzichten, daß wir entschlossen sind, ihnen allen gegenüber unsere staatlichen Pflichten loyal einzuhalten."

1945 sollte indessen gerade die Anerkennung der durch die Hitler-Gesetzgebung erfolgten Verleihung der deutschen Staatszugehörigkeit an die Deutschen Böhmens, Mährens und Schlesiens durch die tschechoslowakische Gesetzgebung das Rückgrat der ganzen Aussiedlungsaktion werden[27]. 1940 war die demonstrative Anerkennung der tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit für die in Großbritannien lebenden Sudetendeutschen für Benesch eine Waffe im Kampf um die Rechtskontinuität.

3. Um den Eintritt der Deutschen in den Staatsrat

Beneschs Bemerkung über Verhandlungen mit „Politikern unserer deutschen Mitbürger" war sein erster Hinweis auf die Notwendigkeit, bei seinen Aktionen mit dem deutschen Faktor zu rechnen. In kompakten Massen waren nur Sozialdemokraten und Kommunisten in die Emigration gegangen. Die Kommunisten waren mit Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts aus allen Kombinationen ausgeschieden, worüber im entsprechenden Zusammenhang noch mehr zu sagen sein wird. In den Reihen der meist in England, Schweden und Kanada konzentrierten sudetendeutschen Sozialdemokraten hatte sehr bald eine Diskussion über die Zukunft eingesetzt, welcher eine im Sommer 1939 ausgegebene Denkschrift des letzten gewählten Vorsitzenden der Partei, Wenzel Jaksch „Was kommt nach Hitler?" das

[27] Aus dem Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik vom 2. August 1945, Zahl 33 der Gesetzessammlung: „§ 1. Die tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher oder ungarischer Volkszugehörigkeit, die nach den Vorschriften einer fremden Besatzungsmacht die deutsche oder ungarische Staatsangehörigkeit erworben haben, haben mit dem Tag des Erwerbs dieser Staatsangehörigkeit die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren. Die übrigen tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher oder ungarischer Volkszugehörigkeit verlieren die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft mit dem Tage, an dem dieses Dekret in Kraft tritt." (Folgen gewisse – in der Praxis meist ignorierte – Ausnahmebestimmungen.) Deutscher Wortlaut des Dekrets bei: Erich Schmied, Das Staatsangehörigkeitsrecht der Tschechoslowakischen Republik, Frankfurt 1956, S. 83–85, sowie Dokumentation, a. a. O., IV, 1, 5245ff. Nicht mit Unrecht bemerkt Elizabeth Wiskemann dazu: „Wenn die Tschechen München nicht anerkannten, war das unlogisch." (Germany's Eastern Neighbours, London 1956, S. 101.) – Dekrete, bzw. Verfassungsdekrete des Präsidenten nahmen in der parlamentslosen Zeit bis November 1945 den Platz von Gesetzen bzw. Verfassungsgesetzen ein.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ziel der Schaffung einer mitteleuropäischen Föderation geben wollte. In diesem Rahmen schien er geneigt, die Möglichkeit einer Lösung des deutsch-tschechischen Problems im Wege wechselseitiger Bevölkerungsverschiebungen in Aussicht zu nehmen. Die entsprechende Formulierung lautete[28]:

„Definitive Bereinigung der offenen Grenzfragen durch Ausbalancierung der Konsequenzen des Selbstbestimmungsrechtes mit verkehrspolitischen Bedürfnissen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Als technische Hilfsmittel können hierbei ein organisierter Bevölkerungsaustausch und reziproke Minderheitsschutzabkommen in Betracht gezogen werden."

Die in einer Konferenz vom 10. März 1940 in London beschlossene „Deklaration der Sudetendeutschen Sozialdemokratie[29] über die künftige Stellung des Sudetengebietes im Rahmen einer demokratisch-föderalistischen Neuordnung Europas"[30] hat solche Möglichkeiten jedoch nicht weiter verfolgt. Unter dem Eindruck von Flüchtlingsberichten über eine radikal-antideutsche Stimmung bei den Tschechen im Sinne einer Verbannung der Deutschen aus ihrer Mitte, wurde vielmehr als Warnung der Satz aufgenommen:

„Eine Lösung der deutsch-tschechischen Grenzfragen durch zwangsweisen Bevölkerungsaustausch lehnen wir als undemokratisch und barbarisch ab."

Im übrigen bekannte sich die Deklaration zu dem Gedanken der „Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes (der Sudetendeutschen) im Geiste der europäischen Solidarität" unter „Anerkennung aller wirtschaftlichen und geographischen Verbundenheiten des Sudetengebietes mit den historischen Räumen Böhmens und Mähren-Schlesiens".

Der Bericht, den Benesch in seinen Memoiren[31] von seinen Londoner Verhandlungen über die deutsche Frage gibt, möchte den Eindruck hervorrufen, daß es dabei nur um ein Wortduell zwischen ihm und Wenzel Jaksch gegangen sei. Demgegenüber hat Jaksch manche Lücken der Darstellung gefüllt[32]. Ergänzend sei festgestellt,

---

[28] Nach einem Zirkular, zitiert bei Wiskemann a. a. O., S. 63/64. (Hervorhebung vom Verf.) Für die Unterhaltung Jaksch-Benesch vom 3. August 1939 vgl.: Europas Weg nach Potsdam, S. 354f.

[29] Der Parteivorstand der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik beschloß auf seiner letzten, am 22. Februar 1939 in Prag abgehaltenen Sitzung eine Zusammenfassung der ins Ausland gegangenen Parteimitglieder unter der Bezeichnung „Treugemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten". Dieser Name wurde gewählt, um die in der Rest-Tschechoslowakei zurückgebliebenen Organisationen (das Zentralsekretariat in Prag und das Kreissekretariat in Brünn funktionierten bis zum 15. März 1939) durch Aktionen im Ausland nicht zu belasten. Seit Ende 1939 wurden die Bezeichnungen „Sudetendeutsche Sozialdemokratie" und „Treugemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten" nebeneinander gebraucht.

[30] Auszug aus der Erklärung bei Wenzel Jaksch, Benesch war gewarnt, München 1949, S. 10–13. Voller Wortlaut in: Sozialdemokrat, London, 16. 4. 40, S. 29–34.

[31] Memoirs, S. 213–223.

[32] In: Benesch war gewarnt, München 1949, und in: Europas Weg nach Potsdam, Schuld und Schicksal im Donauraum, Stuttgart 1958.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß Benesch im Laufe der Jahre auch mit anderen deutschen Gruppen verhandelt hat, ohne das irgendwo zu erwähnen. Damit ist seine Behauptung[33] schwer vereinbar, ihm habe seit Oktober 1938 die Notwendigkeit einer radikalen Herabsetzung der numerischen Stärke der nationalen Minderheiten in einer Nachkriegs-Tschechoslowakei vorgeschwebt[34]. Offenbar versuchte Benesch nachträglich, in einem Rechenschaftsbericht an die Nation das, was inzwischen geschehen war, als Erfüllung seiner ursprünglichen Wünsche darzustellen. Es mag unverbindliche Diskussionen auch über solche Eventualitäten gegeben haben, aber die weitgehenden Bekenntnisse Beneschs[35] und seiner Mitarbeiter, die zu Anfang des Krieges durchaus noch zu dem Gedanken der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung standen, machen es höchst unwahrscheinlich, daß er hier konsequent einen Plan verfolgte und nur auf die günstige Situation für die Ausführung wartete.

Es scheint vielmehr, daß Benesch zunächst lavierte und versucht hat, sich der jeweiligen Stimmung im eigenen Lager und im anglo-amerikanischen Lager (bis zum 22. Juni 1941) anzupassen, was nicht ausschließt, daß er die vor allem in den Reihen der Auslandsarmee viel erörterte Möglichkeit, in der deutschen Frage „tabula rasa" zu machen, auch ins Kalkül zog. Wenzel Jaksch berichtet[36], daß ihm Benesch am 12. Oktober 1940 eine freiwillige innerstaatliche Umsiedlung vorschlug, durch die in der künftigen Tschechoslowakei statt gemischtnationaler Bezirke und Sprachinseln geschlossene tschechische, deutsche und andere Sprachgebiete geschaffen worden wären. (Er hatte damit einen ursprünglich von Jaksch ventilierten Gedanken aufgegriffen.) Benesch erwähnt diesen Vorschlag in seinen Memoiren nicht; er hätte, auch ohne die Zusage einer Autonomie für das geschlossene deutsche Sprachgebiet, immerhin einen Modus vivendi in die Debatte geworfen, und zwar im Sinne eines geordneten Zusammenlebens beider Völker. Man wird sich dabei erinnern, daß die englisch-französische Politik damals noch von der These ausging, der Feind heiße Hitler und nicht Deutschland. Vor allem aber drängte das Interesse, das Benesch an einem vollen Widerruf der Entscheidung von München durch Großbritannien hatte, ihn zu Verhandlungen über die Aufnahme deutscher Vertreter in den Staatsrat. Jaksch zufolge[37] bot Benesch ihm am 12. Oktober 1940 sechs Sitze im Staatsrat an. Am 20. Oktober wurde dieses Angebot angenommen[38]. Im weiteren Verlauf der Ver-

---

[33] Memoirs, S. 211. S. dazu die Vorbem. des Herausgebers.

[34] Ripka zufolge (Wiskemann a. a. O., S. 62) hatte Benesch eine erste Unterredung mit ihm darüber im Dezember 1938. Zur Erörterung stand der Verfasserin zufolge aber nur „the idea of the removal of some of the Sudeten German population".

[35] „Soweit die Tschechoslowakei in Betracht kommt, werden wir alle loyalen Bürger des Staates in der erneuerten Republik als gleichberechtigt ohne Ansehen der Herkunft, der Religion und der Sprache betrachten." (Dr. E. Beneš, Czechoslovakia's Struggle for Freedom, in: The Dalhousie Review, Halifax, Canada, Oktober 1941.)

[36] „Benesch war gewarnt", S. 79; „Europas Weg nach Potsdam", S. 361.

[37] Jaksch a. a. O., S. 79. 360f.

[38] „Er (der Parteivorstand) nimmt ferner Kenntnis von der geplanten Schaffung eines provisorischen tschechoslowakischen Staatsrates und von der Mitteilung des Präsidenten Dr. Benesch, daß in dieser Körperschaft 6 Sitze für die Vertreter der sudetendeutschen Sozial-

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handlungen bestand Benesch jedoch darauf, daß Jaksch und seine Partei zunächst die Rechtskontinuität der Tschechoslowakei anerkennen und ihre Anhänger zum Eintritt in die tschechoslowakische Auslandsarmee auffordern sollten. Demgegenüber verlangte Jaksch als Vorbedingung eine Vereinbarung über die Grundsätze des künftigen Zusammenlebens. Darauf wollte Benesch sich nicht festlegen, vermutlich hatte er in diesem Augenblick überhaupt keine klare Zukunftsperspektive, abgesehen vom Nahziel der Rechtskontinuität, doch mochten ihn auch die Nachrichten aus Prag beeinflussen. So verschanzte er sich hinter dem Einwand, daß die Emigration das Volk in der Heimat nicht verpflichten könne – ein Argument, das jedoch später dem Abschluß eines Bündnisvertrags mit der Sowjetunion nicht im Wege stand.

4. Erste Andeutungen von Aussiedlungsabsichten

Die Verschärfung der tschechischen Haltung war nicht zuletzt auf den Stimmungsumschwung im Westen zurückzuführen, durch den die Vorstellung eines nur zur Beseitung des Nazi-Regimes geführten Krieges durch die Überzeugung verdrängt wurde, daß Deutschland niedergerungen werden müsse. So begann man auf tschechischer Seite zum erstenmal den Gedanken eines beschränkten Bevölkerungstransfers öffentlich zu propagieren. Bei vorsichtiger Formulierung konnte das vielleicht jetzt die Einwände gegen Wiedererrichtung eines Nationalitätenstaats abschwächen und England dazu bringen, die Rechtskontinuität der Tschechoslowakei und ihre alten Grenzen anzuerkennen. So kamen nahezu gleichzeitig Dr. Ripka, damals Staatssekretär im Außenministerium der Londoner tschechoslowakischen Regierung, und Dr. Benesch selbst mit entsprechenden Vorschlägen heraus. Dr. Ripka erklärte es am 30. Mai 1941 für notwendig[39],

> „mit allen angemessenen Mitteln, einschließlich auch möglicherweise einer organisierten Anwendung des Grundsatzes des Bevölkerungstransfers, Deutschland daran zu hindern, seine (sic) nationalen Minderheiten für seine pangermanistischen Ziele zu mißbrauchen. Auf jeden Fall sollte ein Versuch unternommen werden, die kleineren mitteleuropäischen Länder so wiederaufzubauen, daß sie national so homogen wie möglich gestaltet werden."

In Anknüpfung an die damals im Vordergrund des Interesses stehenden Pläne für Nachkriegsföderationen hatte einige Tage vorher Dr. Benesch in einem Vortrag in Oxford am 23. Mai 1941 geäußert[40], ein föderalisiertes Europa werde

> „auch eine großzügige Lösung der nationalen Fragen ermöglichen, wobei ein vertragsmäßiger Bevölkerungstransfer sicher eines der wichtigsten Mittel sein wird".

---

demokraten reserviert werden. Der Vorstand beschließt hierzu seine prinzipielle Zustimmung im vollen Vertrauen zu der demokratischen, sozial-fortschrittlichen und europäisch-konstruktiven Orientierung des Präsidenten Dr. Benesch." (Abgedruckt in Sozialistische Nachrichten, London, 15. 9. 41.)

[39] Central European Observer, London, 30. 5. 41.

[40] Čechoslovák, London, 30. 5. 41.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine weitere Andeutung in dieser Richtung enthielt ein Aufsatz Beneschs vom September 1941, in dem es hieß[41]:

„Das Problem der nationalen Minderheiten wird nach diesem Kriege viel systematischer und radikaler in Angriff genommen werden müssen als nach dem letzten Krieg. Ich akzeptiere den Grundsatz des Bevölkerungstransfers. Einen erfolgreichen und breit angelegten Bevölkerungsaustausch hat es zwischen Griechenland und der Türkei nach dem Krieg von 1923 gegeben. Die Welt hat diesen weitreichenden Transfer mutig auf sich genommen, weil sie wußte, daß die Alternative ein systematischer Massenmord an Millionen von Menschen war. Wenn das Problem ernstlich erwogen wird und rechtzeitig entsprechende Vorkehrungen getroffen werden, kann der Transfer unter anständigen menschlichen Bedingungen, unter internationaler Aufsicht und mit internationaler Unterstützung friedlich (amicably) gestaltet werden."

In dieser vorsichtigen Formulierung handelte es sich deutlich um einen Versuchsballon. Da eine negative englische Reaktion in erheblichem Maße nicht erfolgte[42] – was in der Lage nach dem Kriegseintritt der Sowjetunion nicht verwunderlich war –, ging Dr. Benesch einen Schritt weiter und entwarf in einem Vortrag an der Universität Aberdeen am 10. November 1941[43] ein Programm, das, gemessen an späteren Äußerungen, noch zurückhaltend war, aber doch zum erstenmal konkretere Vorstellungen entwickelte, wie man eine national „homogenere", d. h. weniger nichttschechische Elemente enthaltende Tschechoslowakei nach dem Kriege schaffen könnte. In diesem Vortrag, der kurz darauf in leicht veränderter Form in der New Yorker Revue ‚Foreign Affairs'[44] abgedruckt wurde, plädierte Benesch ganz im Sinne der damaligen anglo-amerikanischen Auffassungen für die volle Mitarbeit der Sowjetunion im Nachkriegs-Europa, ohne die Propaganda für die von ihm zu dieser Zeit befürwortete polnisch-tschechoslowakische Konföderation[45] aufzugeben, gegen die Moskau bald ein Veto einlegte. Ein ausführliches Kapitel war dem Problem der nationalen Minderheiten gewidmet, für das Benesch folgende allgemeine Grundsätze aufstellte:

[41] Edvard Beneš, The New Order in Europe, in: The Nineteenth Century and After, London, September 1941.

[42] Eine scharfe Ablehnung erfuhren Beneschs Vorschläge allerdings in einem Aufsatz des Dozenten der Universität Cambridge, David Thomson. („Back to Minority Problems", The Spectator, London, 19. 9. 41.) Thomson verwies darauf, daß „der ganze Geist der tschechoslowakischen Demokratie auf dem gegenteiligen Grundsatz aufgebaut ist: daß innerhalb einer gerechten und freien politischen Ordnung Angehörige verschiedener Völker freundschaftlich zusammenleben können". Er warf die Frage auf, was das demokratische Glaubensbekenntnis eigentlich beinhalte, „falls es nicht bestätigt, daß rassische und nationale Unterschiede für das Bestehen und die Anerkennung von Menschenrechten und Pflichten grundsätzlich unerheblich sind". Schließlich widerlegte Thomson Beneschs Behauptung, daß der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch nach irgendeiner Richtung als Vorbild dienen könne.

[43] War and Peace Aims of the United Nations, hersg. von Louise Holborn (im folgenden zitiert: Holborn), Bd. I, Boston 1943, S. 416ff.

[44] Edvard Beneš, The Organization of Postwar Europe, in: Foreign Affairs, New York, Januar 1942, S. 227–242.

[45] Eduard Táborský, A Polish-Czechoslovak Confederation, in: Journal of Central European Affairs, Januar 1950, S. 379–395.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„1. Auch nach diesem Krieg wird es unmöglich sein, in Europa Staaten zu schaffen, die national homogen sind, da es Fälle gibt, in denen gewisse Staaten ohne ein bestimmtes Gebiet mit gemischter Bevölkerung (z. B. die Tschechoslowakei ohne die deutschen und gemischten Bezirke in Böhmen und Mähren) nicht existieren können. . .

2. Nach diesem Krieg wird es notwendig sein, einen Bevölkerungstransfer auf viel breiterer Grundlage durchzuführen als nach dem letzten Krieg. Das muß so menschlich wie möglich, international organisiert und international finanziert, durchgeführt werden.

3. In Zukunft sollte der Schutz der Minderheiten zunächst in der Verteidigung ihrer demokratischen Menschenrechte und nicht ihrer nationalen Rechte bestehen. Minderheiten innerhalb einzelner Staaten dürfen nie wieder mit dem Charakter international anerkannter politischer und juristischer Einheiten ausgestattet werden, mit der Möglichkeit, wieder eine Quelle der Beunruhigung zu werden."

Das Verlangen nach stärkerer „Homogenität" der künftigen Tschechoslowakei kehrte in verschiedenen Reden Beneschs im Jahre 1942 wieder, doch schlug er ganz andere Töne an, wenn er im Staatsrat das Wort ergriff[46]. Bei den in der zweiten Hälfte 1941 fälligen Berufungen in den Staatsrat waren die Deutschen wieder unberücksichtigt geblieben; aber unter den vier Kommunisten, die auf Grund der neuentstandenen politischen Situation berufen wurden, befand sich ein Deutscher (Karl Kreibich). Benesch betonte zwar[47], Kreibich sei als Kommunist und nicht als Deutscher ernannt worden, was diesen aber später nicht hinderte, „im Namen der demokratischen Deutschen" Erklärungen abzugeben. Bei den Sozialdemokraten hatte sich die Lage insofern kompliziert, als inzwischen eine Spaltung eingetreten war: eine Gruppe, der zwei frühere Parlamentarier angehörten, hatte sich Ende 1940 von Jaksch losgelöst und sich als „Auslandsgruppe der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik" konstituiert. Sie nahm zur Frage der Rechtskontinuität des Staates, in der sie die vom deutschen Standpunkt günstigste Möglichkeit erblickte, eine positive Haltung ein und hatte ihre wehrfähigen Mitglieder aufgefordert, in die tschechoslowakische Armee einzutreten. Über seine Verhandlungen mit dieser Gruppe und ihre eventuelle Vertretung im Staatsrat vermeidet Benesch irgend etwas in seinen Memoiren zu sagen. Die Gruppe hatte ihren Standpunkt zur Propaganda eines Bevölkerungstransfers in einer am 5. Oktober 1941 beschlossenen Erklärung niedergelegt, die eine deutliche Antwort an eine ungenannte Adresse darstellt[48]:

„Die Konferenz verwirft die Anschauung, daß die nationalpolitischen Probleme die Ursache des Aufstiegs und der Machtergreifung des Nationalsozialismus waren. Die Ursachen lagen tiefer, sie sind wirtschaftlicher und sozialer Natur.

Ein Bevölkerungsaustausch beseitigt nicht die wahren Kriegsursachen. Er ist daher nicht das geeignete Mittel zur Befriedung Europas. Der einzig mögliche Weg ist die Schaffung einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung. Die Konferenz lehnt daher jede Zwangsumsiedlung ab. . .

[46] Die Mitgliedschaft dieser Körperschaft wurde alljährlich erneuert und die Sessionen wurden immer mit einer programmatischen Rede Beneschs eröffnet.

[47] Memoirs, S. 310.

[48] Sozialistische Nachrichten, London, 15. 10. 41.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach demokratischen Prinzipien leiten wir aus der Erfüllung unserer Pflicht als Bürger und Soldaten den Anspruch auf Gleichberechtigung und Mitbestimmung ab."

In seiner Rede zur Eröffnung der zweiten Session des Staatsrats am 25. November 1941 wich Benesch der Transferfrage aus, legte aber ein neuerliches Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit den demokratischen Deutschen ab. Er stellte ausdrücklich fest[49]:

„Jeder tschechoslowakische Bürger, der ehrlich gegen alles steht, was nazistisch ist. . ., kann unseren Reihen angehören und mit uns zusammenarbeiten. Der Staatsrat ist ein Organismus, der alle politischen Faktoren aller früheren politischen Richtungen und aller Nationalitäten der Republik . . . vereinigen soll . . . Es wird (nach dem Krieg) notwendig sein, alle an diesem Krieg Schuldigen zu bestrafen. . . Bei uns werden die Verräter gleichmäßig bestraft werden, ob sie nun Tschechen, Slowaken oder Deutsche sind."

Zur Frage der deutschen Mitarbeit im Staatsrat sagte Benesch, ihre Lösung sei im gegenseitigen Einvernehmen „wegen der Ereignisse in der Heimat" (der Massenhinrichtungen in der Ära Heydrich) verschoben worden. Als Benesch ein Jahr später, am 12. November 1942, die dritte Session des Staatsrats eröffnete[50], erwähnte er eine eventuelle Berufung deutscher Vertreter in den Staatsrat nicht mehr – inzwischen war es ihm gelungen, in Form einer als White Paper veröffentlichten Note des Außenministers Eden die Zusicherung der britischen Regierung zu erlangen, daß diese sich „mit Rücksicht darauf, daß Deutschland die Tschechoslowakei betreffenden Abmachungen von 1938 vorsätzlich (deliberately) zerstört hat", jeder Verpflichtung in dieser Sache ledig fühle: „Bei der endgültigen Regelung der tschechoslowakischen Grenzen am Kriegsende werden keine in diesen Dingen 1938 oder nachher erfolgte Änderungen Einfluß auf ihren Standpunkt haben[51]." Während der Verhandlungen, die dieser Erklärung vorausgingen, hat Eden seine ursprüngliche Forderung nach Vertretung der demokratischen Deutschen im Staatsrat zurückgezogen[52]. Inzwischen hatte Benesch Gelegenheit gehabt, im Juni 1942 in London mit Molotow Fühlung zu nehmen. Im Gegensatz zu früheren sowjetischen Stellungnahmen[53] hat Molotow dabei Benesch zufolge erklärt, daß die Sowjetunion die Tschechoslowakei in den Grenzen aus der Zeit vor München anerkenne und keine seit 1938 eingetretene Änderungen zur Kenntnis nehme[54].

---

[49] Beneš, Šest let exilu. . ., S. 193.

[50] Ebenda, S. 200–219. Auszug bei Holborn, Bd. I, S. 439–444.

[51] Command Paper No. 6379. Siehe auch Edens Ausführungen dazu im Unterhaus am 5. 8. 42, Hansard, Vol. 382, Spalte 1004/5 (abgedruckt in Memoirs, S. 208).

[52] Memoirs, S. 207.

[53] Tatsächlich hatte sich Moskau in dieser Frage bisher vollkommen opportunistisch verhalten. Erklärungen, die der sowjetische stellvertretende Handelsattaché Skossyrew am 22. Dezember 1938 im Berliner Auswärtigen Amt abgegeben hatte, waren auf eine De-facto-Anerkennung der in München vorgenommenen Grenzführung durch die Sowjetunion hinausgelaufen (Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D 1937–1945, Bd. IV: Die Nachwirkungen von München 1938–1939, Baden-Baden 1951, Nr. 482).

[54] Beneš, Šest let exilu. . ., S. 107.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Während Benesch am 7. Januar 1942 Jaksch gesagt haben will[55], die Stimmung des tschechischen Volkes[56] verlange danach, daß die „kommende soziale Revolution" mit einer nationalen verkoppelt werde, welche „die gesamte deutsche Bourgeoisie, die pangermanistische Intelligenz und die dem Faschismus verfallene Arbeiterschaft" aus dem Land verbannen würde – „in diesem Plan ist auch ein Stück Marxismus" –, führte er im Staatsrat am 12. November 1942 in wesentlich anderer Sprache aus:

„Ich habe schon im Vorjahr gesagt, daß ich an unsere Deutschen in diesem Krieg den gleichen Maßstab anlege wie an alle unseren anderen Bürger. Die deutschen Nazisten und die deutschen Verräter werden und müssen auf die gleiche Linie gestellt werden wie die tschechischen und slowakischen Verräter und freiwilligen Kollaboranten. Die demokratischen und treuen Deutschen, die zu uns gehalten haben und die dann im Kriege mit uns gingen, werden als volle und rechtsgültige Bürger betrachtet werden, mit denen als mit solchen, d. h. mit treuen Bürgern der Republik, auch in der befreiten Republik gerechnet werden muß."

Tatsächlich hatte er um diese Zeit schon öffentlich die Verweigerung der nationalen Rechte an allenfalls im Lande verbleibende Deutsche als Programmpunkt verkündet[58a]. Man wird bei solchen divergierenden Erklärungen Benesch neben der Absicht taktischer Verschleierung auch ein gewisses Zögern unterstellen dürfen, sich von traditionellen Vorstellungen [57] ganz loszusagen. Den Entscheid zum Negativen gab wohl erst die Haltung der Sowjetunion und ihrer bedingungslosen Trabanten im tschechoslowakischen Lager, der Kommunisten.

5. Die kommunistische Politik in der sudetendeutschen Frage

Ihrer ganzen Tradition nach waren die tschechoslowakischen Kommunisten – Tschechen, Slowaken, Deutsche, Ungarn usw. – Gegner bürgerlich-nationalistischer Schlagworte: daß man zur Förderung von Parteizielen chauvinistische und sogar antisemitische Instinkte entfesseln oder sich ihrer bedienen dürfe, war damals noch unbekannt. In den wenigen Monaten zwischen der Besetzung von Prag und dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts waren die Kommunisten die lautesten Vorkämpfer restaurativer Tendenzen[58]. Nach dem Abschluß des Paktes

[55] Memoirs, S. 217. Vgl. dazu auch Jaksch a. a. O., S. 375.

[56] „Es ist uns bekannt, daß die Forderung nach Austreibung der Sudetendeutschen unter der tschechischen Bevölkerung des Protektorats sehr populär ist." („Unser Standpunkt. Das abschließende Wort der sudetendeutschen Sozialdemokratie", abgedruckt bei Jaksch, Benesch war gewarnt, S. 84.)

[56a] Vgl. S. 146 und Anm. 44.

[57] Am 17. Juli 1936 hatte Benesch in Znaim gesagt: „Ich trete dafür ein, daß die Deutschen in unserer Republik alles erhalten, was sie zu ihrem kulturellen und wirtschaftlichen Gedeihen brauchen, und ich bin überzeugt, daß ihnen dies durch allmähliche und stete Evolution und bei Aufrechterhaltung des demokratischen politischen Systems gewährleistet werden kann. Unser Staat ist demokratisch und wird demokratisch bleiben. Das ist auch eine der größten Garantien für die Deutschen in unserem gemeinsamen Staate." (Benesch und der Frieden Europas, hrsg. v. Arthur Werner, Brünn 1936, S. 97.)

[58] „Das deutsche Volk will keine fremden Nationen unterdrücken. Wie es die Unabhängigkeit und Freiheit des österreichischen Volkes will, so will es die Unabhängigkeit und Freiheit

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zogen sie sich von jeder militanten Aktivität in der Heimat und in der Emigration zurück, ließen sich z. B. in Frankreich lieber internieren, als in die tschechoslowakische Armee einzutreten, und begründeten ihre Gegnerschaft gegen die von Benesch repräsentierte Emigration geradezu mit deren Chauvinismus[59]. Nach dem 22. Juni 1941 änderte sich die Lage wiederum vollständig. Die kommunistische Emigration in England forderte ihre wehrfähigen Anhänger zum Eintritt in die tschechoslowakische Armee auf, wodurch der deutsche Anteil an ihr wesentlich gestärkt wurde. Zwar lehnten die Kommunisten den Eintritt in die Auslandsregierung ab – wohl, weil ihnen die lästige Verantwortungen auferlegt hätte –, sie nahmen aber Berufungen in den Staatsrat an. Im ersten Stadium vermieden sie unter Hinweis auf die Notwendigkeit, alles den unmittelbaren Aufgaben des Kriegseinsatzes zu opfern, jede politische Festlegung auch in der deutschen Frage. Doch mußte damals die bloße Teilhaberschaft einer Partei mit deutscher Anhängerschaft im Apparat der Auslandsregierung und der um sie gruppierten Emigration eine rein tschechisch-nationalistische Argumentation erschweren. Obwohl auch die Kommunisten einer Stellungnahme zum Aussiedlungsproblem auszuweichen suchten, konnten sie, in die Enge getrieben, doch nicht umhin, einen ablehnenden Standpunkt anzudeuten. So heißt es in einer 1943 erschienenen Broschüre des kommunistischen Abgeordneten Gustav Beuer im Rahmen einer Polemik mit Jaksch, der eine gemeinsame Ablehnung von Aussiedlungsplänen als Voraussetzung für eine „Einheitsfront der sudetendeutschen Emigration" bezeichnet hatte[60]:

> „Wir sind gegen Aussiedlungspläne und haben das ausgesprochen. . . Aber wir sind entschieden dagegen, daß als Bedingung der Zusammenarbeit und des gemeinsamen Kampfes gegen Hitler Forderungen mit Bezug auf die künftige Stellung der Sudetendeutschen gestellt werden. . ."

Die Wendung der Sowjetpolitik von einer antinazistischen zu einer antideutschen und panslawistischen Einstellung, die sich im Jahre 1943 vollzog – etwa im gleichen Augenblick, als die Westmächte ihren ursprünglichen Appell an antihitlerische Kräfte innerhalb des deutschen Volkes durch das Schlagwort von der „bedingungslosen Kapitulation" ersetzten –, hat naturgemäß die Haltung der tschechoslowakischen Kommunisten zum sudetendeutschen Problem radikal verändert. Dies ging jedoch nur allmählich und schrittweise vor sich. Noch am 16. und 17. Oktober 1943

---

des tschechischen, slowakischen und sudetendeutschen Volkes. Die Völker Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei führen ihren Kampf mit dem Ziel des Sturzes des blutigen Nazifaschismus. . . Neu erstehen wird eine demokratische Republik Deutschland, das selbständige demokratische Österreich, die selbständige Republik der Tschechoslowakei." (Aus einem gemeinsamen Aufruf der kommunistischen Parteien Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei, in: Rundschau, Basel, 5. 4. 39, S. 580.)

[59] „Die Anhänger Beneschs . . . setzen ihre sinnlosen chauvinistischen Hetzereien fort, säen bei der tschechischen Bevölkerung Haß gegen die in militärische Uniformen gekleideten deutschen Arbeiter. . ." (Aus einer Erklärung des illegalen Zentralkomitees der tschechoslowakischen Kommunisten vom 15. 12. 40, abgedruckt in Memoirs, S. 161.)

[60] Gustav Beuer, Sudetendeutsche, wohin?, Probleme des sudetendeutschen Anti-Hitler-Kampfes, London 1943, S. 39.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fand in London eine von den Kommunisten, einem Teil der Sozialdemokraten und anderen Emigrationsgruppen einberufene „Landeskonferenz deutscher Antifaschisten aus der Tschechoslowakei" statt, die in ein Bekenntnis zur Tschechoslowakei ausklang, ohne daß die Aussiedlungspläne der tschechoslowakischen Regierung auch nur besprochen worden wären. In ihrem Namen gab Dr. Ripka auf dieser Konferenz eine Erklärung ab, die keinerlei Hinweis auf Transferabsichten enthielt und in folgenden Sätzen gipfelte[61]:

„Eine unbarmherzige Strafe wird und muß alle treffen, die dem gewalttätigen nazisierten Pangermanismus und Imperialismus Hilfsdienste leisteten und leisten. Aber die Erfüllung dieser Gerechtigkeit liegt schließlich auch im Interesse der deutschen Demokraten. Sie ist die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben in der Tschechoslowakei. In der befreiten Republik wollen wir mit all denen zusammenarbeiten, die im Kampf gegen den gemeinsamen Feind ihre Pflicht erfüllt haben und sich aus vollem Herzen zu den Grundsätzen der wahren Demokratie bekennen. Diese Konferenz beweist, daß es unter den Deutschen aus der Tschechoslowakei wirklich loyale Bürger der Republik gibt. . . Wir haben erkannt, wer unsere Freunde sind, und wir finden sie hier unter Ihnen. Darum begrüßen wir aufrichtig jene unserer deutschen Mitbürger, die sich ohne Vorbehalt zur Teilnahme am Kampf für die Befreiung der Republik in den vormünchener Grenzen melden."

Diese im Lichte der späteren Entwicklung erstaunlichen Erklärungen wurden abgegeben, nachdem Benesch in einem in der „New York Times" veröffentlichten Interview[62] die früheren zurückhaltenden Formulierungen von der Umsiedlung als letztem, aber nicht auszuschließendem Ausweg abgeschüttelt und sich in Ausnützung der durch den Krieg geschaffenen Situation für radikale Maßnahmen ausgesprochen hatte: die Minderheitenfragen in Mittel- und Osteuropa sollten diesmal „drastisch und endgültig" geregelt werden, nämlich durch „allgemeinen (wholesale) Austausch[63] von Minderheiten, um dieses lästige Problem für immer zu beenden". Die von der Aussiedlung nicht erfaßten Angehörigen einer Minderheit sollten alle staatsbürgerlichen Rechte, aber keine besonderen nationalen Rechte haben, „so wie es in Amerika der Fall ist". Gelegentlich eines offiziellen Besuches in den Vereinigten Staaten (Mai–Juni 1943), bei dem er die Frage der Aussiedlung auch mit Präsident Roosevelt besprach (siehe weiter unten), drückte sich Benesch allerdings wieder etwas vorsichtiger aus. So sagte er in einem Vortrag in Chicago am 22. Mai 1943[64], man müsse, da unter allen Umständen Minderheiten in den einzelnen Staaten verbleiben würden, über Schritte nachdenken, die den Mißbrauch dieser Minderheiten für imperialistische Zwecke ihrer Nachbarländer unmöglich machten. Er fuhr dann fort:

[61] Holborn, Bd. II, Boston 1948, S. 1022/1023.

[62] New York Times, 19. Februar 1943, auszugsweise bei Holborn, Bd. II, S. 997.

[63] Der Ausdruck „Bevölkerungsaustausch" wurde im Anfang manchmal gebraucht, wohl um durch Vortäuschung einer Zweiseitigkeit der vorbereiteten Maßnahmen die Vorschläge für die westliche öffentliche Meinung schmackhafter zu machen.

[64] Czechoslovak Sources and Documents, Vol. 3. President Beneš on War and Peace, New York 1943, S. 47–60.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Wenn eine Lösung des Minderheitenproblems auf diese Weise unmöglich ist, bin ich auf die unangenehme Notwendigkeit (grim necessity) eines Bevölkerungstransfers vorbereitet. Sie wurden nach dem letzten Krieg bei einigen Gelegenheiten angewendet und waren im allgemeinen nicht populär. Sie können das Problem niemals vollkommen lösen, da immer ein Teil der Minderheiten im Lande verbleibt. Sie können viele Härten und selbst Ungerechtigkeiten hervorrufen. Aber ich muß sagen, daß sie sich trotzdem lohnen würden, wenn sie dazu beitragen, daß ein mehr dauerhaftes Gleichgewicht und ein dauernder Friede geschaffen werden."

Bisher hatte Benesch ausschließlich im Westen operiert. Ende 1943, als es deutlich wurde, daß die Tschechoslowakei der sowjetischen „Befreiungssphäre" zufallen werde, trat er die Reise nach Moskau an, um die Verhandlungen über einen Bündnisvertrag dort zum Abschluß zu bringen. Seine damaligen Besprechungen mit Stalin und Molotow werden später zu erörtern sein; soviel sei aber schon hier gesagt, daß mit diesem Augenblick auch für das deutsch-tschechische Problem ein entscheidender Wendepunkt kam. In einer Rundfunkansprache aus Moskau gebrauchte Benesch am 21. Dezember 1943 zum erstenmal die Wendung, die künftige Tschechoslowakei werde „ein einheitlicher Nationalstaat der Tschechen, Slowaken und des karpathorussischen Volkes" sein[65]. Diese im Munde Beneschs ungewöhnliche Formulierung – man erinnere sich seiner früheren Verwahrung gegen diesen Begriff – deutet darauf hin, daß die Moskauer Verhandlungen in einer Richtung gelaufen waren, die abseits sowohl der bisherigen kommunistischen als auch der Terminologie Beneschs selbst lag. In dem nun einsetzenden zähen Ringen zwischen Benesch und den Kommunisten um die Seele des tschechischen Volkes – einem Ringen zwischen ungleichen Partnern, das erst mit dem kommunistischen Putsch vom Februar 1948 seinen Abschluß fand – spielte das Sichüberbieten in der deutschen Frage eine große, vielleicht die entscheidende Rolle. Benesch hatte in Moskau auch mit der dort ansässigen kommunistischen Emigration aus der Tschechoslowakei, vor allem mit Klement Gottwald, sechs lange Unterredungen gehabt. Über diese Aussprachen gibt es neben Beneschs eigenem Bericht[66], der die deutsche Frage mit Stillschweigen übergeht, eine Darstellung Gottwalds in einem Brief an die kommunistische Emigration in London[67], in dem es heißt:

„Der Herr Präsident hat uns seinen Plan für den sogenannten Transfer, d. i. die Aussiedlung der Deutschen, entwickelt. Wir haben ihm gesagt, daß es zweckmäßiger wäre, die Sache im Rahmen der Aktion zur Bestrafung der am Krieg und an den Verbrechen, die an der Tschechoslowakei verübt wurden, Schuldigen gelöst würde, also auf der antifaschistischen und antinazistischen Linie, im Sinne folgender Thesen:

a) Bestraft werden einschließlich Ausweisung aus der Republik und Beschlagnahme des Vermögens alle, die Hitler aktiv geholfen haben und sich des Hochverrats gegen die Republik schuldig machten.

b) Den übrigen Bürgern deutscher Nationalität wird die Möglichkeit gegeben,

[65] Beneš, Šest let exilu. . ., S. 144.

[66] Memoirs, S. 268–275.

[67] Abgedruckt bei Klement Gottwald, Spisy (Schriften), Bd. XI, Prag 1955, S. 262ff.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entweder für Deutschland oder die Tschechoslowakei zu optieren. Dabei behält sich die tschechoslowakische Regierung die Entscheidung in jedem individuellen Falle vor.

c) Die aktive Teilnahme der tschechoslowakischen Bürger deutscher Volkszugehörigkeit am Kampf gegen Hitler sowohl vor München als auch nach München bringt den automatischen Anspruch auf die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft mit sich.

d) Die ganze Aktion muß unter aktiver Teilnahme der deutschen Antifaschisten vor sich gehen.

In Beantwortung unserer Ausführungen sagte der Herr Präsident, daß durch die von uns vorgeschlagene Vorgangsweise das ihm vorschwebende Ziel erreicht werden könne. Er unterstrich dabei, daß die Tschechoslowakei am Ende der Säuberungsaktion ein slawischer Nationalstaat sein müsse."

In der Nachkriegs-Tschechoslowakei hat es vor 1948 wiederholt Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und den anderen tschechischen Parteien darüber gegeben, wer die treibende Kraft in der Aussiedlungsaktion gewesen sei. Solange der Kampf um die Macht im Staat noch nicht entschieden war, setzten die Kommunisten alles daran, um sich durch Betonung eines kompromißlosen tschechischen Nationalismus die Unterstützung der chauvinistischen Straße zu sichern, weshalb sie auch die Urheberschaft am Aussiedlungsgedanken für sich in Anspruch nahmen[68]. Die bereits angeführten Zeugnisse widerlegen diese Behauptungen eindeutig; auch Gottwald schrieb die Initiative Benesch zu. Eine andere Frage ist, ob die Aussiedlungsaktion, also die bewußte Rechtlosmachung von Millionen Menschen unter Verzicht auf jede auch nur oberflächliche Prüfung des Verhaltens des Einzelnen, ohne die aktive, ja fanatische Mithilfe der Kommunisten hätte durchgeführt werden können. Im Gewande von Überpatrioten und tschechischen Hypernationalisten verfolgten sie mittels Entfesselung eines schrankenlosen Deutschenhasses ihre Parteiziele und nichts anderes – nämlich durch Aufreißen einer Kluft zwischen Deutschen und Tschechen die Tschechoslowakei an Moskau zu ketten.

In den Unterredungen mit Benesch im Dezember 1943, die ihr erstes Bekenntnis zum Transfergedanken bedeuteten, haben die Kommunisten immerhin noch die

[68] Nach der neuerlichen Wendung der Kommunisten zum „proletarischen Internationalismus" wurde dieser Anspruch wieder fallengelassen. Eine parteioffizielle Geschichtsdarstellung „Zehn Jahre volksdemokratische Tschechoslowakei" gleitet über dieses Kapitel mit den lakonischen Sätzen hinweg: „Zu den wichtigsten Ergebnissen der nationalen und demokratischen Revolution gehörte auch die Aussiedlung der deutschen Minderheit, die eine Stütze des aggressiven deutschen Faschismus war. Die Aussiedlung bei gleichzeitiger Besiedlung des Grenzgebiets durch tschechische Werktätige beseitigte die Gefahr der Tätigkeit einer faschistischen fünften Kolonne und trug zur Sicherung der Unabhängigkeit und demokratischen Entwicklung der Republik bei." (Aufbau und Frieden, Prag, 22. April 1955.) Noch nüchterner drückte sich der kommunistische Chefideologe und seinerzeitige Verfechter eines kommunistischen Panslawismus, Vize-Premier Václav Kopecký, in einem geschichtlichen Rückblick aus Anlaß des 35jährigen Bestehens der Partei aus: „Als Teil der nationalen Revolution, die der Wiederholung der Gefahr einer deutschen faschistischen Irredenta vorbeugen wollte, wurde 1945 und 1946 der Abschub der Deutschen und die Neubesiedlung unseres Grenzgebietes durchgeführt." (Rudé Právo, Prag, 13. 5. 56.)

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„antifaschistische" Linie, nicht schlechthin eine antideutsche, vertreten. Mit der Zeit streiften sie diesen letzten Rest einer ideologischen Verbrämung ihrer Haltung ab: die sudetendeutschen Kommunisten in England predigten nach Rückkehr Beneschs aus Moskau die Notwendigkeit einer „Reinigungsaktion", d. h. einer Aussiedlung der „schuldigen" Mehrheit der Sudetendeutschen, um sich später für die Tschechoslowakei als einen „slawischen Volksstaat" zu erwärmen, in welchem die der Demokratie treu gebliebene Minderheit der Deutschen in Frieden und Freiheit leben würde[69]. Mit dem deutschen Problem glaubten die Kommunisten endlich das Mittel gefunden zu haben, durch das sie Benesch in den Augen der Tschechen die Initiative entreißen und seine unleugbare Popularität paralysieren konnten. Sie wußten, wie anfällig das tschechische Volk in diesem Zeitpunkt für antideutsche Propaganda war; sie erkannten aber zugleich, daß Benesch sie in der Skrupellosig-

[69] „Für die Beurteilung der (zwischen Polen und der Sowjetunion) aufgeworfenen nationalen Fragen ist es besonders wichtig, daß selbst an die Umsiedlung von Angehörigen slawischer Völker gedacht wird, wenn dadurch offene Fragen ihres Zusammenlebens und ihrer Beziehungen gelöst werden. Um wieviel dringender ist die Lösung der Frage der deutschen Minderheiten, und wie unsinnig wäre es, selbst in den radikalsten Maßnahmen zu ihrer Lösung ein Unrecht gegenüber den Deutschen zu erblicken. . . Auch gegenüber der deutschen Bevölkerung wird in einer gerechten Weise verfahren werden. Die Verbrecher werden so behandelt werden, wie sie es verdienen. Denjenigen, die keine Verbrechen begangen haben, wird nicht nur bei der Evakuierung, sondern auch bei der Ansiedlung in ihrer neuen Heimat geholfen werden. . . Der Teil der Deutschen, der sich durch sein eigenes Verhalten den Anspruch auf das Verbleiben in der Tschechoslowakei erworben hat, wird auf dem Boden der neuen Volksdemokratie die Möglichkeit einer friedlichen Weiterentwicklung finden." (Gustav Beuer, in: Einheit, London, 7. 10. 44.)

„Angesichts der Haltung der Mehrheit der deutschen Arbeiter dürfen wir vor dem Gedanken nicht zurückschrecken, daß auch ein wesentlicher Teil der deutschen Arbeiterschaft der Tschechoslowakei von ihr (d. h. der „Reinigungsaktion") betroffen sein wird. Wir haben den Mut, aus der Tatsache des Verrates der deutschen Arbeiterklasse an der Sache der Republik, des Sozialismus und des proletarischen Internationalismus die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. . . Wir glauben daran, daß eine von neuem Geist erfüllte deutsche Arbeiterbewegung die ihr zufallende Aufgabe (d. h. aktive Mitwirkung bei der „Reinigungsaktion") erfüllen wird. Nicht alle deutschen Arbeiter sind vom Nazismus gebrochen und vernichtet worden. . . Wir wollen zu denen gehören, die sich nicht brechen lassen, die aus dem Unglück gelernt und dadurch die Kraft gefunden haben, den neuen Weg zu gehen. . . Vor allem sind wir der brüderlichen Unterstützung durch die tschechische und slowakische Arbeiterbewegung sicher." (a. a. O., 10. 2. 45.)

Wenige Monate später lauteten die Parolen ganz anders: „Es darf in der Tschechoslowakei keine organisierte, eigene nationalpolitische Gruppe geben, die eine deutsche Minderheit bildet, es darf keine eigene deutsche Richtung geben, sei es wirtschaftspolitisch oder kulturell, kein eigenes deutsches nationales Leben. In den böhmischen Ländern darf es keine deutsche Politik geben. . . Ein patriotischer Bürger muß auch den rein tschechischen und slowakischen, den ausschließlich slawischen Charakter des Staates anerkennen. . . Es darf in der Tschechoslowakei keine deutsche Minderheit mehr geben. . . Die Kinder müssen tschechisch erzogen werden. . . Voraussetzung dafür (d. h. für ein normales Verhältnis zu Deutschland) ist, daß die Anzahl der Deutschen in der Republik so klein wie möglich wird, daß es kein ‚deutsches' Gebiet geben darf, d. h. keinen Bezirk mit deutscher Mehrheit." (Karl Kreibich in der Prager Tvorba, nachgedruckt in: Einheit, London, 22. 9. 45.)

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keit solcher Propaganda nicht werde überbieten können. Darum machten sie sich, besonders in den tschechischen Sendungen aus Moskau, zu Vorkämpfern einer kompromißlosen Abrechnung mit allen Deutschen, unter Verleugnung der früheren Unterscheidung zwischen Deutschen und Nationalsozialisten. Dadurch wurde auch Benesch, wenn er mit seinen wichtigsten innerpolitischen Konkurrenten Schritt halten wollte, zu immer schärferen Formulierungen in der deutschen Frage gedrängt. Von einer gleichberechtigten Mitarbeit oder von deutscher Mitarbeit überhaupt war bei ihm nun nicht mehr die Rede. In bezug auf die deutschen Demokraten hatte er nur mehr negative Formulierungen:

„Niemand, der seine vaterländische Pflicht getan hat und besonders jene Deutschen und Ungarn nicht, die vom Anfang an zu uns gestanden sind und jetzt auch zu uns stehen, haben etwas zu befürchten." (Rede im Staatsrat, 3. Februar 1944[70].)

„Wir wollen und werden das deutsche antifaschistische Volk nicht vernichten." (Rundfunkansprache, 10. Juni 1944[71].)

6. Beneschs Aussiedlungsplan aus dem Jahr 1944

Nach seiner Rückkehr aus Moskau hielt Benesch es offenbar für nötig, das Stadium der vagen Andeutungen durch die Ausarbeitung eines konkreten Planes zu überwinden. Damals dürfte das Elaborat entstanden sein, das Elizabeth Wiskemann, die es zum erstenmal erwähnt hat[72], auf das Jahr 1944 datiert, und das den kuriosen Einfall enthielt, es dürfe in der Tschechoslowakei keine Gemeinde ohne slawische Zweidrittelmehrheit im Minimum geben. Der Entwurf ist inzwischen vollinhaltlich auch in deutscher Übersetzung veröffentlicht worden[73].

Entspricht dieses merkwürdige Dokument, das nicht zur Veröffentlichung bestimmt war, den tatsächlichen Anschauungen seines Verfassers? Im Gegensatz zu öffentlichen Erklärungen spielte Benesch darin schon mit dem Gedanken der Aussiedlung deutscher Demokraten, setzte sich also mit der Theorie, man wolle das Land nur von im weitesten Sinne des Wortes „Schuldigen" befreien, in Widerspruch. Er rechnete aber noch mit dem Bestehen deutscher Volksschulen – während es 1945 bis etwa 1951 in der Tschechoslowakei überhaupt keinen Deutschunterricht oder Schulen mit deutscher Unterrichtssprache geben durfte – und unterschied sich auch sonst noch wesentlich von den schließlichen Ergebnissen, zu denen es in vergeblichem Wettlauf mit den Kommunisten kam. Der Plan Beneschs vom Jahre 1944 dürfte die Grundlage der Schätzungen sein, die Ripka damals in einigen Interviews und in einem Vortrag in London am 8. Oktober 1944 anstellte. Etwa 2 Millionen

---

[70] Holborn, Bd. II, S. 1024ff.

[71] Beneš, Šest let exilu. . ., S. 147.

[72] Elizabeth Wiskemann a. a. O., S. 67.

[73] Jaromir Smutný, Němci v Československu a jejich odsun z republiky (Die Deutschen in der Tschechoslowakei und ihr Abschub aus der Republik), Veröffentlichung des Benesch-Instituts, Nr. 26, London 1956, S. 65–68. Deutsch in: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. IV/1, Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Bonn 1957, S. 181–183.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutscher, so erklärte er, würden aus dem Lande ausgesiedelt werden, und fuhr fort[74]:

„Die Deutschen, die dann in der Tschechoslowakei bleiben werden, werden als gleichberechtigte Bürger angesehen werden und werden die gleichen Rechte wie alle anderen Bürger haben... Ich selbst glaube, daß die Zahl der Deutschen, die sich nicht schlecht verhalten haben und denen man ohne Befürchtungen um die Sicherheit und Einheit des Staates die tschechoslowakische Staatszugehörigkeit zuerkennen kann, etwa 800 000, vielleicht eine Million, betragen wird[75]".

Zeitungsberichten zufolge[76] hatte die Londoner tschechoslowakische Regierung im Dezember 1944 bei dem auf Grund der Beschlüsse der Moskauer Außenministerkonferenz vom 1. November 1943 errichteten European Advisory Council (bestehend aus Eden sowie Gusew und Winant, den Londoner Botschaftern der Sowjetunion bzw. der Vereinigten Staaten) einen detaillierten Vorschlag zur Durchführung einer Aussiedlungsaktion eingereicht, um dafür das förmliche Placet zu erlangen. Verläßliches über den Inhalt dieses Plans ergab sich erst Jahre später aus den Darlegungen des früheren tschechoslowakischen Diplomaten Karel Lisický in einer im Londoner Benesch-Institut im Februar 1953 abgehaltenen Diskussion über die Transferfrage. Lisický, der im Krieg Beamter des Londoner tschechoslowakischen Außenministeriums war und jetzt einer der schärfsten tschechischen Kritiker der Transferpolitik ist, äußerte sich dabei nach einem Vortrag des früheren Ministers Dr. Jaroslav Stránský[77], der sich gleichfalls kritisch mit der Aussiedlungsaktion auseinandersetzte, folgendermaßen[78]:

„Von tschechoslowakischer Seite wurde offiziell beim European Advisory Council, das damit beauftragt war, die Kapitulationsbedingungen für Deutschland auszuarbeiten, darauf gedrungen, daß die Annahme des Transfers durch die deutsche Regierung ... in die Liste der Kapitulationsbedingungen aufgenommen wird... Im Mai 1945 hat Deutschland die ihm vorgelegten Kapitulationsbedingungen unterschrieben; die tschechoslowakischen Spezialforderungen waren darin nicht enthalten...

Zur Begründung ihrer Forderung hat die tschechoslowakische Regierung den Großmächten eine umfangreiche Denkschrift vorgelegt. Bezüglich der 3,2 Millionen Deutschen, die bei der Volkszählung des Jahres 1930 festgestellt wurden, wurde dort folgendermaßen argumentiert: etwa eine Viertelmillion sind als Kriegs-

[74] Hubert Ripka – Gustav Beuer, Die Zukunft der tschechoslowakischen Deutschen, London 1944; Holborn, Bd. II, S. 1036.

[75] Amtlichen Angaben zufolge lebten am 1. Januar 1955 165 790 Deutsche in der Tschechoslowakei. (J. W. Brügel, Tschechoslowakei-Nationalitätenstatistik, in: Osteuropa, Dezember 1956, S. 509–511.)

[76] Daily Herald, 8. 12. 44.

[77] Stránský, der im Kriege Justizminister war und Benesch politisch und menschlich nahestand, war das einzige Mitglied der Londoner tschechoslowakischen Regierung, das in dieser Sache ernste Zweifel hatte. Er hat sie während des Krieges, allerdings nur im geschlossenen Kreis einer Studiengruppe des Chatham House, die damals nach Oxford evakuiert war, geäußert.

[78] Dr. Jaroslav Stránský, Odsun Němců z ČSR s hlediska národního a mezinárodního (Der Abschub der Deutschen aus der Tschechoslowakei vom nationalen und internationalen Gesichtspunkt). Veröffentlichung des Benesch-Instituts Nr. 10, London 1953, S. 23–32.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verluste abzuzählen, etwa eine halbe Million wichtigerer Henleinanhänger werden aus dem Lande fliehen. Damit kommen wir zu nicht ganz 2,5 Millionen, von denen über 1,6 Millionen im Wege eines organisierten Transfers ausgesiedelt werden sollen. Es besteht nicht die Absicht, das Vermögen der auszusiedelnden Personen zu beschlagnahmen, außer in individuellen Fällen auf Grund eines Strafurteils. Im allgemeinen werden die auszusiedelnden Personen ihr bewegliches Eigentum mitnehmen können, mit Ausnahme der Dinge, deren Ausfuhr generell, d. h. auch Tschechen, verboten ist. Der Wert des zurückgelassenen Eigentums wird nach den allgemein gültigen Vorschriften für Schätzungen festgestellt werden, und die Betreffenden werden dafür Anweisungen erhalten, die von der deutschen Regierung auf Rechnung der tschechoslowakischen Forderungen gegen Deutschland eingelöst werden. Gegebenenfalls werden sie sofort aus in der Tschechoslowakei zurückgehaltenen Markbeständen entschädigt werden.

800 000 Deutsche bleiben zurück; sie dürfen im Lande bleiben, verlieren aber ihre Minderheitsrechte und sind dazu bestimmt, mit den Tschechen zu verschmelzen. Nach einer Übergangszeit mit gewissen Erleichterungen wird niemand vor Gerichten und Behörden die deutsche Sprache benützen, niemand deutsche Schulen für seine Kinder verlangen dürfen."

Lisický fand dafür bittere Worte der Kritik:

„Im alten Österreich nannte man das einfach Entnationalisierung. Gilt denn der Grundsatz, daß das Kind in die Schule seiner Sprache gehört und daß ihm eine Schule seiner Sprache gebührt, nur für tschechische Kinder?"

7. Benesch erwägt einen territorialen Verzicht

Zur Stützung seiner Ansicht, daß es „keinem Zauberer gelingen könne, etwas hervorzuzaubern, was man als irgendeine Linie [in der deutschen Frage] ansehen könnte", hat Stránský in seinem Vortrag[79] darauf hingewiesen, daß Benesch in den ersten Kriegsjahren auch die Möglichkeiten eines Gebietsverzichts ins Auge gefaßt und demnach nicht unbedingt auf den Grenzen von 1919 bestanden habe:

„Danach wären wir bereit gewesen, Deutschland ein von etwa 600 000 Deutschen bewohntes Gebiet abzutreten, wenn dafür die Aussiedlung aller übrigen Deutschen bewilligt wird. Im abgetretenen Gebiet hätte sich Karlsbad befunden. Es war das allerdings nur eine der taktischen Etappen in Beneschs Bemühungen um einen Widerruf der Entscheidung von München."

Dieser Episode haben sich die Kommunisten schon im November 1948, unmittelbar nach Beneschs Tod (3.9.48), bemächtigt, um das Ansehen des Präsidenten im tschechischen Volk herabzusetzen. Der damalige Informationsminister Václav Kopecký behauptete in einer Rede zu Ehren von Gottwalds Geburtstag[80], Benesch habe im Dezember 1943 in Moskau Gottwald und den anderen Kommunisten eine Karte der Nachkriegs-Tschechoslowakei gezeigt, wie sie sich die Londoner Regierung vorstelle:

„. . . auf dieser Karte war das Land gegenüber seiner Vorkriegsgestalt beschnitten und mit abgerundeten Grenzen. Alle Ausläufer auf der Seite Deutschlands

[79] a. a. O., S. 14. Zur ganzen Diskussion vgl. auch Dokumentation der Vertreibung, Bd. IV, 1, S. 48f.

[80] Lidové Noviny, Prag, 24. 11. 48.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

waren von unserem Staatsgebiet weggeschnitten, das ganze Egerland war weggerissen und zu Deutschland geschlagen, und einige andere Gebiete, die früher von Sudetendeutschen bewohnt waren, waren gleichfalls vom Gebiet des Staates abgerissen und Deutschland hinzugefügt. Benesch ... sagte uns, daß er sich so die Nachkriegslösung des sudetendeutschen Problems vorstelle..."

In Wirklichkeit dürfte Benesch den Plan gewisser territorialer Verzichte angesichts der damaligen Zurückhaltung des Westen erwogen und erwähnt haben, ohne mit der Skrupellosigkeit kommunistischer Entstellung des Sachverhalts zu rechnen[81]. In der Londoner Diskussion des Jahres 1953 berichtete der zweifellos wohlinformierte Gesandte Lisický sogar, daß Benesch solche Möglichkeiten noch zu einem sehr späten Zeitpunkt ins Auge gefaßt habe:

„Noch im Januar 1945 befahl Benesch dem in dieser Sache wenig begeisterten Generalstab, das folgende Schema der Lösung des Problems unserer Deutschen auszuarbeiten und auf der Karte einzuzeichnen: 800 000 bleiben am Ort, 1 700 000 werden ausgesiedelt und der Rest von etwa 600 000 fällt an Deutschland mit dem Gebiet, in dem er wohnt."

Man kann sich freilich schwer vorstellen, daß Benesch es angesichts der kommunistischen Wettbewerbstaktik gewagt haben sollte, noch in diesem Augenblick einen solchen Vorschlag in die Debatte zu werfen. In dem einzigen veröffentlichten Band seiner Memoiren, der zeitlich bis Ende 1943 reicht, sagt er über die Möglichkeit eines territorialen Verzichtes jedenfalls nichts.

8. Haben die Großmächte zugestimmt?

Lisický hat schon darauf aufmerksam gemacht, daß die tschechoslowakische Forderung, die Verpflichtung zur Übernahme der deutschen Bewohner der Tschechoslowakei Deutschland als Waffenstillstandsbedingung aufzuerlegen, unberücksichtigt blieb. Er läßt die Frage offen, ob sich die drei Großmächte in der Sache nicht einig oder ob sie der Auffassung waren, daß das Problem nicht in diesem Zusammenhang gelöst werden sollte. Damit ergibt sich die weitere Frage, ob und inwieweit die drei Großmächte – Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion – den Plänen Beneschs ihre Zustimmung erteilt haben.

Benesch behauptet in seinen Memoiren[82], während der Verhandlungen, die der Erklärung Edens vom 5. August 1942 über München (siehe oben) vorausgingen, sei ihm vom britischen Gesandten bei der tschechoslowakischen Regierung, Mr. Nichols, erklärt worden, daß die britische Regierung „unseren Standpunkt hinsichtlich des Transfers der Minderheitsbevölkerung, die sich gegen uns vergangen hat", gründlich erwogen und „nach dem, was uns im Jahre 1938 und im Krieg geschehen ist,

[81] Vgl. dazu den Kommentar von Beneschs seinerzeitigen Sekretär Táborský: „Benesch glaubte, daß der Austausch einiger dicht besiedelter tschechoslowakischer Grenzbezirke gegen einige dünn besiedelte deutsche Grenzgebiete den Transfer der Sudetendeutschen erleichtern und den Gedanken auch der westlichen öffentlichen Meinung annehmbarer gestalten würde." (Dr. Eduard Táborský, Beneš and Stalin – Moscow 1943 and 1945, in: Journal of Central European Affairs, Juli 1953, S. 154–181.)

[82] Memoirs, S. 206.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht die Absicht hat, sich bei der endgültigen Regelung unserer Minderheitenfragen nach der siegreichen Beendigung des Krieges gegen den Grundsatz des Transfers der Minderheitsbevölkerung aus der Tschechoslowakei zu stellen in dem Bestreben, diese zu einem national möglichst homogenen Staat zu gestalten". An einer späteren Stelle[83] paraphrasiert Benesch Nichols' Mitteilung dahin, daß die britische Regierung „im Zusammenhang mit der Tschechoslowakei den Grundsatz des Transfers der deutschen Bevölkerung nicht ablehne". Hier handelt es sich also bestenfalls um eine bedingte Zustimmung oder einen Verzicht auf ein Veto, nicht aber um einen Blankoscheck. Die Formulierung, die Benesch wählt, läßt darauf schließen, daß es sich um eine Antwort auf sein Argument handelte, die nichtslawische Bevölkerung sei zahlenmäßig stärker, als der Staat vertragen könne. Es war jedoch von jenen Deutschen die Rede, die sich gegen den Staat „vergangen" hätten, nicht aber von den Deutschen schlechthin. Keine noch so extensive Interpretation kann aus diesen Äußerungen eine vorweggenommene Zustimmung zu Beneschs Aussiedlungsplan aus dem Jahre 1944 herauslesen, geschweige denn zu dem, was sich 1945 und später tatsächlich ereignet hat.

Lisický verweist aber auf einen weiteren Umstand, der die angebliche britische Zustimmung aus dem Jahre 1942 in noch fragwürdigerem Licht erscheinen läßt:

> „Anfang Januar 1945 hat die britische Regierung (in Beantwortung der dem European Advisory Council vorgelegten Vorschläge) mitgeteilt, daß sie sich nicht in der Lage sieht, ihren Standpunkt bekanntzugeben, solange sie die Sache nicht mit den übrigen verbündeten Großmächten verhandelt hat. Bis zur Abreise des Präsidenten der Republik aus England im März 1945 hat diese reservierte Haltung keine Änderung erfahren. Zur Absicht des Präsidenten, bei der Rückkehr auf den Heimatboden eine programmatische Erklärung an das Volk über die Aussiedlung der Deutschen abzugeben, die auf drei Hauptpunkten beruht hätte, deren erster gewesen wäre, daß die drei wichtigsten Großmächte dem Transfer grundsätzlich zugestimmt haben, wurde folgendes mitgeteilt: bisher wurde zwischen den Großmächten über die Art der Lösung dieser Frage keine Einigung erzielt. Unter diesen Umständen wird der Präsident ersucht, in allen nach der angedeuteten Richtung abgegebenen Erklärungen deutlich zu sagen, daß es sich um die Skizzierung seines Programmes und der von ihm verfolgten Ziele handelt, daß er dieses Programm den Großmächten zur Erwägung mitgeteilt hat, aber daß er die Zustimmung in der Sache selbst noch nicht erhalten hat."

Der Zustimmung der Vereinigten Staaten zu seinen Aussiedlungsplänen will sich Benesch gelegentlich seines Amerikaaufenthalts im Mai-Juni 1943 versichert haben. Präsident Roosevelt, so behauptet er, habe ihm die Zustimmung zum Transfer der „größtmöglichen Zahl unserer Deutschen" gegeben[84]. In einem Bericht an die tschechoslowakische Regierung vom 13. Mai 1943 sagte Benesch, Roosevelt „stimme der Konzeption zu, daß die Zahl der Deutschen in der Tschechoslowakei nach diesem Kriege so sehr als möglich durch Transfer herabzusetzen ist"[85]. Auch hier handelte es sich höchstens um eine generelle Zustimmung zu Plänen, die kaum etwas mit der

[83] a. a. O., S. 207.
[84] a. a. O., S. 187.
[85] a. a. O., S. 193.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dann erfolgten Bedrohung aller deutschen Bewohner des Landes mit Aussiedlung und Einziehung ihres Vermögens zu tun hatten. Beneschs Mitteilungen werden von keiner amerikanischen Publikation bestätigt[85a]. Hingegen wissen wir aus einer ungarischen Veröffentlichung[86], daß die Vereinigten Staaten sich deutlich gegen die Absichten Beneschs ausgesprochen haben. In einem der Frage der tschechoslowakischen Ungarn gewidmeten Memorandum der amerikanischen Mission in Budapest vom 12. Juni 1945 heißt es nämlich:

„In einer an die Regierung dieser Republik im Januar d. J. gerichteten Note wurden die vorläufigen Ansichten der Regierung der Vereinigten Staaten betreffend die Ausweisung der Deutschen aus der Tschechoslowakischen Republik folgendermaßen ausgedrückt:

1. Nicht nur die Bedürfnisse der Tschechoslowakei, sondern auch Erwägungen einer allgemeinen Natur, die den zukünftigen europäischen Frieden und die europäische Sicherheit berühren, insbesondere auch die Probleme, mit denen die alliierten Besatzungsbehörden in Deutschland befaßt sind, müssen bei der Lösung dieses Problems in Rechnung gezogen werden.
2. Minderheiten sollten nur unter den Grundsätzen der internationalen Gerechtigkeit und im Gefolge von für diesen Zweck geeigneten internationalen Vorkehrungen umgesiedelt werden.
3. Um die Neuansiedlung transferierter Personen in ordentlicher Weise zu ermöglichen, soll die Umsiedlung in Stufen erfolgen.
4. Kein Volk soll allein darangehen, die Umsiedlung großer Menschengruppen vor Abschluß von internationalen Übereinkommen, wie oben vorgeschlagen, zu vollziehen.

Die in der oben erwähnten Note an die Regierung der Tschechoslowakischen Republik niedergelegten Grundsätze werden von den Vereinigten Staaten als ebenso gültig in Bezug auf die Ausweisung von ungarischen Minderheiten aus Rumänien, Jugoslawien wie der Tschechoslowakei betrachtet.

Die Regierungen dieser Staaten sehen das Problem vor allem vom Gesichtspunkt der Verantwortung dieser Ungarn für Verbrechen gegen den Staat, dessen Bürger diese Ungarn sind. Die Regierung der Vereinigten Staaten würde es aber nicht als gerechtfertigt betrachten, alle Angehörigen einer ethnischen Gruppe, die eine Minderheit bilden, als Verbrecher gegen den Staat und – lediglich wegen ihres ethnischen Ursprungs – als aus dessen Gebiet ausweisbar zu behandeln. . .

[85a] Innis L. Claude, National Minorities an International Problem (Cambridge, USA, 1955, S. 230) zitiert aus einer unveröffentlichten Denkschrift der US Postwar-Planning Commission vom 22. Nov. 1944: „Die Regierung der Vereinigten Staaten sollte keinen allgemeinen Transfer von Minderheiten begünstigen. Die Einwendungen gegen einen solchen sind nicht unbedingt bei einem Transfer besonders ausgesuchter Gruppen gültig. Die Regierung der Vereinigten Staaten sollte einen solchen Transfer aber nur zulassen, wo man der Ansicht ist, daß das die Beziehungen zwischen den betreffenden Staaten verbessern und zu größerer Stabilität in Europa beitragen würde. Um dieses Ziel zu erreichen, müßte ein Transfer in ordentlicher Weise, im Laufe eines entsprechenden Zeitraums, mit Vorkehrungen für Neuniederlassung und unter internationalen Auspizien durchgeführt werden." Nichts deutet darauf hin, daß die Regierung von Washington sich auch nur diese sehr verklausulierte Zustimmung zu eigen gemacht hat.

[86] Hungary and the Conference of Paris, Vol. II, Hungary's international relations before the Conference of Paris, Published by the Hungarian Ministry of Foreign Affairs, Budapest 1947, S. 4–5.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist nicht bereit, ganze Minderheitengruppen eines gemeinsamen ethnischen Ursprungs in die Liste solcher Organisationen (verbrecherischer Organisationen im Sinne des Nürnberger Statuts. J. W. B.) einzubeziehen."

Was die Haltung der Sowjetunion angeht, so behauptet auch Benesch nicht, daß sich Molotow bei ihrer Londoner Unterredung im Juni 1942 positiv zu seinen Plänen geäußert habe. In der Tat war die Sowjetunion damals noch nicht zu dem schrillen Hyper-Vansittartismus übergegangen, der ihre Propaganda seit Mitte 1943 charakterisiert. Benesch will aber schon vor Antritt seiner Amerikareise 1943 „die Unterstützung der Sowjetunion in unseren endgültigen Beziehungen zu unseren Deutschen" mit Moskau über Bogomolow, den damaligen Sowjetgesandten bei der tschechoslowakischen Regierung, vereinbart haben[87]. Einigermaßen abweichend wird die Angelegenheit in der autorisierten Benesch-Biographie von Compton Mackenzie[88] dargestellt. Danach habe Bogomolow Benesch im April 1943 mitgeteilt, die Sowjetregierung könne, obwohl sie die tschechoslowakische Forderung nach Transfer der deutschen Bevölkerung nicht ablehne, in diesem Zeitpunkt keine endgültige Formel bekanntgeben. Mackenzie verzeichnet weiter eine Mitteilung Bogomolows an Ripka Mitte Mai 1943, demzufolge Rußland dem Transfer der „German Nazi population from Czechoslovakia" zustimmt, während Benesch[89] ein an ihn nach Amerika gerichtetes Telegramm Ripkas vom 6. Juni zitiert, in dem es hieß: „Bogomolow... hat eben ein Kablogramm erhalten, demzufolge die Sowjetregierung dem Gedanken des Transfers der Deutschen zustimmt."

Zu seinen Verhandlungen über die sudetendeutsche Frage im Dezember 1943 in Moskau zitiert Benesch zunächst einen seiner nach London gesandten Berichte[90]. Danach will er mit Molotow den „Transfer unserer deutschen Nazisten" und mit Stalin den „Transfer unserer Deutschen" besprochen haben. Überdies habe er der Sowjetregierung eine Denkschrift über den Transfer überreicht. Über den von Stalin und Molotow eingenommenen Standpunkt sagt Benesch nichts. In einer Aufzeichnung, die er nach seiner Rückkehr nach London am 8. Januar 1944 Eden vorgetragen haben will, findet sich der lakonische Satz: „Die Frage des Transfers unserer Deutschen ist von Moskau angenommen." Mehr zu diesem Punkt hat später Beneschs Sekretär Táborský berichtet[91], der allerdings an den Verhandlungen nicht teilnahm:

„Benesch verlangte auch Sowjethilfe für seinen Plan der Aussiedlung der Sudetendeutschen nach Deutschland. Molotow und Stalin sagten volle Unterstützung zu. ‚Das ist eine Kleinigkeit, das ist einfach' – lautete Molotows Reaktion, als Benesch seinen Vorschlag auf Transfer von 2 Millionen oder mehr Sudetendeutschen ins Reich erklärte."

Zu Beneschs Verhandlungen über die Transferfrage bei seinem zweiten Aufent-

[87] Memoirs, S. 185.

[88] Compton Mackenzie a. a. O., S. 303–304.

[89] Memoirs, S. 286.

[90] a. a. O., S. 261–262.

[91] Táborský im Journal of Central European Affairs, Juli 1953. S. 167. Dazu auch Dokumentation der Vertreibung, Bd. IV, 1, S. 44, Fußnote 2. Beneschs Aspirationen auf Glatz.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

halt in Moskau (März 1945) liegen nur Aufzeichnungen Zdeněk Fierlingers vor, der damals tschechoslowakischer Botschafter in Moskau war[92]. Ihm zufolge hat Benesch Molotow erklärt, die britische Regierung begnüge sich mit der Aussiedlung der Deutschen aus Polen bzw. aus den Gebieten, die Polen zufallen sollten.

„Die Engländer haben keine grundsätzlichen Einwendungen gegen den Transferplan (Beneschs), können aber erst nach Einigung mit der Sowjetunion ihre endgültige Zustimmung geben. Darauf antwortete Molotow, daß es vielleicht gut wäre, mit den Engländern nach dieser Richtung Verhandlungen einzuleiten. Die Sowjetregierung habe bereits 1943 ihre volle Zustimmung zum Transfer ausgesprochen. Der Grundsatz ist also für sie klar, und Moskau ist bereit, hier bis zur letzten Konsequenz zu gehen."

Wie unzuverlässig Fierlinger auch als Zeuge ist, so kann man doch kaum daran zweifeln, daß der Kreml in der damaligen Situation keinerlei slawischen Aspirationen ein Hindernis in den Weg gelegt hätte. Dennoch muß festgehalten werden, daß weder Benesch noch ein anderer tschechischer Autor ein einziges diplomatisches Dokument zu zitieren in der Lage ist, in dem eine der drei Großmächte ihre Zustimmung zu Aussiedlungsplänen ausgesprochen hätte.

Die einzige wirkliche Entscheidung der Großmächte in dieser Frage scheint in Potsdam im Sommer 1945 gefallen zu sein, also zu einer Zeit, als Aussiedlungsaktionen grausamster Art bereits seit Monaten im Gange waren. Die verfügbare Literatur über den Verlauf der Potsdamer Konferenz verzeichnet keine besondere Besprechung des Schicksals der Sudetendeutschen[93]. Während es über die Behandlung der Deutschen durch die Polen lebhafte Auseinandersetzungen gab, scheint das Problem der Deutschen in der Tschechoslowakei überhaupt nicht diskutiert worden zu sein. Entgegen der weitverbreiteten Ansicht, daß die Potsdamer Konferenz eine ausdrückliche Zustimmung zu Aussiedlungsaktionen gegeben habe, sei festgestellt, daß sie lediglich der Meinung Ausdruck gegeben hat, sie seien unter den gegebenen Umständen unvermeidlich[94].

„Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder von Bestandteilen von ihr, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll."

Eine praktische Bedeutung hat das bewußte Vermeiden jeder Zustimmungs-

[92] Zdeněk Fierlinger, V službách ČSR (In Diensten der Tschechoslowakei), Bd. II, Prag 1948, S. 595.

[93] Admiral Leahy verzeichnete in seinem Tagebuch unter dem 31. Juli 1945: „Vertreibungen von Deutschen aus der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn drohten den Besetzungszonen Deutschlands eine schwere Last aufzuerlegen. . . Nach längerer Diskussion wurden die Regierungen dieser drei Länder aufgefordert, weitere Aussiedlungen einzustellen, bis die Kontrollkommission die Sache studieren und Vorschläge machen kann." (William Leahy, I was there, London 1950, S. 494.)

[94] Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd. 6, Um den Frieden mit Deutschland, Frankfurt 1948, S. 58.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erklärung freilich nicht gehabt. Trotzdem bleibt Tatsache, daß im Falle der Sudetendeutschen weder ein gemeinsamer Beschluß der drei Großmächte vorliegt noch auch eine Stellungnahme einer einzigen von ihnen, die ein Aussiedlungsprogramm ausdrücklich gebilligt hatte.

9. Das Kaschauer Programm

Nach Beneschs Rückkehr in die Tschechoslowakei ernannte er am 4. April 1945 in Kaschau eine neue Regierung, in der zum erstenmal die Kommunisten vertreten waren. Am 5. April 1945 wurde ebenfalls in Kaschau das Programm der neuen Regierung verlautbart, das unter dem Namen Kaschauer Programm bekannt wurde, in Wirklichkeit aber das in Moskau von der kommunistischen Emigration ausgearbeitete und den anderen Partnern aufgezwungene Programm darstellte. Das Kaschauer Programm enthielt keineswegs die Ankündigung einer kollektiven Ausbürgerung, Aussiedlung und Beraubung der deutschen Bevölkerung. Die entscheidenden Stellen lauten:

„Die Republik will und wird ihre loyalen deutschen und ungarischen Bürger nicht verfolgen und insbesondere jene nicht, die ihr auch in den schwersten Zeiten die Treue gehalten haben; gegen die Schuldigen wird aber streng und unbarmherzig vorgegangen werden. . . Die Regierung wird sich daher an folgende Grundsätze halten:

Von den tschechoslowakischen Bürgern deutscher und ungarischer Volkszugehörigkeit, die vor München 1938 die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft besaßen, wird diese bestätigt und gegebenenfalls die Rückkehr in die Republik ermöglicht werden:

den Antinazisten und Antifaschisten,

denen, die schon vor München einen aktiven Kampf gegen Henlein und die ungarischen irredentistischen Parteien und für die Tschechoslowakische Republik geführt haben,

jenen, die nach München und dem 15. März durch die deutsche oder ungarische staatliche Macht wegen ihres Widerstandes und Kampfes gegen das Regime und ihre Treue zur Tschechoslowakischen Republik verfolgt und in Kerker und Konzentrationslager geworfen wurden, und schließlich

jenen, die vor dem deutschen oder ungarischen Terror ins Ausland fliehen mußten und sich dort am aktiven Kampf um die Erneuerung der Tschechoslowakei beteiligt haben.

Den anderen tschechoslowakischen Bürgern deutscher und ungarischer Volkszugehörigkeit wird die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft aberkannt werden. Diese Bürger können neuerlich für die Tschechoslowakei optieren, wobei sich die Behörden der Republik das Recht der individuellen Entscheidung über jedes Ansuchen vorbehalten. Die wegen eines Verbrechens gegen die Republik und gegen das tschechische und slowakische Volk verurteilten Deutschen und Ungarn werden der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft verlustig gehen und aus der Republik für immer ausgewiesen werden, sofern sie nicht die Todesstrafe trifft[95]."

[95] Deutscher Wortlaut bei Schmied a. a. O., S. 82–83. Das Kaschauer Programm vollständig abgedruckt in: Dokumentation der Vertreibung, Bd. IV/1, S. 184–203 (Zitate: vgl. S. 192f.)

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wie man sieht, lehnt sich das hier verkündete Programm, welches lediglich von der Landesverweisung gerichtlich verurteilter Personen spricht, eng an die Vorschläge an, die Gottwald Benesch im Dezember 1943 in Moskau gemacht hatte. (Nur die aktive Mitarbeit der Antifaschisten an der ganzen Aktion wurde nicht mehr erwähnt.) An die hier niedergelegten Absichten haben sich aber weder Benesch noch die Kommunisten auch nur einen einzigen Tag gehalten. Nicht eine einzige gesetzgeberische Maßnahme aus der Zeit nach dem 5. April 1945 – von den reinen Willkürakten gar nicht zu reden – hat die im Kaschauer Programm für die Lösung der deutschen Frage enthaltenen Grundsätze in die Tat umzusetzen versucht. In einem anderen Falle hatte Benesch sehr gut erfaßt, welchen Gefahren man sich aussetzt, wenn man vom Pfade des Rechts abweicht. Als sich die Sowjetunion Ende 1944 anschickte, Karpathorußland – bis 1939 Teil der Tschechoslowakei – zu annektieren, bestand er lange Zeit auf der Einhaltung bestehender Verpflichtungen und wies ein Nachgeben gegenüber den Sowjetforderungen mit den Worten zurück: „Sobald wir die Grundlagen des Gesetzes und des Vertrags in irgendeiner Frage verlassen, begeben wir uns in allen Fragen auf die schiefe Ebene[96]." In der deutschen Frage scheint er bis zum letzten Augenblick nicht erkannt zu haben, daß ein Aufgeben der Grundsätze des Rechtsstaates einer Bevölkerungsgruppe gegenüber den Untergang von Recht und Gerechtigkeit für alle nach sich ziehen muß.

HANS BUCHHEIM

STRUKTUR DER TOTALITÄREN HERRSCHAFT UND ANSÄTZE TOTALITÄREN DENKENS

Vorbemerkung des Herausgebers

Die hier folgenden Ausführungen geben – nur etwas verkürzt – einen Vortrag aus dem Sonderprogramm des Bayerischen Rundfunks vom Juli 1959 wieder. Wie von jeher bringen wir gern auch politisch-theoretische Beiträge – in diesem Fall an ein breiteres Publikum gerichtet – zu Grundfragen der Zeitgeschichte. Bei dem Vortragscharakter konnte von Anmerkungen abgesehen werden. H. R.

Das Wort „totalitär" gehört in eine Reihe ähnlicher Ausdrücke, die alle Prinzipien politischer Herrschaft bezeichnen, wie zum Beispiel das egalitäre Prinzip, das auf die Gleichheit, das plebiszitäre, das auf den Volksentscheid, oder das subsidiäre, das auf die Aufteilung der Verwaltungstätigkeit abgestellt ist. „Totalitär" bezeichnet das Prinzip, das auf die Umfassung des Ganzen abgestellt ist, das Streben, das sich auf die Umfassung des Ganzen richtet. Die totalitäre Herrschaft beherrscht noch nicht das Ganze, sie ist aber grundsätzlich darauf angelegt.

[96] J. W. Brügel, Der Fall Karpathorußland, Europa-Archiv, 20/1953, S. 6021–6028.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wie man sieht, lehnt sich das hier verkündete Programm, welches lediglich von der Landesverweisung gerichtlich verurteilter Personen spricht, eng an die Vorschläge an, die Gottwald Benesch im Dezember 1943 in Moskau gemacht hatte. (Nur die aktive Mitarbeit der Antifaschisten an der ganzen Aktion wurde nicht mehr erwähnt.) An die hier niedergelegten Absichten haben sich aber weder Benesch noch die Kommunisten auch nur einen einzigen Tag gehalten. Nicht eine einzige gesetzgeberische Maßnahme aus der Zeit nach dem 5. April 1945 – von den reinen Willkürakten gar nicht zu reden – hat die im Kaschauer Programm für die Lösung der deutschen Frage enthaltenen Grundsätze in die Tat umzusetzen versucht. In einem anderen Falle hatte Benesch sehr gut erfaßt, welchen Gefahren man sich aussetzt, wenn man vom Pfade des Rechts abweicht. Als sich die Sowjetunion Ende 1944 anschickte, Karpathorußland – bis 1939 Teil der Tschechoslowakei – zu annektieren, bestand er lange Zeit auf der Einhaltung bestehender Verpflichtungen und wies ein Nachgeben gegenüber den Sowjetforderungen mit den Worten zurück: „Sobald wir die Grundlagen des Gesetzes und des Vertrags in irgendeiner Frage verlassen, begeben wir uns in allen Fragen auf die schiefe Ebene[96]." In der deutschen Frage scheint er bis zum letzten Augenblick nicht erkannt zu haben, daß ein Aufgeben der Grundsätze des Rechtsstaates einer Bevölkerungsgruppe gegenüber den Untergang von Recht und Gerechtigkeit für alle nach sich ziehen muß.

HANS BUCHHEIM

STRUKTUR DER TOTALITÄREN HERRSCHAFT UND ANSÄTZE TOTALITÄREN DENKENS

Vorbemerkung des Herausgebers

Die hier folgenden Ausführungen geben – nur etwas verkürzt – einen Vortrag aus dem Sonderprogramm des Bayerischen Rundfunks vom Juli 1959 wieder. Wie von jeher bringen wir gern auch politisch-theoretische Beiträge – in diesem Fall an ein breiteres Publikum gerichtet – zu Grundfragen der Zeitgeschichte. Bei dem Vortragscharakter konnte von Anmerkungen abgesehen werden. H. R.

Das Wort „totalitär" gehört in eine Reihe ähnlicher Ausdrücke, die alle Prinzipien politischer Herrschaft bezeichnen, wie zum Beispiel das egalitäre Prinzip, das auf die Gleichheit, das plebiszitäre, das auf den Volksentscheid, oder das subsidiäre, das auf die Aufteilung der Verwaltungstätigkeit abgestellt ist. „Totalitär" bezeichnet das Prinzip, das auf die Umfassung des Ganzen abgestellt ist, das Streben, das sich auf die Umfassung des Ganzen richtet. Die totalitäre Herrschaft beherrscht noch nicht das Ganze, sie ist aber grundsätzlich darauf angelegt.

[96] J. W. Brügel, Der Fall Karpathorußland, Europa-Archiv, 20/1953, S. 6021–6028.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine sehr einprägsame Formel für die totalitäre Herrschaft hat Leo Trotzkij gefunden, der in seinem Buch über das Leben Stalins schreibt, der Absolutismus Ludwigs XIV., des Sonnenkönigs, sei harmlos gewesen im Vergleich zu dem Absolutismus Stalins. Denn Ludwig XIV. habe nur gesagt: „Der Staat bin ich", Stalin dagegen erhebe den Anspruch auf den Satz: „Die Gesellschaft bin ich". Hier ist der Kern der Sache getroffen: Erstens stellt die totalitäre Herrschaft einen absoluten Herrschaftsanspruch; zweitens versteht sich der totalitäre Machthaber als Verkörperung dessen, was er absolut zu beherrschen beansprucht; er setzt sich damit selbst absolut und erhebt seinen Willen zum Grundgesetz des Ganzen; drittens beschränkt sich der absolute Herrschaftsanspruch nicht auf den Staat, sondern wird auf die Gesellschaft ausgedehnt. Das heißt: der totalitäre Machthaber beschränkt sich nicht auf diejenigen Lebensgebiete, an deren Regelung dem Staat ein Anteil zukommt, sondern dehnt seinen Herrschaftsanspruch auf die Bereiche aus, die ihrer Natur nach der staatlichen Zuständigkeit entzogen sind, wie zum Beispiel das Leben der Familie und das Privatleben überhaupt, oder wie Religion und Kirche, Gewissen, Philosophie, Wissenschaft und Kunst. Damit aber wird die Grenze überschritten, die staatlicher Herrschaft gesetzt ist. Denn die Gesellschaft ist dem Staat vorgeordnet, da sie die Gesamtheit der zwischenmenschlichen Beziehungen und Ordnungen ist, die aus der freien Partnerschaft der Einzelnen hervorgehen.

Man muß sich daran erinnern, daß die ursprüngliche Bedeutung des Wortes „Gesellschaft" Partnerschaft ist. So sagt man: „jemand braucht Gesellschaft" oder „man leistet jemandem Gesellschaft"; das heißt, daß man nicht zur Erfüllung bestimmter Zwecke zusammen ist, sondern einfach um des Zusammenseins willen. Wenn wir den Begriff „Gesellschaft" zum Staat in Beziehung setzen, kommen selbstverständlich die vielfältigen Zwecke menschlichen Zusammenwirkens als notwendige Bestandteile hinzu; doch bleibt die Partnerschaft das tragende, das wesentliche Element. Wenn wir von „freier Partnerschaft" sprechen, so ist unter „frei" nicht eine völlige Unabhängigkeit des Einzelnen von seinen Mitmenschen und der Gesellschaft zu verstehen; denn der Mensch ist auf das Zusammenleben mit seinen Mitmenschen angelegt und angewiesen. Sondern „Freiheit" heißt, daß dem Einzelnen Raum und Möglichkeit gegeben sind, *spontan* die Anlagen zu entfalten, die in ihm stecken.

Der Begriff der Spontaneität ist sehr wichtig, weil er die Gegenposition zur totalitären Herrschaft bezeichnet. Daß sich der Mensch spontan entfaltet und dabei die Partnerschaft seiner Mitmenschen sucht, ist die Quelle allen politischen Lebens. Der totalitäre Machthaber aber, der der Gesellschaft das Gesetz seines Willens aufzwingen will, kann spontane Entfaltung und freie Partnerschaft nicht dulden, sondern er reißt alle Initiative an sich und versucht Substanz und Spontaneität des politischen Lebens in den Griff zu bekommen, die Menschen zu Werkzeugen zu machen. Er versteht sich nicht als Produkt und Repräsentant der Gesellschaft, wie er sie vorfindet, sondern setzt sich ausdrücklich die Aufgabe, nach eigenem Plan eine neue Gesellschaft künstlich zu schaffen. So wird zum Beispiel die Sowjetgesellschaft, ja, sogar der Sowjetmensch als ein Produkt bewußter Sozialtechnik verstanden; und

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hitler sagte einmal in einem Gespräch zu Rauschning, er müsse sich erst das Volk schaffen, ehe er die Aufgaben in Angriff nehmen könne, die der Nation in unserer Zeit gestellt seien. Zum Zwecke der künstlichen Gesellschaftskonstruktion müssen die Menschen steuerbar, manipulierbar gemacht und können in ihrer personalen Eigenständigkeit grundsätzlich nicht anerkannt werden. Während es zum Wesen der menschlichen Person gehört, für ihresgleichen nicht verfügbar zu sein, braucht der totalitäre Machthaber gerade das verfügbare Menschenmaterial. Überall, wo dieser Ausdruck „Menschenmaterial" auftaucht, zeigt sich totalitäres Denken an, zu dessen Eigentümlichkeiten es gehört, das Unverfügbare als verfügbar anzusehen.

Aus diesen Gründen ist es klar, daß die totalitäre Herrschaft mit einer echten Rechtsordnung nicht vereinbar ist. Denn der Angelpunkt des Rechts sind innerhalb unserer Welt Autonomie und Würde der menschlichen Person; sie trägt unveräußerliche Rechte in sich, die von keiner innerweltlichen Instanz abzuleiten sind, sondern mit dem Menschen geboren werden. Nur im Hinblick auf die so verstandene personale Existenz kann es in der Welt Recht geben. Dagegen kann sich der Mensch gegenüber den Zwecksetzungen des totalitären Regimes nicht auf das in seiner Person elementar gründende Recht berufen, weil dieses dort keinerlei Entsprechung zu finden vermag. Der Mensch kann im totalitären System vielmehr nur noch nützliches Werkzeug oder unbrauchbar, wenn nicht gar ein das Funktionieren der Apparatur gefährdender Schädling sein. Als Werkzeug hat er nicht unantastbares Recht nach Maßgabe der Eigenständigkeit seiner Existenz, sondern es werden ihm lediglich widerrufliche Rechte nach Maßgabe seiner Leistung und Zuverlässigkeit gewährt. Erweist er sich als Schädling, dann wird er in irgendeiner Weise unschädlich gemacht. Das vom Machthaber gesetzte sogenannte Recht dient nicht mehr einer möglichst weitgehenden Verwirklichung der Rechtsidee, sondern ist ein Netz von Vorschriften, das so geknüpft ist, daß sich niemand den jeweiligen Zwecken des Systems entziehen kann. Die Rechtsordnung wird zum Organisationsschema für die optimale Ausnutzung des Menschenmaterials; die Jurisprudenz entartet zur Organisationstechnik.

Ebenso kann der totalitäre Machthaber im Prinzip nicht dulden, daß seine Untertanen aus religiösem Glauben oder den Antrieben einer individuellen Ethik leben und handeln, denn das sind Quellen, die sich ihrer Natur nach jeder Verfügbarkeit entziehen. Vielmehr muß er anstreben, sich den Kern der Eigenständigkeit und Spontaneität: das Gewissen verfügbar zu machen. Der Anspruch auf die Herrschaft über die Gewissen ist sogar von so grundlegender Bedeutung, daß daran die Existenz der totalitären Herrschaft überhaupt hängt. Wenn sie auf diesen Anspruch verzichtet, ist sie nicht mehr totalitär, weil sie damit die Quellen freigibt, aus denen sich ein freies Leben der Gesellschaft speist, und somit auf deren planmäßige Bildung und künstliche Lenkung verzichtet. Das totalitäre Regime ist daher seinem Wesen nach ein unversöhnlicher Feind jeder Religion und eigenständigen Ethik im allgemeinen und des Christentums und der christlichen Kirchen im besonderen. Mag es aus Zweckmäßigkeitsgründen zuweilen noch so vorsichtig taktieren, auf weite Sicht kann es kein anderes Ziel haben, als Religion und Kirche zu ersticken oder auszu-

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rotten und deren Rolle als oberste Instanz in allen sittlichen Fragen selbst zu übernehmen. Die totalitäre Partei muß anstreben, selbst den Platz der Kirche einzunehmen und einen politischen Glauben als Religionsersatz zu schaffen.

Klar unterscheiden muß man übrigens das totalitäre Regime von der Diktatur und vom autoritären Staat, mit denen es oft oberflächlich gleichgesetzt wird. Allen drei Begriffen ist zwar gemeinsam, daß sie Formen uneingeschränkter Herrschaft bezeichnen, der wesentliche Unterschied ist jedoch, daß sich Diktatur und autoritäre Regierung im Rahmen möglicher staatlicher Kompetenz halten und im Prinzip nicht über die kritische Grenze hinaus in das dem Staat vorgeordnete Leben der Gesellschaft eingreifen. Das totalitäre System ist zwar stets auch autoritär und diktatorisch, eine Diktatur dagegen und ein autoritäres System sind keineswegs unbedingt totalitär. Sie schalten völlig frei im Raume staatlicher Politik, sie sind jedoch nicht darauf gerichtet, eine neue Gesellschaft zu schaffen, sondern fügen sich im großen und ganzen den vorgegebenen Verhältnissen und Wertvorstellungen ein. Daher sind sie im Gegensatz zur totalitären Herrschaft mit der Existenz der christlichen Kirche und Religion durchaus vereinbar.

Durch die Entartung des Rechts zur Organisationstechnik kann das totalitäre Regime das Menschenmaterial zweckmäßig einsetzen, die einzelnen Menschen in vorausberechenbare Funktionszusammenhänge eingliedern. Die Unterdrückung aller Religion und eigenständigen Ethik zielt darauf ab, die Spontaneität des Gewissens, die sich dem totalitären Verfügungsanspruch entzieht, zu ersticken. Der letzte Schritt aber, der die totalitäre Sozialtechnik vollendet, ist der Versuch, neue künstliche Substanz und Spontaneität zu schaffen; er ist zwar heute in der Praxis noch nirgends zu durchgreifenden Erfolgen gelangt, doch zeigen sich bemerkenswerte Ansätze. Das Ziel ist die künstliche Herstellung von geeignetem Menschenmaterial durch direkte Eingriffe in die körperliche und seelische Verfassung der Person, sei es durch Züchtung, Ausmerzung und Sterilisation oder durch die Veränderung der Individualität mit Hilfe von Drogen und Operationen. Letzteres kennen wir bisher allerdings nur aus nicht sicher belegten Berichten über die Behandlung der Opfer von Schauprozessen; aber der Gedanke ist bereits gedacht und liegt durchaus in der Konsequenz totalitärer Entwicklung. Den ersten Versuch, durch Züchtung und Selektion eine neue Gesellschaft zu schaffen, haben die Nationalsozialisten gemacht. Daß solche Gedanken auch jenseits des Eisernen Vorhangs heute nicht fremd sind, beweist der vor einigen Jahren in der „Deutschen Rundschau" veröffentlichte Auszug aus den Vorlesungen einer ungarischen Universitätslehrerin, die unter anderem folgendes zu dozieren sich nicht scheute:

> „Der Mensch ist ein arbeitsenergie-produzierendes Wesen. Der Staat akkumuliert die menschliche Massenenergie, und er allein ist berechtigt, über sie zu verfügen. Die Sowjetunion hat nun 25jährige Erfahrungen in der Menschen-Zucht. Wir werden nur noch drei bis vier Rassen weiterzüchten und nur vier bis fünf Haupttypen von angriffslustigen Bock-Typen als Massenprodukt bis intellektuellen Gehirnmenschen in prozentual niedrigen Mengen. Die vorteilhafteste Variante wird fortgeführt, der Ausschuß fällt weg . . ."

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Solche Sozialtechnik ist in ihrer Wurzel unmenschlich; nicht also nur dann, wenn sie zu Unmenschlichkeiten im landläufigen Sinne führt, wie etwa bei der Zwangssterilisierung und Ausmerzung als minderwertig angesehener Menschen, sondern auch, wenn die sachgerechte Züchtung einer Elite beabsichtigt ist. Denn hier wird eine Verfügungsgewalt des Menschen über seinesgleichen vorausgesetzt, die mit der Unantastbarkeit der Person wie der Freiheit und Würde menschlichen Daseins unvereinbar ist. Denn notwendigerweise verliert der Züchter gegenüber dem Opfer seiner Züchtungsversuche jeden personalen, mitmenschlichen Bezug und würdigt sie zu frei verfügbaren Objekten biologischer Eingriffe herab.

Als Beginn künstlicher Gesellschaftskonstruktion ist das anzusehen, was man Schulung nennt, also die einheitliche Abrichtung auf eine Ideologie. Das Verhältnis von Schulung und Erziehung kann man sich in Parallele zum Verhältnis von Rechtsordnung und zweckhafter, mechanischer Organisation klarmachen. So wie das Recht nur Regulativ eines sich aus eigenen Kräften entfaltenden Lebens der Gesellschaft ist, die Zweckorganisation dagegen die gesellschaftlichen Kräfte in einen geplanten Funktionszusammenhang einspannt, so ist die Erziehung das Regulativ, die Hegung einer an sich spontanen und freien Entfaltung der menschlichen Person, die Schulung dagegen Dressur auf bestimmte berechenbare und daher in einen Funktionszusammenhang einkalkulierbare Denk- und Verhaltungsweisen. Der geschulte Mensch hat auf alle an ihn herangetragenen Fragen und Probleme vorfabrizierte Antworten bereit und reagiert auf gewisse Reize (etwa Kapitalisten oder Juden) in sicher vorhersehbarer Weise. Er sieht die Dinge ausschließlich aus dem Blickwinkel und unter der Beleuchtung der Ideologie, beziehungsweise des aus der Ideologie entwickelten Systems und ist deshalb grundsätzlich in der Lage, ohne Zwang von sich aus so zu handeln, wie es die Konsequenz des Systems in der jeweiligen Situation fordert. Er ist durch die ideologische Schulung geistig und moralisch auf den praktischen Ablauf des totalitären Systems gewissermaßen synchronisiert. Auch die Schulung führt bereits zu der für totalitäre Systeme typischen Zerstörung des mitmenschlichen Bezugs. Denn während die Erziehung ein personales Verhältnis und damit die menschliche Gleichberechtigung zwischen dem Erzieher und dem zu Erziehenden voraussetzt, wird der zu Schulende vom Schulenden zum Objekt einer planmäßigen geistigen Umgestaltung herabgewürdigt.

Soweit die künstliche Gesellschaftskonstruktion gelingt, muß sie wesentliche Veränderungen im Erscheinungsbild des totalitären Systems zur Folge haben. Denn solange das Regime auf eine gewaltsame Kanalisierung des freien Lebens der Gesellschaft und dessen Drosselung angewiesen ist, bedarf es geeigneter Mittel zur Unterdrückung der Freiheit, das heißt, es kommt nicht ohne Terror aus! Eine nicht ans Recht gebundene Polizei, Repressalien aller Art und außerhalb des Rechts stehende Konzentrationslager gehören dann zu den unentbehrlichen Instrumenten der Exekutive. Soweit aber das totalitäre System seine radikalste Form erreicht und in die Lage kommt, Scheinspontaneität künstlich zu schaffen und somit die Freiheit nicht nur unterdrückt, sondern zerstört, bedarf es des Terrors nur noch in geringerem Maße oder gar nicht mehr. Denn der einzelne Mensch ist dann mehr oder weniger das Pro-

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dukt des Systems und von vornherein auf dessen Bedürfnisse geeicht. Eine Verminderung des Terrors muß demnach nicht unbedingt als eine politische Normalisierung des Systems angesehen werden, sondern kann ganz im Gegenteil auch Symptom fortgeschrittener Totalität sein.

Der Einzelne und die Gesellschaft sind so aufeinander angelegt, daß die Gesellschaft aus der Entfaltung der Einzelnen lebt, diese aber wiederum aus der Gesellschaft des dauernd erneuten Anstoßes zur Entfaltung bedürfen. Wenn nun die Gesellschaft in den Griff des totalitären Systems gerät und einem pervertierenden Plan unterworfen wird, dann werden alle natürlichen Wechselbeziehungen zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft vergiftet und dadurch alle Lebensäußerungen des Einzelnen schon in ihrem Ursprung verfälscht und verdreht. Das totalitäre System erweist sich als eine raffinierte und unheimliche Schalttechnik, die eine Unsumme geistiger und körperlicher Leistungen und sittlicher Bewährung vieler Einzelner in ihrer Auswirkung zu einer völlig inhumanen und unsittlichen Machtausübung zusammenschließen kann. Selbstverständlich tragen auch geistiges und sittliches Versagen vieler Einzelner zum Bestand des totalitären Regimes bei; aber das Wesentliche, das Eigentümliche ist eben die Fähigkeit, jede Regung schlechthin zu manipulieren und Gutes zu einem bösen Effekt zu wenden. Kein Mensch, kein Sinn, kein Wert ist in der totalitär pervertierten Gesellschaft mehr er selbst, sondern wird zur Funktion eines alles umgreifenden Widersinns verkehrt. Bonhoeffer hat einmal von der großen Maskerade des Bösen gesprochen, die alle ethischen Begriffe durcheinanderwirbelt, so daß das Böse in Gestalt des Lichts, der Wohltat, des geschichtlich Notwendigen, des sozial Gerechten erscheint. Wer mit dem totalitären System in Berührung kommt, wird unweigerlich in irgendeiner Form in dieses einbezogen. Eine Abstinenz ist so wenig möglich, wie sich der Einzelne nicht von der Gesellschaft lösen kann, ohne auch als Person zu verkümmern, so wenig, wie einer darauf verzichten kann zu atmen, weil die Luft giftig ist. Jeder, der im totalitären Machtbereich seine Talente, seine Initiative und seinen Ehrgeiz in natürlicher Weise entfaltet, verfällt schon der Widernatur des Systems. Wollte er dem entgehen, so müßte er entweder einen heroischen Tod suchen oder die Askese auf sich nehmen, auf die Entfaltung seiner Anlagen zu verzichten. Die Unfreiheit im totalitären System hat also den Charakter einer Überfremdung des Ich, gegen die es auf die Dauer keine Möglichkeit zu widerstehen gibt. Diese Selbstentfremdung der Persönlichkeit ist aber nichts anderes als die Form, in der der Einzelmensch den Verfügungsanspruch über Substanz und Spontaneität des Lebens erfährt, den wir als eines der Merkmale des totalitären Systems bezeichnet hatten.

Angesichts des unbegrenzten Verfügungsanspruchs des totalitären Regimes bleibt den ihm unterworfenen Menschen keine Möglichkeit, sich auf eine private Existenz zurückzuziehen oder sich ein neutrales Betätigungsfeld zu suchen, sondern er ist in jedem Falle mit allem, was er ist und hat, dem Zugriff und der Manipulation des Regimes ausgesetzt. Es bleibt ihm prinzipiell gar nicht die Möglichkeit, sich zu entscheiden, ob er dem Regime dienen will oder nicht; sondern wenn er nur überhaupt lebt und sich entfaltet, gleich, auf welches Ziel hin er es selbst meint, versteht es die

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

totalitäre Herrschaft, seine Betätigung für sich auszuwerten. So werden etwa Wissenschaft, Kunst und Sport durchaus nicht nur gelenkt, sondern können sich in gewissen Grenzen auch frei nach ihren eigenen Gesetzen entwickeln; doch das Zwecksystem plant auch diese freie Entwicklung ein und setzt sie zu einer Funktion um, und sei es nur, daß es die vollbrachte Leistung zu seiner eigenen Leistung umdeutet. Nicht nur der, der sein Können bewußt in den Dienst des Regimes stellt, sondern auch der, der tatsächlich nur seiner Wissenschaft und Kunst dienen will, wird im Endergebnis von dem System ausgenützt. Sogar der Geistliche, der weiß, daß das Regime der unerbittliche Feind des Christentums ist, der aber der Pflicht seines Amtes und Auftrages gehorchend weiter seine Gemeinde versorgt, muß dem Regime noch als Beweis dafür herhalten, daß das Leben der Kirche nicht unterdrückt wird. Er könnte sich diesem Mißbrauch nur entziehen, wenn er sich auch den Pflichten seines Amtes entzöge.

Die Elemente der totalitären Herrschaft im politischen Raum finden sich im geistigen Bereich wieder als Elemente des totalitären Denkens. Wenn nämlich eine Idee aus ihrer Zuordnung zu den anderen Ideen, Begriffen und Werten herausgenommen und absolut gesetzt wird, dann nimmt sie despotische Züge an; alles soll von dieser einen Idee abgeleitet, alles auf sie hin verstanden werden. Sie zielt auf die Beherrschung der Welt der anderen Ideen und Begriffe ab, die ihrerseits ihres ursprünglichen Wahrheitssinnes entkleidet werden und denen dafür ein neuer Sinngehalt aus der Zuordnung zu der absolut gesetzten Idee untergelegt wird. Das heißt aber: die absolut gesetzte Idee wird totalitär. Das System, mit dem sich die totalitäre Idee alle anderen Ideen und Werte zuordnet, ist die Grundform dessen, was man heute Ideologie nennt; die Ideologie ist sozusagen die Dogmatik der absolut gesetzten Idee und ist als solche ihrer Struktur nach totalitär, ganz gleich, welche Inhalte ihr zugrunde liegen. Und überall, wo wir heute „-ismen" begegnen, haben wir es mit Verabsolutierungen an sich richtiger, jedoch ursprünglich in ihrer Bedeutung begrenzter Ideen zu tun, die zu wuchern beginnen und dabei andere Begriffe überfremden: Nationalismus, Sozialismus, Rationalismus, Amerikanismus, Militarismus sind einige der zahllosen Beispiele. Die große Zahl der „-ismen", die es heute gibt, läßt auf eine erschreckend starke Neigung zum voreiligen Verabsolutieren und eine entsprechende Disponiertheit für totalitäres Denken schließen. Wie die Menschen im totalitären System ihre Freiheit durch Überfremdung verlieren, so werden auch alle Begriffe überfremdet, die in ein totalitäres Denksystem eingespannt werden; das ist der Grund, warum man heute im Osten eine andere Sprache als bei uns spricht, obwohl man doch die gleichen Worte gebraucht, sich auf die gleichen Ideen beruft und an die gleichen Werte appelliert.

Sehen wir uns an einem Beispiel an, welchen Wandel eine Idee durchmacht, wenn sie absolut gesetzt wird. Niemand wird die Berechtigung nationaler Gesinnung und nationalen Denkens bestreiten. Jedoch ist die Nation – recht verstanden – nur eine politische Idee, ein sittlicher Wert unter anderen, der in der Ordnung der übrigen Werte seinen ganz bestimmten Platz einnimmt, anderen Werten teils über-, teils neben- oder untergeordnet. Sobald aber die Nation absolut gesetzt wird, als sei sie die fundamentale Idee und der höchste Wert schlechthin, entsteht der totalitäre

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nationalismus. Denn die verabsolutierte nationale Idee erhebt den Anspruch, über alle anderen Ideen und Werte zu herrschen und will nichts mehr neben sich eigenständig oder auch nur indifferent sein lassen. Alle Begriffe, Gedanken und Menschen sollen sich auf diese eine Idee hin verstehen und geraten so unter die Despotie des Nationalismus, der eine unduldsame Herrschaft über die Geister antritt. Unser Volk hat diese Entwicklung von der sachlich und sittlich begründeten Vaterlandsliebe zur Diktatur des totalitären nationalistischen Prinzips im vergangenen Jahrhundert und den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts durchgemacht. Dabei vollzog sich im Laufe dieses Totalisierungsprozesses der merkwürdige Wandel, daß die verabsolutierte nationale Idee selbst wieder zum Instrument totalitärer Machtentfaltung wurde: das prägende Moment des Dritten Reiches war nicht mehr die nationale Idee, sondern die Dynamik der totalitären Herrschaft. Die nationale Idee geriet in zunehmendem Maße in die Rolle eines politischen Vorwandes und eines Elementes der Verführung, mit dem ständig neue Ansprüche begründet und das Volk bei der Stange gehalten wurden.

Nicht so sehr die Idee der Nation selbst zeitigte die üblen Früchte nationalistischer Politik als vielmehr ihre totalitäre Perversion. Die meisten Menschen merkten in ihrer nationalen Begeisterung gar nicht, daß ihr nationales Denken mehr und mehr in den Bann totalitärer Dynamik geriet, sondern sie schwammen in sittlichem Enthusiasmus mit im Strome der verabsolutierten nationalen Idee und verfielen so deren Despotismus. Es gehört zu den unheimlichen Zügen totalitären Denkens, daß es ausgesprochen verführerisch ist. Während es nämlich seine Leitidee besonders konsequent zu entwickeln, zu verfechten und durchzusetzen scheint, beraubt es diese in Wirklichkeit ihrer Bestimmungskraft und verflüchtigt sie zum Etikett. Während man noch dem sachlichen Sinn einer Ideologie zu folgen meint und sich ihrem sittlichen Gehalt verpflichtet glaubt, wird man nicht gewahr, wie Sinn und sittlicher Gehalt zu Vorwänden und täuschenden Atrappen einer Dialektik der reinen Macht ausgehöhlt werden. Während die Idee in ihrer totalitären Überhöhung ihre kräftigste und reichste Entfaltung zu finden scheint, ist sie bereits an ihrer Wurzel, nämlich in ihrem Wahrheitsgehalt zerstört.

Eine Tendenz zu totalitärem Denken ist ohne Zweifel mit der fortschreitenden technischen Umgestaltung unserer Welt verbunden. Das kann man sich gut an einem Beispiel klarmachen, das der Soziologe Hans Freyer in seinem Buch „Die Theorie des gegenwärtigen Zeitalters" erörtert: Ein Teich in einer abgelegenen Gegend bildet eine in allen Teilen aufeinander abgestimmte, ausgewogene, sich selbst im Gleichgewicht haltende biologische Ordnung. Wenn der Mensch kommt und technische Veränderungen vornimmt, indem er etwa einen Teil des Ufers betoniert, eine Käferart ausrottet, eine bestimmte Pflanze anbaut oder Fische züchtet, so kann ein gewisser Prozentsatz dieser künstlichen Umgestaltung von der ursprünglichen Ordnung – Freyer nennt sie das primäre System – aufgefangen werden; sie vermag sich trotz der Eingriffe weiter im Gleichgewicht zu halten. Die Eingriffe können jedoch ein Ausmaß annehmen, bei dem sich das primäre System nicht mehr selbsttätig zu regulieren vermag. Dann fällt dem Menschen, der einen zu großen

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Teil der technischen Planung unterworfen hat, auch das übrige als Sorge zu; er muß jetzt die Verantwortung für die Ordnung des Ganzen, die er ursprünglich der Natur überlassen konnte, selbst übernehmen. Dieses Ganze, das der Mensch nun als sein Kunstprodukt planen und ständig überwachen muß, bezeichnet Freyer als sekundäres System. Im sekundären System ist eine natürliche Ordnung durch eine Kulturordnung abgelöst, die der Herrschaft des Menschen ganz verfügbar, jedoch auch ganz auf sie angewiesen ist. Hier haben wir wieder den Begriff der Verfügbarkeit, eines der Elemente totalitärer Herrschaft. Soweit sie sich jedoch bloß auf Naturordnungen bezieht, ist sie ohne Gefahren, ja sogar menschliche Pflicht. Denn es hat schwerwiegende Folgen, wenn der Mensch das primäre System zerstört, ohne ein sekundäres an dessen Stelle zu setzen. Man denke nur an die Fälle, in denen rücksichtslos große Waldbestände abgeholzt werden. Der Wasserhaushalt, den der Wald mit seinem Blätterdach, seinem Unterholz, Moosbelag und Wurzelgrund auf natürliche Weise geregelt hat, gerät in Unordnung und es kann zur Verkarstung ganzer Landschaften kommen, wenn der Mensch die planende Sorge für den Wasserhaushalt nicht anstelle der Natur übernimmt.

Zur totalitären Gefahr wird das sekundäre System jedoch, wenn es im Bereich des politischen Lebens entsteht, wie das heute durch die Auswirkungen der technischen Errungenschaften der Fall ist. Jeder technische Fortschritt zwingt dem menschlichen Zusammenleben ein Stück der Gesetzmäßigkeit der Mechanik auf: es muß die technischen Notwendigkeiten berücksichtigen, die durch die elektrische Stromversorgung, die industrielle Güterherstellung, die Organisation des wachsenden Verkehrs, die zentrale Nahrungsmittelversorgung usw. entstehen. Die Abhängigkeiten rein technischer Art, in die wir auf diese Weise immer tiefer geraten, werden zu einem sekundären System menschlichen Zusammenlebens, das sich in das primäre System des aus Spontaneität und freier Partnerschaft hervorgehenden politischen Lebens hineinschiebt. Das kann soweit gehen, daß das sekundäre System von sich aus oder als Instrument eines totalitären Machthabers das primäre System lahmlegt. Mindestens aber verstärken sich mit der Zunahme des Apparates die Tendenzen zum Totalitären, denn – so sagt Freyer mit Recht – das Totalitäre ist die spezifische Gefahr sekundärer Systeme. Diese Einsicht sollte gewiß nicht zur Verteufelung der unentbehrlich gewordenen Technik oder zum politischen Pessimismus führen; sondern sie stellt uns eine große Aufgabe, Wege zu suchen, wie wir die unvermeidliche Errichtung sekundärer Systeme der Ordnung ursprünglichen politischen Lebens einfügen. Die große Schwierigkeit der Aufgabe besteht darin, daß in dem gleichen Raum menschlichen Zusammenlebens, in dem jede Planung eine Minderung der politischen Freiheit bedeutet, die technische Organisation, wie jedes sekundäre System, um der menschlichen Wohlfahrt willen einer ins Einzelne gehenden Planung unterworfen werden muß.

Wenn die Freiheit durch das sekundäre System technisierter Produktion und Versorgung nicht Schaden leiden soll, muß sich die Technisierung langsam vollziehen im Rahmen dessen, was das normale politische Leben, das dem Einzelnen seine Freiheit beläßt, zu leisten vermag. Dagegen gewinnt das System unweigerlich

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

totalitäre Züge, wenn die Technisierung über ein gewisses Maß hinaus forciert und beschleunigt wird; um die Industrialisierung eines Landes künstlich voranzutreiben, bedarf es totalitärer Maßnahmen. Das ist der Grund, warum ein Teil der Völker der unterentwickelten Gebiete heute eher zur totalitären Herrschaft neigt als zur Demokratie westlicher Prägung. Nicht wegen der kommunistischen Doktrin ist Sowjetrußland für sie interessant, sondern weil sie von ihm lernen wollen, wie man in drei Jahrzehnten eine Agrargesellschaft in eine Industriegesellschaft umwandeln kann. Für einen solchen unnatürlichen Fortschrittssprung sind einige Völker bereit, einige Jahrzehnte politischer Freiheit hinzugeben, während wir diesen Preis weder für einen weiteren technischen Fortschritt zu bezahlen noch von anderen für die erste Industrialisierung zu verlangen bereit sind.

Die Schaffung einer künstlichen Gesellschaft unter Ausschaltung der Spontaneität hat den Charakter einer technischen Konstruktion. An die Stelle des freien Spiels tritt die geplante, vorausberechenbare Zusammenfassung und Verzahnung aller Kräfte zu einem mechanischen Funktionszusammenhang nach Maßgabe der jeweils gesetzten Zwecke. Das bedeutet aber, daß das totalitäre System das ursprüngliche politische Leben zerstört. Es ist ein außerordentlich wichtiger Tatbestand, den wir im Umgang mit totalitären Systemen viel zu wenig beachten, daß dort zwar scheinbar das ganze Leben politisiert wird, in Wirklichkeit aber das, was eigentlich Politik ist, gar nicht mehr vorhanden ist. Es stimmt zwar, daß das ganze Leben bis in die privatesten Dinge hinein vom System erfaßt wird und die Menschen ständig für das System in Anspruch genommen werden, gerade dadurch aber wird die Quelle echter Politik, die Spontaneität der Wechselbeziehungen zwischen autonomen Menschen, zerstört. Das Geschehen im totalitären System ist nicht mehr politischer Natur, sondern ein geplanter mechanischer Ablauf. Nur deshalb ist es zum Beispiel möglich, daß das totalitäre System von der Spitze bis zur letzten Zelle, von einem Tag auf den anderen, nach Belieben etwa auf Verständigungsbereitschaft oder Angriffsgeist, auf demokratischen oder autoritären Stil umgeschaltet werden kann, ohne seine Natur dadurch im geringsten zu verändern.

Auch der Staat wird durch die totalitäre Herrschaft zerstört. Denn der totalitäre Machthaber fügt die gesellschaftlichen Kräfte nicht in die Ordnung des Staates ein, sondern spielt sie gegen den Staat aus. Die nationalsozialistische Bewegung hat ebenso wie die Kommunistische Partei, bevor sie zur Macht kam, im Namen des Volkes den bestehenden Staat als solchen bekämpft und nach ihrer Machtergreifung den Staat zum Büttel der Parteiziele erniedrigt. Der totalitäre Herrscher usurpiert die Souveränität und Hoheitsgewalt des Staates und beläßt diesem nur noch die ihrer Substanz entleerten alten Institutionen und die Verwaltung. Man denke etwa daran, wie in Sowjetrußland das Amt des Ministerpräsidenten von zweitrangiger Bedeutung ist im Vergleich mit der Stellung des ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, oder wie Hitler in erster Linie der Führer, und nur ganz in zweiter Linie auch Reichskanzler war. Der Staat ist im totalitären System nur noch ein Instrument und seines Wesens als souveräner Rechtsinstitution beraubt. Deshalb sagt Hannah Arendt mit Recht, der totalitäre Machthaber herrsche wie ein fremder

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eroberer, der sich auch lediglich des Staates als Apparates bedient; und Ulrich von Hassell hat über die Nationalsozialisten in seinem Tagebuch die zutreffende Bemerkung gemacht: „Diese Leute wissen ja gar nicht, was ein Staat ist." So ist es, genau genommen, ein Widerspruch in sich, wenn man heute allgemein von einem „totalitären Staat" spricht; man sollte nur von einem „totalitären System", einer „totalitären Herrschaft", einem „totalitären Regime" sprechen. Denn sowohl der Herrschaftsanspruch des Regimes über die Gesellschaft als auch seine uneingeschränkt über die Menschen verfügende Herrschaftsweise sind von der möglichen Herrschaftskompetenz des Staates grundsätzlich verschieden. Goebbels hatte offenbar ein Organ für die Würde, die mit dem Begriff des Staates verbunden ist, als er den wirkungsvollen Propagandatrick erfand, der Weimarer Republik, die nun wirklich ein Staat war, die Bezeichnung „Staat" vorzuenthalten und sie ständig als „System" zu verleumden, so daß der Ausdruck „Systemzeit" zur geläufigen Bezeichnung der Jahre der Weimarer Republik wurde. Andererseits hatte Hitler nicht so unrecht, wenn er von Sowjetrußland einmal schrieb: „Rußland ist kein Staat, sondern eine Weltanschauung, die zur Zeit auf dieses Territorium beschränkt ist, beziehungsweise es beherrscht... Ich halte aus diesem Grunde die Sowjetdiplomatie nicht nur für unzuverlässig, sondern überhaupt nicht vergleichbar mit den außenpolitischen Führungen der anderen Nationen." Allerdings muß, will man die volle Wahrheit treffen, hierzu zweierlei kritisch bemerkt werden: Erstens galt das, was Hitler über Rußland gesagt hat, ebenso für Deutschland, soweit es nationalsozialistisch bestimmt war. Zweitens: was Hitler meint, ist das gleiche, was wir eben über den unpolitischen Charakter des totalitären Systems gesagt haben. Weil es ein Mechanismus ist, kann es auf jeden beliebigen politischen Stil geschaltet werden und bleibt dabei doch immer Apparat; und insofern es Apparat ist, kann es nicht Partner sein in dem Sinne von Politik, wie ihn die westliche Welt versteht. Das haben wir in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West seit Kriegsende nachdrücklich genug erfahren. Doch gilt das immer nur insoweit, als der totalitäre Charakter zur Auswirkung kommt. In Sowjetrußland gibt es (ebenso wie seinerzeit im nationalsozialistischen Deutschland) aber auch einen großen Bestand wirklichen politischen Lebens, und der bietet durchaus die Ansatzmöglichkeiten zu sinnvollen Verhandlungen, die unbedingt genützt werden müssen. Wichtig für den Politiker ist nur, unterscheiden zu lernen, wo Ansatzpunkte für Partnerschaft sind und wo nicht. Solche Punkte zu sehen, wo sie nicht sind, kann für uns ebenso katastrophale Folgen haben, wie wir verzweifeln müßten, wenn wir die Ansatzpunkte, die da sind, nicht erkennen würden.

Auf jeden Fall aber wird es in der Auseinandersetzung mit totalitären Mächten wichtig sein, den Begriff des Staates als eine ans Recht gebundene Institutionalisierung des politischen Lebens, und den Begriff der Politik als Leben in freier Partnerschaft rein zu erhalten und in ihrem richtigen Sinn dem System mechanistischer Gesellschaftsorganisation ausdrücklich entgegenzustellen. Es sollte nicht vorkommen können, daß heute viele Leute im Machtbereich der totalitären Herrschaft Exzesse staatlicher Machtausübung und einer angeblichen Politisierung des ganzen

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lebens zu sehen glauben, wo in Wahrheit der Staat allmählich abgebaut und die Politik konsequent erstickt wird. Wer die Dinge nicht sieht, wie sie sind, ist imstande, aus Angst vor totalitärer Macht gerade gegen das einzige zu wüten, was ihn davor zu schützen vermag, nämlich gegen Staat und Politik.

Das totalitäre System ist also unpolitisch und zerstört das politische Leben, sofern man den Sinn dieses Wortes in seiner vollen Bedeutung versteht. Umgekehrt ist der Boden für eine totalitäre Herrschaft um so besser bereitet, je schwächer das politische Leben eines Volkes und je weiter verbreitet das unpolitische Denken ist. Denn das unpolitische Denken spricht sehr leicht auf die Argumente der totalitären Herrschaft an, da es keinen Begriff davon hat, daß Staat und Politik Voraussetzungen der Freiheit sind. Es verfällt unversehens und ungewollt der totalitären Herrschaft und läßt sich von ihr mißbrauchen. Indem es die politische Natur des menschlichen Daseins nicht zur Kenntnis nimmt, ist es gewissermaßen die passive Spielart des aktiven totalitären Denkens, das das politische Leben zerstört. Es gibt sehr viele verschiedene Weisen unpolitischen Denkens, die aus ebenso vielen verschiedenen Wurzeln stammen, die aber alle das eine gemeinsam haben, daß sie politische Fragen als solche entweder nicht erkennen oder in einer Weise behandeln, die das Wesen der Politik verfehlt.

So wird zum Beispiel das Wesen der Politik von den Leuten verfehlt, die da meinen, es gehe bei ihr nur um die Bewältigung sachlicher Probleme, während das personale Element ein notwendiges Übel sei, was soweit als möglich ausgeschaltet werden müsse. In Wahrheit ist – und das entspricht dem personalen Ursprung politischen Lebens – der Spannungsausgleich zwischen den Menschen der eigentliche Sinn politischer Bemühungen. Es kann daher durchaus berechtigt sein, eine sachlich nicht voll befriedigende Lösung einer Aufgabe in Kauf zu nehmen, wenn damit persönliche Spannungen oder etwa ein allzu großes Maß von Freiheitsbeschränkung vermieden werden. Letzteres gilt zum Beispiel für vorbeugende Maßnahmen des staatlichen Gesundheitsdienstes, die nicht so weit getrieben werden dürfen, daß die freie Verfügung des Einzelnen über sich selbst empfindlich verletzt wird. Mit sachlich perfekten Lösungen auf Kosten der persönlichen Freiheit aufzuwarten, ist dagegen eine der typischen Propagandaleistungen totalitärer Regime, die damit auf unpolitisch denkende Menschen ihren Eindruck nicht verfehlen. Denn das unpolitische Denken ist geneigt, die rein technische und organisatorische Leistungsfähigkeit zu bewundern, ohne viel danach zu fragen, um welchen Preis des Rechts oder der Freiheit sie erkauft ist. Es gibt einen Technizismus, das heißt eine Verabsolutierung technischen Denkens, die ohne Rücksicht auf menschliche Verhältnisse stets für das technisch Zweckmäßige und Praktische plädiert und darüber totalitären Charakter gewinnt. So entspringt etwa der Satz, daß angesichts des heutigen Standes der Technik der Mensch eine Fehlkonstruktion sei, ausgesprochen totalitärer Geisteshaltung.

Eine andere Weise, das Wesen der Politik zu verfehlen, ist das, was man als politische Romantik bezeichnet; sie besteht in einer politischen Parteinahme nach ästhetischen Gesichtspunkten: So zum Beispiel die Reichsromantik in all ihren Spielarten,

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eliteromantik, Kampfromantik, Revoluzzerromantik, Nihilistenromantik, aber auch die Neigung, politischen Unsinn für erwägenswert zu halten, nur weil er literarisch eindrucksvoll präsentiert wird. Dieser Ästhetizismus in der Politik hat seine tiefere Ursache in einer seit vielen Jahrzehnten fortschreitenden Verengung unseres Kulturbegriffs auf das Ästhetische. Unter Kultur verstehen viele Menschen nur Literatur, Theater, Musik, Bildende Kunst; eher würden sie noch das Kino unter die Kultureinrichtungen rechnen als etwa das Parlament oder das Bundesverfassungsgericht. Sie sehen zwischen Kultur und Politik einen ausgesprochenen Gegensatz, während doch in Wahrheit die Politik ebenso wie das Recht und die Gerichtsbarkeit grundlegende Bestandteile menschlicher Kultur sind. – Der totalitäre Machthaber macht sich den Wahn, Kultur habe mit Politik nichts zu tun, zunutze und beeindruckt mit kulturellen Leistungen die unpolitischen Kulturbeflissenen ebenso, wie er mit seinen Organisationsleistungen den Nur-Technikern imponiert. Demgegenüber erfordert der Schutz gegen die Gefahren des Totalitarismus, daß wir Politik und Recht wieder in unser Kulturbewußtsein aufnehmen, daß wir wieder lernen, daß es nicht nur eine Kunstkultur, sondern auch eine Rechtskultur und politische Kultur zu pflegen gilt, etwa im Sinne des Wortes von Thomas Mann, daß in allem Geistigen das Politische latent sei.

Von besonders großer Bedeutung ist der unpolitische Moralismus, der die moralische Problematik verabsolutiert und keine oder wenigstens nicht genügend Kenntnis nimmt von den tatsächlichen Gegebenheiten, von denen jede Entscheidung immer auch abhängig ist, von den politischen Zusammenhängen, in denen sich jeder Entschluß auswirkt. Der Moralismus ist die Denkweise der Absolutheitsfanatiker, die – wie der Hamburger Theologe Helmut Thielicke es einmal formuliert hat – nicht wissen, daß jede ethische Entscheidung eingezeichnet ist in das politische Gesetz von Zug und Gegenzug, daß sittliche Entscheidungen nicht in einem luftleeren und tatsachenlosen Raum, sondern unter bestimmten Bedingungen und im Rahmen bestimmter Zwangsläufigkeiten gefällt werden. Niemand wird behaupten, daß verantwortliches Denken und Handeln ohne Beachtung der Gebote der Moral möglich sei; dagegen meinen viele Leute, man könne auf Grund bloß moralischer Überlegung verantwortlich handeln, ja, die Worte und Taten seien sittlich um so höher zu bewerten, je kompromißloser sie sich nach den Idealen richten und auf die Wirklichkeit keine Rücksicht nehmen. Dieser Moralismus birgt in der Auseinandersetzung mit der totalitären Herrschaft um so größere Gefahren, als dieses Regime, so unmoralisch es selbst ist, doch ständig moralisiert und an die Moral seiner Opfer appelliert, um sie seinen Zwecken gefügig zu machen. Es verschleiert die politische Wirklichkeit, weicht das positive, das gesetzte Recht auf und kehrt statt dessen die moralischen Verpflichtungen hervor, denen sich seine Untertanen um so weniger zu verschließen vermögen, je weniger sie politisch denken und auf diese Weise den Betrug des moralisierenden Ungeheuers zu durchschauen in der Lage sind. Wir wollen diese Zusammenhänge etwas genauer betrachten.

Kein Staat kann von den Leistungen allein leben, zu denen er seine Bürger durch die Gesetze zwingt, sondern seine Existenz hängt zu einem nicht unwesentlichen

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Teil von dem Bekenntnis der Staatsbürger zu ihm, von deren Initiative und Verantwortungsbewußtsein ab. Die Monarchie beruht auf dem, was der König nicht anordnen, die Demokratie auf dem, worüber man nicht abstimmen kann, sondern worin die Bürger ohne Abstimmung sich eins sind. Wenn es ihnen an einer gemeinsamen Basis sittlicher Überzeugungen fehlt, wenn sie das öffentliche Leben nicht mit geistigem und sittlichem Gehalt zu füllen vermögen und nicht willens sind, mehr zu tun, als ihnen gesetzlich abverlangt wird, dann ist der Staat schwach oder gar in seiner Existenz gefährdet. Der Bestand des Staates hängt also von Bedingungen ab, die dem Raum der Freiheit angehören und auf die er deshalb keinen Einfluß nehmen kann, ohne die Grenzen seiner Kompetenz zu überschreiten, das heißt aber: totalitär zu werden. Es gehört zum Wesen des Staates, über die Voraussetzungen seiner selbst nicht absolut verfügen zu können, geistig und ethisch nicht autark zu sein. Selbstverständlich kann er an die Staatsbürger jederzeit einen moralischen Appell richten, aber er muß es ihnen freigestellt sein lassen, dem Appell zu folgen oder nicht.

Dagegen greift das totalitäre Regime ungeniert in den Raum der Freiheit ein, um zur Sicherung seiner Existenz oder zur Steigerung seiner Leistungen die moralischen Energien der Untertanen zu aktivieren. Die so erzeugten sittlichen Anstrengungen haben allerdings keinen freiwilligen Charakter, sondern sind erzwungen; sie sind dadurch als sittliche Leistung zwar wertlos, verschaffen dem System aber doch neben dem praktischen Nutzen den schönen Schein, daß es vom Ethos seiner Opfer getragen sei. Im Dritten Reich nannte man das treffend „freiwilligen Zwang", in den totalitären Regimen unserer Tage findet sich das gleiche Phänomen. Man sieht sich zum freiwilligen Parteieintritt, zur spontanen Beifallskundgebung, zur freiwilligen Selbstverpflichtung gezwungen, will man nicht abseits stehen, sich der Miesmacherei, der Sabotage oder der Gesellschaftsfeindlichkeit verdächtig machen. Das alles geschieht, weil das totalitäre Regime es zur Pflicht erhoben hat, mehr zu tun als die Pflicht.

Wie kann das geschehen? Wie wird freiwilliger Zwang möglich? Der moralische Appell allein vermag das nicht zu leisten, da er die Freiheit des Entschlusses beläßt, die im Rechtsstaat dadurch gewahrt wird, daß sich jeder dem Appell unter Berufung auf die Mindestforderungen des Gesetzes verweigern kann. Wenn diese Zuflucht zum Gesetz aber abgeschnitten, wenn dieses Recht, sich auf die unabdingbaren Pflichten zu beschränken, aufgehoben wird, dann entfällt damit auch die Freiheit des Entschlusses, mehr zu tun, als das Gesetz verlangt, und der moralische Appell wird zwingend. Und zwar ist es ein sehr ernster Zwang, weil hinter ihm die Drohung der moralischen Diffamierung, des Verlustes der öffentlichen Ehre steht: Wer sich nicht nötigen läßt, stellt sich außerhalb der Gemeinschaft, wird zum Klassenfeind, stellt den Eigennutz vor den Gemeinnutz oder boykottiert den sozialistischen Aufbau, je nachdem, welche Phraseologie gerade an der Tagesordnung ist. Wenn also dem gesetzten Recht seine strikte Geltung genommen wird, wird damit die sichere Norm beseitigt, zwischen Pflicht und freiwilliger sittlicher Leistung zu unterscheiden. In der Praxis erfolgt die Aufweichung der bestehenden Gesetze dadurch, daß sie erstens nach der herrschenden Ideologie ausgelegt und zweitens auf die Gesinnung

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

statt auf die Taten angewandt werden; beziehungsweise es werden die neuen Gesetze so unbestimmt gefaßt und mit „Gummiparagraphen" ausgestattet, daß nicht mehr klar ersichtlich ist, was und wieviel sie fordern. Indem das totalitäre Regime mit solchen Mitteln offen läßt, was es erzwingt, zerstört es die Voraussetzungen echter Freiwilligkeit. Es entsteht jene Vermengung von gesetztem Recht und Moral, die ein typisches Merkmal totalitärer Systeme ist.

Je weniger die Moralität in politischer Orientierung ihre Ergänzung findet, desto mehr ist sie dem Mißbrauch durch das totalitäre System ausgeliefert. Sie folgt blind jedem moralischen Appell, ohne den Zweck des Machthabers dahinter zu erkennen. Dieser andererseits versteht es, jede politische Alternative als eine Entscheidung zwischen Gut und Böse darzustellen und hat damit alle Wohlmeinenden und Anständigen, politisch jedoch Unorientierten auf seiner Seite. Er vermag sie unter Umständen sogar dazu zu bewegen, Verbrechen zu begehen, wenn er diese nur als moralischen Kraftakt hinstellt, an dem sie sich in Selbstüberwindung üben können. Da es dem unpolitischen Moralismus auch an der Einsicht fehlt, daß die Freiheit sittlichen Handelns im öffentlichen Leben das Bestehen klarer sachlicher Gesetze zur Voraussetzung hat, hält er es eher noch für einen Fortschritt der Moral, wenn das positive Recht moralisiert wird.

Ideale Angriffspunkte bietet dem totalitären Verfügungsanspruch die moralische Skrupelhaftigkeit. Wenn das Regime bei seinen Untertanen keine skrupulösen Moralvorstellungen voraussetzen könnte, könnte es das Wegwerfen einer leeren Zahnpastatube nicht als Sabotage der Rohstoffversorgung, eine mißmutige politische Bemerkung nicht als Wehrkraftzersetzung oder Boykotthetze, das Verderben eines Korbes Obst nicht als Wirtschaftssabotage oder das Fernbleiben von einer Haussammlung nicht als Gesellschaftsfeindlichkeit auslegen. Solchen Unsinn würde ihm die Bevölkerung einfach nicht abnehmen. Ferner machen sich das totalitäre Regime und seine Propagandisten die weitverbreitete Vorstellung zunutze, daß ein einmaliger Rechtsbruch die moralische Qualität eines Menschen, einer Regierung, eines Staates ebenso mindere wie eine wiederholte oder gar die grundsätzliche Mißachtung des Rechts. Wenn der Machthaber Verträge grundsätzlich nur so lange hält, als es ihm Nutzen bringt, sie aber, sobald es ihm günstig erscheint, bedenkenlos bricht, dann verweist er auf seine Gegner, die auch nicht besser seien, da sie ja diesen oder jenen Vertrag gebrochen hätten; daß die Gegner aber in der Regel die Gültigkeit der Verträge respektieren, wird verschwiegen. Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob eine Regierung den Krieg als äußerstes Mittel der Politik betrachtet, zu dem sie nur greift, wenn sie sich nicht mehr anders zu helfen weiß, oder ob ein Machthaber den Krieg von vornherein in seine Rechnung einsetzt und unter ständiger Gewaltdrohung seine Gegner zu erpressen sucht. Das war die Methode Hitlers und das ist, vorsichtig ausgedrückt, auch ein Element sowjetrussischer Politik. Die Verteidiger Hitlers aber setzen ebenso wie gewisse angeblich besonders objektive Kommentatoren der heutigen Weltsituation den fallweisen Gebrauch von Gewalt mit der in ihrem Entwurf gewaltsamen und auf Gewalt bauenden Politik gleich und schließen mit der moralisierenden Bilanz „sie sind allzumal Sünder". Der unpolitische Moralismus läßt

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich von diesem Schluß gern überzeugen und merkt nicht, daß dieser nur durch eine Vertauschung des Blickwinkels zustande kommt. Denn die Feststellung, daß wir allzumal Sünder sind, ist angesichts der Ewigkeit ohne Zweifel richtig; in der politischen Diskussion hingegen verschleiert er das grundsätzliche Anderssein des totalitären Regimes, das unter politischem Aspekt betrachtet deutlich hervortritt. So sind moralisierende Sentenzen über die Sündhaftigkeit alles Irdischen ein beliebtes Mittel derer, die das Dritte Reich wieder in Ansehen bringen wollen. Ein Musterbeispiel andererseits für die völlige Verwischung wesentlicher politischer Unterschiede, einschließlich des fundamentalen Unterschieds zwischen politischer Freiheit und politischer Unfreiheit durch pures Moralisieren bietet der 1956 von Jürgen Neven und Michael Mansfeld herausgegebene Bildband „Denk ich an Deutschland ...", in dem die Bundesrepublik und die DDR in ein gemeinsames Licht moralischer Fragwürdigkeiten getaucht werden, wobei die Bundesrepublik eher noch etwas schlechter wegkommt, weil es ihren Einwohnern zu gut gehe. Wer sich von einer solchen Verwischung politischer durch moralistische Konturen beeindrucken läßt, hat dem moralisierenden Totalitarismus nichts mehr entgegenzusetzen.

In besonderer Affinität zur totalitären Herrschaft steht der moralische Subjektivismus, das heißt: das Verhalten derjenigen Menschen, die ihr sittliches Bemühen unter dem Einfluß der idealistischen Philosophie nur auf die Reinheit ihres Wollens richten, nicht aber die Frage nach der Auswirkung ihres Tuns in ihr Gewissen einbeziehen. Sie begnügen sich damit, daß sie sich selbst anständig verhalten und immer nur das Beste wollen, haben jedoch kein Gefühl der Verantwortung für das, worauf ihre Taten unter Umständen hinauslaufen. Wenn sie, wie zum Beispiel in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft oder als linientreue Kommunisten, zu einer unheilvollen Politik beigetragen oder eine totalitäre Herrschaft mit gefördert haben, dann lehnen sie unter Berufung auf ihren guten Willen jede Mitverantwortung für das, was tatsächlich geschehen ist, ab. Sie fragen nur wie sie gedient haben, nicht aber wem und wozu.

Das Gefährliche dieser Ethik des Bloß-anständig-Seins ist, daß sie den Subjektivismus des totalitären Machthabers in geradezu idealer Weise ergänzt. Der Machthaber erhebt seinen Willen zum Grundgesetz des Ganzen und will die Gesellschaft dirigieren, als sei sie ein Stück seiner selbst, der Bloß-Anständige findet sein Genüge daran, mit sich im reinen zu sein und kümmert sich um seine Einordnung in die Gesellschaft nur insoweit, als diese auf ihn zurückwirkt. So braucht der Machthaber nur dafür zu sorgen, daß die subjektive Gewissensbilanz der Anständigen ausgeglichen ist, und daß ihnen der Wirkungszusammenhang, in den er ihr Handeln einspannt, unübersichtlich bleibt, dann kann er ihre moralischen Energien mühelos auf die eigenen Mühlen leiten und sich ihr Können unbeschränkt zunutze machen. Der moralische Subjektivismus, das heißt: die Vereinzelung des Menschen in seiner moralischen Existenz, wie auch die Vereinzelung seiner Existenz als Person überhaupt, bieten also ideale Voraussetzungen für das Gedeihen einer totalitären Herrschaft. Der Mensch ist autonom, aber nicht autark. In dem Maße, in dem er dennoch autark zu sein versucht, löst er seine selbstgewählten Bindungen an die Gesellschaft,

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der sich die Einzelnen wechselseitig Halt verleihen, und wird in seiner Vereinzelung dem totalitären System verfügbar. Mit Recht sagt Guardini, das Totalitäre setze den kontaktlosen und kontaktarmen Menschen voraus.

Wer sich auf sich selbst zurückzieht, setzt sich in passiver Weise ebenso absolut, wie sich der totalitäre Machthaber, der das Ganze zur Funktion seines Willens machen will, absolut setzt. Er und seine brauchbarsten Werkzeuge haben also sogar eine gewisse Gemeinsamkeit in ihrer Grundeinstellung, die, psychologisch gesehen, in einer starken Ich-Bezogenheit begründet ist. Der übermäßig Ich-bezogene Mensch hat kein gut ausgebildetes Organ für Partnerschaft und will deshalb entweder seine Mitmenschen beherrschen oder sich von ihnen zurückziehen. Hier finden wir übrigens eine Erklärung für die merkwürdige Tatsache, daß eine Reihe von Leuten, die im Dritten Reich als rabiate Nationalisten ganz Europa unter großdeutsche Herrschaft bringen wollten, heute im Lager der extremen Neutralisten stehen und fordern, daß sich Deutschland zwischen den Machtblöcken auf sich selbst zurückziehe. Wenn sie die Welt nicht beherrschen können, wollen sie mit der Welt möglichst nichts zu tun haben; Partnerschaft empfinden sie nur als Einschränkung der Handlungsfreiheit.

Weder gegenüber der totalitären Idee noch gegenüber dem totalitären Regime können uns also die Reinheit des Wollens und das Bemühen, selbst anständig zu bleiben, allein davor bewahren, der totalitären Macht zu verfallen und ihr Werkzeug zu werden. Ja, guter Wille allein kann nicht einmal verhindern, daß wir persönlich mitschuldig werden. Denn wenn auch diese Macht, wo sie einmal Fuß gefaßt hat, in fast dämonischer Weise von den Menschen Besitz ergreift und ihm keine Möglichkeit mehr läßt sich zu entziehen, so kann doch für das Entstehen sowohl der totalitären Ideologie wie des totalitären Regimes immer klar eine Mitverantwortung, eine Mitschuld ihrer Opfer festgestellt werden. Es gibt immer einen genau bestimmbaren Punkt unserer Mitverantwortung; nur liegt der nicht im moralischen Bereich und auch selten bei falschen tagespolitischen Entscheidungen, sondern im Bereich von Vernunft und Verstand. Denn die totalitäre Idee hat sich ja nicht selbst über ihre Brüder erhoben, sondern wir tun es; wir sind es, die falsch denken, zu wenig abwägen, zu rasch verabsolutieren und damit das anmaßende Wuchern der Idee, die Ausbildung von Ideologien ermöglichen. Und das totalitäre Regime könnte nicht entstehen, wenn wir uns nicht in erschreckender Unklarheit über das Wesen unserer politischen Existenz in ihren Bedingtheiten wie in ihren Möglichkeiten befänden. Wir selbst sind es, die wir uns zuerst den Boden untergraben, auf dem wir stehen, indem wir den verschiedensten Weisen unpolitischen Denkens verfallen und totalitärem Denken nachgeben. Die Trübung, ja in manchen Fällen sogar die Zerstörung unseres Verhältnisses zur Wahrheit ist es also, die am Anfang des Entstehens jeder Art von Totalitarismus steht; und dafür tragen wir die volle intellektuelle Verantwortung.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

WOLFGANG ABENDROTH

DAS PROBLEM DER WIDERSTANDSTÄTIGKEIT DER „SCHWARZEN FRONT"

Vorbemerkung des Herausgebers

Die hier folgende Miszelle ging ursprünglich von der Fragestellung aus, ob die Zugehörigkeit zur Schwarzen Front im Sinne des § 6, Abs. 1, Ziff. 1 des BEG Ausschluß von Wiedergutmachungsleistungen begründe. Solche gutachtlichen Stellungnahmen gehören sehr wohl in den Pflichtenbereich des Instituts für Zeitgeschichte, passen aber nicht in Rahmen und Stil dieser Zeitschrift. Der Verfasser hat der Zurückschneidung auf eine historisch-politische Untersuchung bereitwillig zugestimmt. Auch so wären gegen die Argumentation hier und da Einwendungen zu erheben. Wie so oft (s. dazu auch W. Abendroth, Forschungen über die Widerstandsbewegung in der Deutschen Bundesrepublik, Internationale Hefte der Widerstandsbewegung, Wien, I, Nov. 1959, S. 62ff.) ist es schwierig, die – doch nötige – Unterscheidungslinie zwischen „Verfolgung" und „Widerstand" innezuhalten. Auch sind ex-post-Zeugnisse wie Strassers „Hitler und ich" von 1948 und Stellungnahmen Beteiligter vom Ende der 50er Jahre wohl mit einiger Vorsicht zu behandeln. Aber der Kern der Ausführungen und Zeugnisse ist interessant und provozierend genug, um die Veröffentlichung sehr erwünscht zu machen. H. R.

Der Führungskern der späteren Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten bzw. der Gruppe Schwarze Front hat unzweifelhaft bis Ende Juni 1930, und zwar seit langen Jahren, der NSDAP angehört. Er hatte sich in ihr durch den Kampf-Verlag und die von ihm herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften eine eigene Position geschaffen, die er zu dem Zwecke nutzte, innerhalb dieser Partei eine entschieden sozialistische, insbesondere auf Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer und der anderen Unterschichten gerichtete politische Linie entsprechend den offiziellen Parolen der NSDAP durchzusetzen. Schon gelegentlich der Auseinandersetzung um den Volksentscheid über die Fürstenenteignung im Jahre 1926 war es dabei zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Dr. Otto Strasser und Hitler gekommen, weil Strasser und seine Freunde aus allgemeinen Gründen demokratischer und sozialistischer Haltung das Volksentscheid-Begehren der beiden sozialistischen Parteien unterstützten[1]. Die Gruppierung um Otto Strasser und den sogenannten Kampf-Verlag hat das Führer-Prinzip, das Hitler zu seinen Gunsten einführen wollte und vor allem jede Anlehnung an die Machtzentren der großen finanzkapitalistischen Gruppen ständig bekämpft. Sie nahm also das durchaus ernst und wollte es

[1] Vgl.: das hektographierte Rundschreiben Otto Strassers aus dem Jahre 1952 „Die Schwarze Front Otto Strassers, eine geschichtliche Betrachtung", S. 2 (im Besitz des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg/L.) und P. Bernhard Strasser OSB., Gregor und Otto Strasser, Rülsheim (Baden) 1954, S. 6.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zum Inhalt ihrer praktischen Politik und damit damals noch der Politik der NSDAP machen, was die Hitlersche Führung der NSDAP als bloße soziale Demagogie zu Manipulationszwecken jeweils zu verkünden unternahm[2]. Auch außenpolitisch unterschied sich die Haltung dieser Gruppe bereits vor dem formellen Bruch grundsätzlich von den Auffassungen Hitlers und Alfred Rosenbergs. Während die Parteiführung den Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag mit dem Ziel expansionistisch-imperialistischer Unternehmungen, insbesondere des östlichen Raumprogramms betrieb und dabei durch taktische Opportunität bestimmte Bündnisverhältnisse mit wem auch immer zu schließen bereit war, bekämpfte die Gruppe um Otto Strasser den Versailler Friedensvertrag mit dem Argument, daß er im Sieg der imperialistischen Mächte das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes verletzt habe. Deshalb war nach Otto Strassers und seiner Freunde Auffassung der Kampf gegen den Versailler Frieden im Bündnis mit allen anderen unterdrückten Völkern, auch den kolonial unterdrückten, völlig fremdrassischen Nationen und mit der Sowjetunion auf der grundsätzlichen Basis der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu führen[3]. Die Strasser-Gruppe stand dem Gedanken eines „Klassenkampfes der proletarischen und unterdrückten Nationen" gegen den Imperialismus nahe und stellte sich ihn gewiß nicht unbedingt friedlich vor. Die Zielvorstellung war aber keineswegs die Beherrschung anderer Völker durch ein imperialistisches Deutschland, sondern ein Staatenbund der „Vereinigten Staaten von Europa" auf der Basis grundsätzlicher Gleichheit sich selbst bestimmender Nationen mit einem alle deutschen Nationalitäten umfassenden deutschen Reich als Kern[4]. Auch zum Fragenkreis des Antisemitismus stimmten die Auffassungen des Strasser-Kreises mit der These des Führungskaders der NSDAP in keiner Weise überein: Zwar war unzweifelhaft auch der Strasser-Kreis antisemitisch; jedoch war er es in keineswegs gröberem Maße, als programmatischer Antisemitismus seit dem Tivoli-Programm der deutschen Konservativen zum beinahe selbstverständlichen Gedankengut der gesamten sogenannten „nationalen Rechten" gehört hat. Strasser hat sich bereits 1928 entschieden gegen den Radau-Antisemitismus der Gruppe um Julius Streicher und die unsinnige und verbrecherische Weltverschwörungs-Ideologie der Gruppe um Alfred Rosenberg gewandt[5]. Seine antisemitische Ideologie

[2] Zur Ablehnung des Führerprinzips und zur sozialistischen Grundhaltung der Strasser-Gruppe vgl. Otto Strasser, Hitler und ich, Buenos Aires 1940 bzw. Konstanz 1948, S. 122ff., und auch K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 2. Aufl., Stuttgart 1957, S. 123.

Vgl. ebenso das „Gutachten über Otto Strasser und die von ihm geleitete Schwarze Front" des Instituts für Zeitgeschichte in München aus dem Jahre 1956, S. 1/2.

[3] Vgl. in der Tatsachenfeststellung dazu das Gutachten über die Schwarze Front von Dürr-Munz (im Auftrag des Württembergisch-Badischen Justizministeriums, Abtlg. VI, AZ: 208/464), S. 12/13, das aus dieser Tatsachenfeststellung allerdings verfehlte Konsequenzen zieht.

[4] Vgl. Weigand von Miltenberg (Herbert Blanck), Adolf Hitler–Wilhelm III, Berlin 1931.

[5] Konrad Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus, Die Karriere einer Idee, Berlin 1932, S. 261.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

basierte auf verschwommen-romantischen Volksvorstellungen und setzte sich die Behandlung der Juden als nationale Minorität mit rechtlich gesichertem Minoritätsstatus zum Ziel. Infolgedessen wurde es möglich, daß ein herkunftsmäßig jüdischer radikal-liberalsozialistischer Rechtsphilosoph wie Dr. Kurt Hiller am 30. Januar 1938 eine gemeinsame politische Erklärung mit Dr. Otto Strasser gegen das Dritte Reich publizierte[6] und auch in späteren Erklärungen immer wieder betonte, daß nach seiner Meinung Otto Strasser ein grundsätzlicher (nicht nur taktischer) Gegner des Hitlerschen Nationalsozialismus gewesen sei[7].

Bei diesen tiefen ideologisch-politischen Gegensätzen zwischen dem Hitlerschen Nationalsozialismus und den Vorstellungen, die Dr. Otto Strasser und sein Kreis mit dem Worte Nationalsozialismus verbanden, konnte es nicht ausbleiben, daß es in der Periode der unmittelbaren Vorbereitung des Aufstiegs der NSDAP zur Macht zum organisatorischen Bruch kam[8]. Den Anlaß hat der Metallarbeiterstreik in Sachsen im Jahre 1930 geboten, währenddessen die Gruppe um Dr. Otto Strasser und den Kampf-Verlag – ihrer merkwürdigen und gewiß wenig logischen Mischung von national-revolutionären, jungkonservativen und sozialistischen Vorstellungen getreu – die Streikenden publizistisch unterstützte. Da Adolf Hitler und die Parteiführung der NSDAP damals bereits Verbindungen zur Industrie hatten und hofften, mit deren Hilfe das Erbe des Brüning-Regimes antreten zu können, nahm umgekehrt die NSDAP gegen den Streik Stellung. So forderte die Parteiführung von Strasser die Einstellung seiner publizistischen Kampagne. Hitler versuchte überdies, Strasser durch das Angebot einer Abfindung und eines Reichtagsmandats von seiner Politik abzulenken. Strasser kündigte darauf den Gehorsam und veröffentlichte am 4. Juli 1930 in allen Blättern des Kampf-Verlages eine Erklärung mit der Losung „Die Sozialisten verlassen die NSDAP"[9]. In dieser Erklärung wurde die NSDAP in aller Schärfe angegriffen, weil sie durch die Preisgabe des Arbeiterstandpunktes ihre Prinzipien nun auch für jedermann erkennbar verraten habe, und weil die „Treue zur Idee" über jeder möglichen Treue zu irgendeinem Führer oder irgendeinem Apparat stehe. Damit wurde Hitlers manipulierend-dezisionistische, prinzipienlose, nur auf Machterwerb gerichtete Führungsstellung grundsätzlich abgelehnt. Mit dieser Stellungnahme bekundete die spätere Schwarze Front eine entschieden antitotalitäre Haltung, die der realen Interessenpolarität in der Gesellschaft durch Repräsentation der Ansprüche der Unterschichten Ausdruck geben wollte, in erklärtem Gegensatz zum totalitären Charakter der Partei und der Führungsrolle Adolf Hit-

[6] Erneut abgedruckt in Kurt Hiller, Köpfe und Tröpfe, Hamburg 1950, S. 144ff.

[7] Vgl. Kurt Hiller, a. a. O., S. 141f. und S. 148ff. sowie dessen Schreiben an das Justizministerium von Baden-Württemberg vom 2. 7. 1953 (Durchschlag im Besitz des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg).

[8] Ebenso Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, a. a. O., S. 3ff., mit guter (leider jedoch nicht durch wissenschaftlichen Apparat belegter) Zusammenfassung der damaligen Ideologie der Strasser-Gruppe.

[9] Vgl. dazu das in Anm. 1 zitierte Rundschreiben Strassers, S. 2–5;
Otto Strasser, Hitler und ich, a. a. O., S. 122ff., sowie
K. D. Bracher, a. a. O., S. 123.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lers[10]. Das Ziel der durch die „Kampfgruppe revolutionärer Nationalsozialisten" und die spätere Schwarze-Front-Kombination vertretenen Politik blieb weiter die konsequente Verwirklichung konkreter Ziele, nicht eine nach allen Seiten ausgreifende Massendemagogie mit dem Ziel totaler, inhaltlich blinder Machtergreifung. Insbesondere die Polemik gegen Hitlers Verrat am Sozialismus wurde von der Schwarzen Front bis zum Ende des Dritten Reiches konsequent und ununterbrochen weitergeführt[11].

Es unterliegt dabei natürlich keinem Zweifel, daß der politische Vorstellungskreis der Schwarzen Front, die bald auch die Gruppe um Major Buchrucker und Reste des Stennes-Kreises an sich zu ziehen wußte, ohne jedoch jemals Einfluß auf breitere Volksschichten zu erlangen, mit den liberal-rechtsstaatlichen und formal-demokratischen Methoden, wie sie der Weimarer Verfassung entsprachen, nicht vereinbar gewesen ist. Aber es läßt sich durchaus fragen, ob sie im Jahre 1930 und mit dem Regime der Präsidialkabinette noch ein gültiger Maßstab war[12]. Die „deutsche Revolution", die die Schwarze Front zu erstreben versprach, war jedenfalls in deren Augen ein organischer Prozeß, der mit dem ersten Weltkrieg begonnen hatte, auf den nun jedes politische und soziale Ereignis bezogen werden sollte. Als Hauptfeind erschien Strassers Gruppierung unzweifelhaft von nun an die NSDAP als die Partei der totalitären Kombination der Führer-Ambitionen Adolf Hitlers mit den restaurativen und reaktionären Bestrebungen des deutschen Großkapitals[13]. Die Schwarze Front bekämpfte zwar konsequent die Politik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher. Ihr gewichtigstes Anliegen war es jedoch, die Errichtung einer Diktatur Adolf Hitlers, die im Bündnis mit dem deutschen Großkapital stehen würde, zu verhindern. Die Schwarze Front versuchte deshalb immer wieder, zunächst alle kleineren nationalistischen Gruppen und politisch aktiven Gruppen der freien Jugendbewegung, dann aber auch weit darüber hinaus alle sozialistischen und demokratischen Kreise zu einer Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus Adolf Hitlers zu sammeln. So gelangte sie im Herbst 1932 auf der durch sie einberufenen Leuchtenburg-Tagung zu der Losung, zur Rettung Deutschlands in der Krise ein „Revolutionskabinett" zu fordern, in dem der Reichsbannerführer Höltermann, der frühere sozialdemokratische Innenminister Severing, der sich zur KPD bekennende frühere Reichswehrleutnant Scheringer und Gregor Strasser sitzen sollten[14]. Sie trat gegenüber der unklaren damaligen Stellungnahme der NSDAP und den hintergründigen Vorstellungen in den Präsidialkabinetten energisch für die Aufrechterhaltung der republikanischen Staatsform ein [15]. Sie lehnte entschieden jede Parteidiktatur ab und

[10] Vgl. ebenso K. D. Bracher, a. a. O., S. 127 und 171.

[11] Vgl. ebenso K. D. Bracher, a. a. O., S. 163 und 668.

[12] So auch Arthur Rosenberg, Entstehung und Untergang der Weimarer Republik, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1955, S. 479.

[13] Vgl. Otto Strasser, Aufbau des deutschen Sozialismus, Leipzig 1930, und Wir suchen Deutschland, ein freier Disput zwischen Gerhard Schultz-Pfaelzer, Otto Strasser, Major Buchrucker, Herbert Lang, Leipzig-Zürich 1931, S. 13ff., 26ff., 122ff., 137ff., 181ff.

[14] „Schwarze Front", 7. Jg. Nr. 36, vom 23. 10. 1932, S. 2.

[15] Ebenda, S. 1.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

forderte eine Einheitsfront, um sie zu verhindern[16]. Sie bekämpfte durch Flugblattaktionen den kleinen Bürgerkrieg, den sich die paramilitärischen Verbände der großen politischen Parteien – SA, Stahlhelm, Reichsbanner, Antifaschistische Aktion – gegeneinander lieferten, um die Massen der arbeitenden Bevölkerung zu friedlichem Zusammenwirken zu erziehen[17]. Der Sonderbeauftragte des Reiches zur Bekämpfung des Nationalsozialismus im Reichsinnenministerium, Dr. Carl Spieker (der spätere Staatsminister der Zentrumspartei im Kabinett des Landes Nordrhein-Westfalen) hat deshalb mit Otto Strasser in der Bekämpfung der NSDAP bewußt und auch mit den Mitteln finanzieller Förderung zusammengewirkt[18]. Der damalige preußische Finanzminister Otto Klepper hat zum Zwecke der Bekämpfung des Nationalsozialismus über Dr. Spieker der Schwarzen Front preußische Staatsmittel zur Verfügung gestellt[19]. Sie bot im Sommer 1932, als sie Nachrichten über den beabsichtigten Staatsstreich des Reichskanzlers von Papen in Preußen erhielt, den Führern des Reichsbanners und der preußischen Regierung ihre Hilfe gegenüber den Staatsstreichplänen der Reichsregierung an[20]. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die Schwarze Front nach der Machtergreifung schon am 4. Februar 1933 – also sehr lange vor der Illegalisierung der anderen nicht nationalsozialistischen politischen Organisationen – verboten worden ist[21].

Nach ihrer Illegalisierung – auf die sie sich konspirativ vorbereitet hatte[22] – führte die Schwarze Front den Kampf gegen den siegreichen Nationalsozialismus Adolf Hitlers mit aller Energie fort. Sie versuchte zunächst, eine politische Kombination einer Reihe von ständisch denkenden, aber antinationalsozialistischen kleineren Gruppierungen einzuleiten, an deren vorbereitender Besprechung in Berlin Arthur Mahraun, der Führer des Jungdeutschen Ordens, Ernst Niekisch, der Führer der „Widerstand"-Gruppe, und Dr. Helmut Mylius, der Herausgeber einer politischen und wirtschaftspolitischen mittelständischen Wochenschrift „Die Parole" in Frankfurt/Main teilgenommen haben[23]. Diese Bestrebungen führten nur insofern zum Erfolg, als eine ständige Zusammenarbeit mit dem sogenannten Hardenberg-Stein-Kreis in Berlin erzielt wurde, in dem neben ausgesprochen konservativen Kräften auch frühere Anhänger der Staatspartei mitgewirkt haben, wie Reichsminister a. D. Hermann Dietrich in einem Schreiben vom 24. 2. 1947 an den Gesandten a. D.

---

[16] „Schwarze Front", 7. Jg. Nr. 23 vom 24. 7. 1932, S. 1.

[17] Ein wahrscheinlich Ende 1931 bzw. Anfang 1932 verbreitetes Flugblatt dieser Art befindet sich in Photokopie im Archiv des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg.

[18] Dazu sein Schreiben vom 31. 8. 1953 in Abschrift daselbst.

[19] Dazu Schreiben an Staatsminister Dr. Franz Meyers vom 12. Juli 1954 (in Abschrift daselbst).

[20] Dazu Abschrift einer eidesstattlichen Erklärung des Oberstleutnants a. D. Buchrucker (daselbst). Vgl. dazu auch das Schreiben von Herrn Buchrucker an das Marburger Institut für wissenschaftliche Politik vom 24. 10. 1958.

[21] Vgl. Gutachten Dürr-Munz, a. a. O., S. 7.

[22] Vgl. Otto Strasser, Hitler und ich, Konstanz 1948, S. 178f.

[23] Schreiben von Dr. Helmuth Mylius (jetzt Stuttgart) an das Marburger Institut vom 15. 11. 1958.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eisenloher in Badenweiler ausdrücklich bestätigt hat[24]. Nach anfänglicher Tätigkeit in Deutschland ging Dr. Otto Strasser zwecks Organisierung des weiteren illegalen Kampfes in Deutschland bereits im Frühjahr 1933 ins Ausland, zunächst nach Wien[25]. Die Schwarze Front führte in dieser Periode ihre Propaganda noch immer im Zeichen der früheren Ideologie der „deutschen Revolution" mit der Parole, die Hitler-Diktatur entspreche der Phase der Gironde, während der Sieg der revolutionären Nationalsozialisten den jakobinischen Höhepunkt der deutschen Revolution einleiten werde[26]. Diese Propaganda, die sichtlich auf die Ausnutzung der stimmungsmäßigen Gegensätze zwischen SA und Unterschichten einerseits und Führung der NSDAP und Oberschichten andererseits gerichtet war, schlug dann nach den Röhm-Auseinandersetzungen unter der Parole „Sozialistische Revolution oder faschistischer Krieg" in die Bekämpfung des kommenden imperialistischen Vorstoßes Adolf Hitlers um[27]. Die Strasser-Gruppe versuchte nunmehr mit allen Mitteln eine möglichst weitgehende Zusammenarbeit aller gegen Hitler tätigen illegalen Gruppen zwecks Mobilisierung des Auslandes gegen die ihm vom Dritten Reich drohenden Gefahren herbeizuführen[28]. Sie war die einzige illegale Gruppe, die vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges vorübergehend in der Lage war, Schwarzsender im Ausland gegen das Dritte Reich zu organisieren. Dieser Versuch endete mit der Ermordung des technischen Leiters dieses Senders, des Ingenieurs Formis, durch nationalsozialistische Agenten[29]. Bereits in dieser Zeit war Dr. Otto Strasser nach dem Urteil des sudetendeutschen sozialdemokratischen Führers Wenzel Jaksch „der temperamentvollste Befürworter einer europäischen Widerstandsfront gegen Hitlers Kriegspläne"[30]. Die energische Widerstandstätigkeit der Strasser-Gruppe veranlaßte die Gestapo zu der Behauptung, daß die mißglückten Attentate auf Hitler, die 1936 der jüdische Student Helmut Hirsch und 1938 zwei Männer namens Döpking und Kremin unternommen haben, von Otto Strasser dirigiert worden seien. Das gleiche wurde von dem Attentat am 8. November 1939 im Münchener Bürgerbräukeller, das

---

[24] Abschrift im Archiv daselbst.

[25] Vgl. die Feststellung der Gestapo in der Anklageschrift des Oberreichsanwalts (Zweigstelle Berlin) 776/35 vom 18. 2. 1935 gegen Heinz Bülow, S. 8 (Abschrift daselbst).

[26] Vgl. Anklageschrift Bülow a. a. O., S. 10ff., mit eingehenden Zitaten aus den Propagandaschriften der Schwarzen Front.

[27] A. a. O., S. 19ff.

[28] Ein Bericht des Kölner Stadtverordneten Wilhelm Pertz (SPD), der als SAP-Mitglied der von dem früheren Vorsitzenden des Deutschen Freidenker-Verbandes Max Sievers geleiteten Widerstandsgruppe angehörte, über eine gemeinsame Besprechung von Otto Strasser, Max Sievers, Sollmann und einem kommunistischen Funktionär mit ihm in Luxemburg im August oder September 1934 befindet sich abschriftlich im Besitz des Marburger Instituts für wissenschaftliche Politik.

[29] Vgl. dazu Wenzel Jaksch, Europas Weg nach Potsdam, Stuttgart 1958, S. 268 und 485, Anm. 77.

[30] Ebenda, S. 317 und 492, Anm. 65; vgl. dazu auch Otto Strasser, Europäische Föderation, Zürich 1935.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch Elser angeblich durchgeführt wurde, behauptet[31]. Besonders bemerkenswert für die Haltung dieser Gruppe in dieser Zeit ist, daß Dr. Otto Strasser nach dem Nürnberger Parteitag der NSDAP 1935 in einem Aufsatz „Genug! Ein Wort zur Judenfrage" in schärfster Weise gegen die Nürnberger Gesetze protestierte und für die Gleichberechtigung des jüdischen Volkes und auch der individuellen einzelnen Juden eintrat[32]. Jeder einzelne Jude müsse das Recht haben, selbst zu entscheiden, ob er zum Staatsvolk gehören oder den Status einer rechtlich geschützten nationalen Minderheit, des jüdischen Volkes als solchem, annehmen wolle. Die Schwarze Front bekämpfte besonders energisch die Kriegsvorbereitungen des Dritten Reiches und ihrer Machthaber. Am Vorabend der Sudetenkrise, im August 1938, unterrichtete Dr. Otto Strasser Präsident Benesch durch dessen Freund Dr. Hubert Ripka eingehend über die Gedanken und Pläne der deutschen Militär-Opposition gegen Hitler, um die Kapitulation der Westmächte vor Hitler zu verhindern[33]. Die ideologisch-politische Grundlage des Widerstandskampfes seiner Gruppe in dieser Periode ergibt sich aus seiner gemeinsamen öffentlichen Erklärung mit Dr. Kurt Hiller vom 30. Januar 1938. Darin wird die konsequente Ablehnung jeder Form der totalitären Parteidiktatur, des „zoologischen" Rassismus, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der imperialistischen Außenpolitik, die Bejahung der Humanität, der Freiheit der Religionsgesellschaften wie der Bekenntnisfreiheit für Areligiöse, des Friedens, des Rechtsgedankens, einer Europäischen Föderation und des Sozialismus gefordert[34]. Auch dies Programm enthält zwar zweifellos sowohl irreal-romantische als auch undemokratische Teile. Es ist aber eindeutig gegen den Nationalsozialismus im Sinne der NSDAP und des Dritten Reiches und gegen jeden Totalitarismus gerichtet. Es ist deshalb nicht zufällig, daß der Polizei- und Justizapparat des Dritten Reiches die Anhänger der Schwarzen Front besonders heftig verfolgt hat[35].

---

[31] Gutachten Dürr-Munz, a. a. O., S. 8.

[32] „Die Deutsche Revolution", 10. Jg. Nr. 17, 2. Septembernummer 1935, S. 1 (eine Photokopie befindet sich im Besitz des Marburger Instituts).

[33] „Der Sozialdemokrat" (London) vom 15. 1. 1946 und Wenzel Jaksch, a. a. O., S. 317 und 492, Anm. 65.

[34] Kurt Hiller, a. a. O., S. 144ff., bringt diese Erklärung in vollem Wortlaut.

[35] Vgl. z. B. den Fall der 1938 zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilten, 1945 im KZ Ravensbrück ums Leben gekommenen Frau Hedwig von Arnim (Nachweise darüber in den Akten des Marburger Instituts).

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ALFRED SPÄTH

ZUM ANDENKEN AN NIKOLAUS GRAF VON ÜXKÜLL

Vorbemerkung:

Aus dem militärischen Leben des als Mitwisser des Anschlags vom 20. Juli 1944 hingerichteten Grafen Üxküll wird uns der hier folgende Zeugenbericht zur Verfügung gestellt, der zugleich auch sachlich von hohem Interesse ist. Für biographische Angaben vergleiche auch Eduard Zeller, „Geist der Freiheit", 2. Auflage, S. 374ff., und Annedore Leber, „Das Gewissen entscheidet", S. 256ff. (mit höchst eindrucksvollem Bild).

H. R.

Februar 1942, südöstlich Leningrad, im Wolchowgebiet. – Das I. A.K. erwehrt sich seit Monaten verzweifelt und unter erheblichen Verlusten der Angriffe der Russen, die ständig neue Verbände heranführen und ins Feuer werfen. Ende Januar haben wir hier die tiefste Temperatur dieses Winters mit –52° C gemessen.

Zuerst hat es für das I. A.K. – grob gezeichnet – nur eine Abwehrfront gegen Osten und Nordosten gegeben. Mitte Januar aber brechen die Russen auf einer „Naht" zwischen zwei deutschen Divisionen durch. In schweren Kämpfen erweitern vorwiegend sibirische Verbände diese Lücke beträchtlich. Seitdem dringen durch diese Frontlücke feindliche Regimenter und Divisionen unaufhaltsam in die Sumpfwaldungen westlich der Rollbahn Tschudowo-Nowgorod, also in den deutschen Rücken, vor. Bis Mitte Februar ist Generallt. Wlassow mit seiner 2. russischen „Stoßarmee" westlich der deutschen Linien aufmarschiert. Die Verbände des I. A.K. verteidigen sich „rundum", und nur noch ein schmaler Streifen, Straße und Bahnlinie Tschudowo–Ljuban–Tossno, kann als Verbindungs- und Versorgungsweg nach Nordwesten offengehalten werden.

Im Mittelpunkt dieses nahezu geschlossenen Kessels liegt Tschudowo mit mehreren Führungsstäben und zahlreichen Versorgungsstellen der in der Linie des I. A.K. eingesetzten Truppen. Die Russen versuchen nun begreiflicherweise, dieses Versorgungszentrum Tschudowo auf dem Wege über lokale Frontdurchbrüche oder mit „durchgesickerten" Sturmtruppen zu erreichen und auszuheben. – In Tschudowo selbst liegen wohl 7000 deutsche Soldaten aller Dienstgrade und Waffengattungen. Diese sind jedoch verteilt auf die vielen Dienststellen, Stäbe und Versorgungseinheiten. Sie sind ohne einheitliche Führung und deshalb als Verteidigungstruppe wertlos. Da schickt das I. A.K. den Oberstlt. Graf Üxküll nach Tschudowo mit dem Auftrag, die dort liegenden deutschen Soldaten – ohne diese in der Ausübung ihrer eigentlichen Aufgaben zu behindern – zu erfassen, in „Kampfeinheiten" zu ordnen, Tschudowo zu befestigen, mit den erfaßten Kräften zu sichern und gegebenenfalls zu verteidigen.

Am 28. Februar werde ich dem „Festungskommandanten", Oberstlt. Graf Üxküll, als Adjutant zugeteilt. Ich melde mich sofort bei ihm. Üxküll – hochgewachsen, schlank, schmales Gesicht mit kurzgeschnittenem Schnurrbart – sieht

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

man seine 65 Jahre nicht an. Mit langen Schritten, leicht vornübergebeugt, kommt er auf mich zu. Freundlich, wenn auch militärisch kurz, ist die Begrüßung.

Ich beabsichtige hier nicht, das Wirken Üxküllls als „Festungskommandant von Tschudowo" zu schildern. Nur das Persönlichkeitsbild dieses untadeligen, in jeder Beziehung vorbildlichen Offiziers soll hier seinen Ausdruck finden. Wer damals mit in Tschudowo war, wird sich seiner erinnern, wie er unermüdlich – einerseits bestimmt und kompromißlos, andererseits mit viel Takt und Umsicht – die ihm gestellte, keineswegs leichte Aufgabe zu erfüllen suchte.

Sein taktisches Können wird überstrahlt durch die ihm eigene Fähigkeit der Menschenbehandlung und -führung. Meldet sich ein älterer Soldat, gleichgültig welcher Rangstufe, auf seinem Befehlsstand, steht Üxküll zur Begrüßung auf: „Der ist ja in seinem zivilen Leben auch schon etwas gewesen; zum mindesten ist er Familienvater." – In jedem, der ihm begegnet, sucht und sieht er in erster Linie den Mitmenschen. Besonders schmerzlich berührt ihn das Elend der 15 000 russischen Zivilisten, Frauen und Kinder, die hier mit eingeschlossen sind, und um die sich bei der verzwickten militärischen Lage weder russische noch deutsche Dienststellen kümmern können. Zu Ehren der deutschen Frontsoldaten sei gesagt, daß viele derselben von ihrem Wenigen abgeben, weil sie den Anblick der Hungernden nicht ertragen können. Mindestens Kinder betteln nie vergebens. – Üxküll ist auch hier Vorbild. Er teilt regelmäßig seine kärgliche Ration mit einem von denen, die vor der Hütte schon auf ihren Anteil warten. Einmal, als er selbst nichts mehr hat, gibt er einer erbärmlich aussehenden alten Frau seine Dose Schokolade, in der damaligen Lage eine Kostbarkeit, die er als Verpflegungszulage erhalten und für ein Päckchen an seine Angehörigen aufbewahrt hat. Das allerdings macht ihm niemand nach.

Im Dienst verlangt er das Äußerste – von sich selbst und dann erst von seinen Soldaten. Tag und Nacht ist er unterwegs, bei Alarmeinheiten oder draußen bei den Sicherungsposten – um Sprit zu sparen, fast immer zu Fuß. Um so unverständlicher ist ihm die Meldung einer zugeteilten Panzerbesatzung über Spritmangel – in dem Augenblick, da ihr Vehikel eingesetzt werden soll. Erst nach dem Fiasko stellt sich die Ursache dieser Panne heraus. Trotz Bomben und Granaten finden hier immer noch in einem alten Schuppen die Vorstellungen eines Soldatenkinos statt. Die forschen Panzerleute sind nun in ihrer jugendlichen Unbekümmertheit so vornehm gewesen, immer dann, wenn die Luft rein war, die halbe Besatzung der Befehlsstelle im Panzer zum Kino zu fahren. Auf diese Weise hat der kärglich zugemessene Sprit eine wenig kriegerische Verwendung gefunden. – Das hat der alte Soldat Üxküll nicht erwartet. Seine Kiefermuskeln zucken, als ihm die ebenso schuldbewußt wie betont schneidig angetretenen Missetäter gemeldet werden. Jeder weiß, was sich aus dieser Geschichte drehen ließe! Jeder ist auf einiges gefaßt. – Üxküll schweigt lange Zeit. Dann dreht er sich plötzlich um und geht in seinen Bunker. „Lassen Sie's auf sich beruhen; sie werden's nicht mehr tun!" – „Unglaublich", murmelt er noch einmal vor sich hin; aber da irrt schon etwas wie ein Lächeln über seine Züge. – Sie haben's auch nie wieder getan. Das ist die erste

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und die letzte Disziplinwidrigkeit auf Üxküllls Befehlsstelle in Tschudowo gewesen.

Manchmal erscheint die Lage in diesem Kessel besonders hoffnungslos, und manchem entschlüpft die bange Frage: werden wir hier noch einmal herauskommen? – Wiederholt äußert der Graf unter vier Augen: Hier kommen wir noch einmal heraus; aber, was schlimmer ist, wir werden diesen Krieg verlieren, und das deutsche Volk wird es büßen müssen. – Hitler ist wahnsinnig geworden! – Aber was sollen wir tun ?– Zunächst bleibt uns nur die Aufgabe, Deutschland vor diesem Ansturm zu schützen, und auch das dürfte uns auf die Dauer nicht gelingen! –

Üxküll behielt – zunächst einmal für den ersten Teil seiner Voraussage – recht. Im Frühjahr 1942 änderte sich die militärische Lage am Wolchow. Das I. A.K blieb wohl von den Russen nahezu eingeschlossen; – aber um Wlassows Stoßarmee auf der Westseite des Wolchow legte sich ein weiterer Einschließungsring frisch herangeführter deutscher Truppen. – Am 28. Juni 1942 ist der russische Kessel ausgeräumt. Üxküll ist bereits vorher zur Übernahme einer neuen Aufgabe abberufen worden. Er wird bald darauf Kommandeur der neu aufgestellten aserbeidschanischen Legion (162. Turk. I.D.), und – verabredungsgemäß – fordert er mich beim Heerespersonalamt für den Posten des I c in seinem Stabe an.

Mitte Januar 1943 setzte ich mich vom Raume Leningrad aus nach Priluki in der Ukraine in Marsch. Ich war – quer zu den von Westen nach Osten führenden Hauptverbindungslinien – nahezu 14 Tage lang unterwegs. Dabei erfuhr ich an Eisenbahnzügen und auf Übernachtungsstellen von den gerade stattfindenden Massenerschießungen angeblich kommunistischer Zivilpersonen samt Angehörigen, Frauen und Kindern durch die einheimischen – also gleichfalls russischen – „Hilfspolizei"-Verbände. Die darüber berichtenden deutschen Offiziere standen dem Geschehen fassungslos und – wie sie erklärten – machtlos gegenüber. Die Aktionen geschähen mit Wissen und Duldung der hinter der Front allein zuständigen deutschen „Sicherheitspolizei", obwohl Deutsche selbst sich an diesen Erschießungen aktiv nicht beteiligten. Unter dem Eindruck des Gehörten traf ich schließlich – ich glaube, es war am 1. Februar 1943 – in Priluki ein. Ich meldete mich bei Üxküll, und er war es, der sofort nach der Begrüßung auf diese Vorkommnisse zu sprechen kam. Nach seinem hier folgenden Bericht konnten diese Aktionen im Bereiche der ihm unterstellten Truppen – in und um Priluki – keineswegs so ungestört wie in anderen Gebieten verlaufen.

Nachdem Üxküll von der ersten Erschießungswelle in seinem Bereich erfahren hatte, protestierte er sofort persönlich bei dem zuständigen Offizier der „Deutschen Sicherheitspolizei". Dieser letztere war sehr zurückhaltend und berief sich auf einen „höchsten Befehl". Die Intervention Üxküllls lehnte er ab. – Als weitere Zivilpersonen verhaftet wurden, ließ Üxküll das Gefängnis, in dem die Verhafteten jeweils bis zur Erschießung verbleiben mußten, durch einen bewaffneten Zug aserbeidschanischer Infanterie unter dem Kommando eines deutschen Leutnants überraschend besetzen. Der deutsche Offizier erhielt durch Üxküll persönlich den Befehl, die Mißhandlung, Tötung oder zwangsweise Wegführung der Insassen

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dieses Gefängnisses unter allen Umständen – notfalls mit Waffengewalt – zu verhindern. Die Frage des Offiziers, ob der Befehl auch gegenüber Angehörigen deutscher Dienststellen uneingeschränkt Geltung habe, wurde von Üxküll ausdrücklich bejaht. Auf die Bitte des verantwortlichen Leutnants bestätigte Üxküll schließlich diesen Befehl schriftlich. Er informierte auch entsprechend den zuständigen Offizier der „Deutschen Sicherheitspolizei". Als Grund für sein Einschreiten führte Üxküll diesem gegenüber an, er könne in dem ihm für seine Truppen zugewiesenen Bereich nur auf diese Art die Ordnung aufrechterhalten. Die fortlaufenden Erschießungen russischer Zivilpersonen gefährdeten die Sicherheit der ihm unterstellten Truppen.

Nunmehr versprach der Offizier der „Deutschen Sicherheitspolizei", die Erschießungen vorläufig zu verbieten, an seine vorgesetzte Dienststelle darüber zu berichten und weitere Weisungen abzuwarten. Daraufhin zog Üxküll den Infanteriezug vom Gefängnis zurück, und in der folgenden Nacht wurden die Gefängnisinsassen weggeführt und erschossen. Die „Deutsche Sicherheitspolizei" erklärte, die „Ukrainische Hilfspolizei" habe dieses Mal aus eigener Initiative gehandelt, nachdem die Verhafteten „gemeutert" hätten – Üxküll ließ das Gefängnis daraufhin erneut besetzen.

So lautete – kurz gefaßt – der Bericht, den mir Üxküll gleich nach meinem Eintreffen in Priluki mitteilte, und den ich hier aus dem Gedächtnis wiedergebe.

Bis zum Abzug der gesamten Division, der kurze Zeit später nach einem deutschen Truppenübungsplatz erfolgte, gab es im Bereich der aserbeidschanischen Legion in und um Priluki daraufhin keine Erschießungen mehr. Eine russische Stenotypistin aus Priluki, die im Legionsstab beschäftigt war, und die – wie der Abwehroffizier der Legion rechtzeitig erfahren konnte – nach unserem Abzug gleichfalls erschossen werden sollte, wurde mit ihrem Einverständnis kurz vor Abfahrt eines Transportzuges in diesen aufgenommen und mit nach Deutschland gebracht. Auch diese Maßnahme war durch Üxküll persönlich veranlaßt worden.

Der damals in Mirgorod stationierte Kommandeur der 162. Turk. I.D., also der direkte Vorgesetzte Üxküllls, war Generalmajor Ritter von Niedermayer, bekannt durch seinen abenteuerlichen Zug durch Persien im 1. Weltkrieg. Niedermayer stand bei der geschilderten Affaire eindeutig auf der Seite Üxküllls. Er hat damals jedenfalls nichts unternommen, das Üxküllls Maßnahmen hätte verhindern oder auch nur abschwächen können.

Üxküll schied im Laufe des Sommers 1943 auf dem Truppenübungsplatz Neuhammer-Strans als Oberst aus dem aktiven Heeresdienst aus. Kurz zuvor kam er noch einmal auf die Affaire in Priluki zu sprechen. Üxküll zeigte mir seine darüber handschriftlich verfaßten Aufzeichnungen, die in einen blauen Aktendeckel geheftet waren. Dabei meinte er: Ob da wohl noch etwas nachkommt?! – Bis heute bin ich in dieser Sache unbehelligt geblieben. – „Wenn ich dafür einmal meinen Kopf geben müßte, wäre ich für eine gute Sache gefallen." – Diesen letzten Satz konnte ich wörtlich in meinem Gedächtnis behalten.

Ich habe dann Üxküll in meinem Leben nicht mehr gesehen. Die Division ging

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im September mit Niedermayer an die Front in Italien. Im Sommer 1944 mußte Niedermayer die Division abgeben. Er wurde bald darauf wegen angeblicher „Zersetzung der Wehrkraft" festgenommen und beim Reichskriegsgericht in Torgau inhaftiert. M. W. haben ihn dort später die Russen gefangengesetzt und in das Moskauer Staatsgefängnis verschleppt.

Erst im Jahre 1948, in einem Kriegsgefangenenlager in England, erfuhr ich, daß Oberst Graf von Üxküll, Nikolaus – als „Mitwisser des Anschlags am 20. 7. 44" – am 14. 9. 44 in Plötzensee „hingerichtet" worden ist.

Als ich mich später bei den Angehörigen des Grafen nach dem Verbleib der schriftlichen Aufzeichnungen über die Affaire in Priluki erkundigte, teilte mir der in Salzburg lebende Sohn Alexander u. a. folgendes mit: „Ich glaube im übrigen kaum, daß die Aufzeichnungen meines Vaters der Vernichtung entgangen sind.–" „Ich kann mich erinnern, daß mein Vater einmal davon sprach; aber er hat nie viel Aufhebens von diesen Dingen gemacht, weder unter seinen intimsten Freunden im Widerstand noch in der Familie. Man weiß daher sehr wenig über seine Rolle. Soweit ich mich erinnere, ließ mein Vater in Priluki die Unterkünfte umstellen und schützte dadurch die in den Unterkünften Gefährdeten vor dem Abtransport und der späteren Hinrichtung."

Die Tochter des Grafen, Frau Olga von Saucken, teilte mir mit: „Bestattet sind die Opfer alle nicht worden. Wir haben meinem Vater auf dem Friedhof in Lautlingen, Kreis Balingen (Wttbg.), in der Nähe des Grabes meiner Mutter, eine Gedenktafel errichtet. Daneben ist auch eine Gedenkstätte für seine beiden Neffen Claus und Berthold Stauffenberg."

Graf Üxküll hat den in jener Zeit bestimmt sehr seltenen Mut aufgebracht, in seinem Befehlsbereich dem Hinmorden hilfloser und unschuldiger Menschen offen, furchtlos und ohne jede Rücksicht auf die eigene Person entgegenzutreten. Das Vorbild, das dieser Mann gegeben hat, sollte und dürfte nicht übersehen oder vergessen werden.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

EINE ETAPPE AUF HITLERS WEG ZUR UNGETEILTEN MACHT

Hugenbergs Rücktritt als Reichsminister

Vorbemerkung

Einen Parteiführer, zumal einen von Hitlers Art und Anspruch, mit Regierungsgewalt unabhängig vom Reichstag auszustatten, hatte Hindenburg mehrmals ausdrücklich abgelehnt. Als er Hitler das Kanzleramt dann doch ohne vorherige Schaffung einer parlamentarischen Mehrheit übertrug, weil ihm jeder andere Ausweg von dieser oder jener Seite als ungangbar hingestellt worden war, tat er es in dem Glauben, ihn so fest „eingerahmt" zu haben, daß er über die staatlichen Machtmittel nicht eigenwillig verfügen könne. Natürlich entging diese Absicht auch dem Betroffenen nicht; da er aber den Widerstand des Staatsoberhaupts gegen eine Parteidiktatur hinreichend kennengelernt hatte, nahm er die Beschränkung seiner Macht einstweilen in Kauf. Sie nachträglich zu beseitigen, wurde eines der Ziele, die den ersten Abschnitt des Dritten Reichs kennzeichnen.

Zwei der bestehenden Hindernisse ließen sich leichter überwinden, als irgend jemand erwarten konnte: die Reichswehr und der Reichspräsident selbst. Der Versuch Hugenbergs, dem Reichswehrminister v. Blomberg, der sich als überraschend hitlerfreundlich erwiesen hatte, den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Schmidt-Hannover als Wächter an die Seite zu setzen, war schnell gescheitert[1]. Und Hindenburg selbst überwand erstaunlich bald seine bisherige Abneigung gegen Hitlers Person. Beide Stellen betrachteten seine Kanzlerschaft durchaus nicht, wie Fernerstehende vielfach annahmen, als Übergangslösung, in der sich die NSDAP abnutzen sollte, sondern erhofften von ihr tatsächlich die Behebung der innenpolitischen Wirren und Nöte, bei der man Kinderkrankheiten nicht allzu ernst nehmen dürfe. Angesichts dieses persönlichen Erfolgs bei Hindenburg war es schon ein Gewinn für Hitler, daß durch die Notverordnungen vom 4. und vom 28. Februar einschneidende Befugnisse dem Reichspräsidenten selbst zufallen sollten, den nicht das Reichskabinett, sondern er persönlich beriet. Auch die bei Vorträgen des Reichskanzlers vorgesehene jedesmalige Mitwirkung des Vizekanzlers v. Papen fiel schon Ende April weg[2]. Die weitere Beschränkung, die man sich von der Verbundenheit Hindenburgs mit dem an der Regierung beteiligten „Stahlhelm" erhofft hatte, verlor immer mehr an Bedeutung, weil Seldte sich unter dem zunehmenden Druck im März und April von den Partnern der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" trennte und die Gegner Hitlers aus der Stahlhelmführung entfernte.

[1] Otto Schmidt-Hannover, Umdenken oder Anarchie. Männer, Schicksale, Lehren. Göttingen 1959, S. 346.

[2] Franz v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 309. Vgl. auch Otto Meißner, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler, Hamburg 1950, S. 322f., und Otto Dietrich, 12 Jahre mit Hitler, München 1955, S. 41.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als wirksames Gegengewicht gegen Hitlers Anspruch auf die ungeteilte Macht konnte aber im Kabinett des 30. Januar immer noch Hugenberg gelten. Seit dem Zerwürfnis in Harzburg hatte Hitler mehrfach erlebt, daß dieser genaue Rechner eifersüchtig über jedes Stückchen Einfluß wachte und durch treuherzige Reden und Gesten nicht zu beruhigen war. Er hatte ihn bei der Reichspräsidentenwahl mindestens nicht unterstützt, und während der Kanzlerschaft Papens war es zu einem scharfen Gegensatz zwischen den bisherigen Partnern der Nationalen Opposition gekommen. In das Kabinett des 30. Januar war Hugenberg erst nach langem Widerstreben eingetreten[3] und hatte von der ersten Stunde an aus seinem Mißtrauen kein Hehl gemacht. Er verfügte über eine in den Jahren der Nationalen Opposition in seinem Sinne gesiebte, aber auch in der Gegnerschaft zum Nationalsozialismus zuverlässig scheinende Anhängerschaft im Land, über eigene, wenn auch begrenzte Geldquellen und über wirksame Mittel zur Stimmungsbildung. Hierin war ihm die NSDAP freilich weit überlegen. Die stärkste Waffe jedoch, über die Hugenberg verfügte, war der besondere Charakter, den die Reichsregierung durch seinen Eintritt erlangt hatte: solange er als Führer einer Partei an ihr teilnahm, war sie eine Koalitionsregierung, beruhend auf einem Bündnis selbständiger Parteien. Für deren Beziehungen gab es schwer zu durchbrechende Gewohnheitsregeln; und wenn auch die beiden Partner – Hugenberg im Grunde noch stärker als Hitler – bisher das System des Parlamentarismus scharf bekämpft hatten, so unterschied doch die Rolle als Koalitionspartner den deutschnationalen Parteiführer von allen übrigen nichtnationalsozialistischen Kabinettsmitgliedern. Diese waren namhafte Einzelpersonen, die der Reichsregierung teils als Vertrauensleute des Reichspräsidenten, teils als zuverlässige Fachkräfte, teils als Zeichen der „nationalen Sammlung" eingefügt worden waren. Für sie konnte man aus Hitlers feierlichem Versprechen, sich nie von seinen „Mitarbeitern" zu trennen, vielleicht sogar umgekehrt eine Anstandspflicht herleiten, ihn nicht zu enttäuschen oder im Stich zu lassen. Hugenbergs Eintritt konnte man dagegen ganz im Stil früherer Regierungsbildungen im Sinne des Grundsatzes „do ut des" auffassen: er erhielt die Wirtschaftsministerien im Reich und in Preußen und brachte dafür 51 Reichstagsmandate mit, die eine parlamentarische Mehrheitsbildung überhaupt erst in Reichweite rückten, sei es durch Zuziehung des Zentrums, sei es durch Ausschaltung der Kommunisten. Nach den Grundsätzen des parlamentarischen Regierungssystems war Hugenberg der einzige wirkliche Verhandlungspartner Hitlers gewesen; so wenig er bisher die Teilnahme an einer Koalitionsregierung erstrebt hatte und so sehr er für eine autoritäre Regierung eingetreten war, bei einer nachträglichen Einschränkung seines Machtbereichs konnte er nunmehr sich auf die Koalitionsbedingungen berufen und mit seinem Austritt drohen.

Um diesen lästigen Teilhaber an der Regierungsgewalt wenigstens parlamentarisch entbehrlich zu machen, verlangte Hitler von Anfang an Neuwahlen, da er sich von ihnen eine Mehrheit für die NSDAP allein versprach. Daß der Reichskanzler die Auflösung des Reichstags, verbunden mit Neuwahlen, durchsetzte, war Hugenbergs

[3] Vgl. zu den Verhandlungen über die Regierungsbildung jetzt auch die Aufzeichnungen von Ewald v. Kleist-Schmenzin, in: Politische Studien, Febr. 1959, S. 89–92.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erste Niederlage. Hitler konnte ohne Bedenken wiederholt versprechen, daß die Wahlen keinen Einfluß auf die Zusammensetzung des Kabinetts haben würden[4]: das wäre rasch genug vergessen gewesen, wenn er wirklich im Reichstag von allen anderen Gruppen unabhängig geworden wäre. Aber selbst die einfache Mehrheit konnte er sich nach den Wahlen vom 5. März nur durch Ausschaltung der kommunistischen Abgeordneten sichern; für die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit blieb er nicht nur auf die Deutschnationalen, sondern sogar noch auf das Zentrum angewiesen. Um sich auch hiervon freizumachen, mußte er für das von Anfang an erstrebte Ermächtigungsgesetz eine Fassung durchsetzen, die auch Verfassungsänderungen einschloß. Die Bemühungen Brünings und Hugenbergs, besondere Sicherungen einzubauen, schlugen fehl[5].

Das neue Ermächtigungsgesetz enthielt allerdings eine Bestimmung, die für Hitlers Machtausweitung doch eine gewisse Hemmung mit sich brachte: das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten, der sich als wenig wirksame Schranke gegen Hitlers Pläne erwiesen hatte, wurde durch die Gesetzgebungsbefugnis des Reichskabinetts ersetzt, in dem die Nationalsozialisten nicht von vornherein die Mehrheit hatten. Die Diktatur dieser Körperschaft sollte überdies erlöschen, „wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst" würde. Diese Schlußbestimmung des Ermächtigungsgesetzes klingt wie eine ehrenvolle Privilegierung Hitlers gegenüber jedem etwaigen Nachfolger, enthielt aber in Wahrheit eine Auflage für ihn. Denn eine „andere" Reichsregierung war ja nicht nur bei einem Auswechseln des Kanzlers, sondern auch bei einer veränderten Zusammensetzung des Reichskabinetts gegeben, zwar vielleicht nicht bei Ablösung des einen oder anderen Fachministers, sicherlich aber bei der Umwandlung des Koalitionskabinetts in eine Einparteiregierung. Ein Austritt Hugenbergs konnte also jetzt zwar nicht mehr die parlamentarische Mehrheit in Frage stellen, dagegen, sofern er als Wesensänderung der Regierung aufgefaßt wurde, die Rechtsgrundlage des gesetzgebenden Reichskabinetts gefährden.

Die Entscheidung darüber lag hauptsächlich beim Reichspräsidenten. Seine Abneigung, alle Macht einer einzigen Partei zu überlassen, führte ihn möglicherweise zu dem Ergebnis, daß damit Hitlers Auftrag erloschen sei. Auch der Glaube an die Legalität des Machterwerbs, der damals im In- und Ausland noch schwer ins Gewicht fiel, konnte dabei erschüttert werden. Wollte Hitler über die Deutschnationalen hinweg zur Alleinherrschaft vordringen, so mußte er sie also auf eine Weise ausschalten, die zu keiner rechtlichen Auseinandersetzung Anlaß gab.

Das einfachste Mittel dazu schien, die DNVP draußen im Land zu überrollen: wenn man Hugenbergs Anhänger überall benachteiligte, hinausdrückte, mundtot

---

[4] Hitler gab sein Versprechen sowohl bei den Auseinandersetzungen vor der Vereidigung des Kabinetts als auch in der ersten Kabinettssitzung am Nachmittag des 30. Januar (Protokoll: IMT Bd. XXV, S. 374ff.).

[5] Heinrich Brüning, Ein Brief, in: Deutsche Rundschau, Bd. 70 (1947), Heft 7, S. 17f.; dazu Brünings Gutachten zur Denazifizierung Hugenbergs bei J. Borchmeyer, Hugenbergs Ringen in Deutschlands Schicksalsstunden, Detmold 1951, Heft 2, S. 23.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

machte, so übten sie vielleicht einen Druck auf ihren Parteiführer aus und veranlaßten ihn, die DNVP der NSDAP einzugliedern. Diesem Zweck diente vermutlich eine erste Welle der Anfeindung von Ende März bis Ende April, doch war ihre Wirkung der erhofften gerade entgegengesetzt. Die deutschnationale Parteileitung erinnerte jetzt ausdrücklich an den Koalitionscharakter der Regierung, von dem die Gültigkeit des Ermächtigungsgesetzes abhänge, berief sich auf die Bürgschaft des Reichspräsidenten für das Bündnis des 30. Januar und forderte alle Parteifreunde auf, gegen nationalsozialistische Übergriffe energisch ihre Gleichberechtigung zu verfechten. Hugenberg erklärte öffentlich, daß „Ziel und Ergebnis" der Revolution von 1933 „nicht ein Trümmerhaufen, sondern ein neuer Frühling des Volkes" sei[6]. Solch offener Gegensatz zu Hugenberg konnte Hitler damals nicht willkommen sein. Ziemlich unvermittelt rückte er Ende April oder Anfang Mai in einer Unterredung mit Hugenberg mit dem Ansinnen heraus, die DNVP mit der NSDAP zu verschmelzen[7]. Hugenberg lehnte höflich, aber bestimmt ab und beendete damit diesen ersten Abschnitt der nationalsozialistischen Zermürbungsversuche.

Von jetzt an richteten sich die Angriffe nicht mehr nur gegen seine Anhängerschaft, sondern auch stärker gegen ihn selbst und seine Arbeit in der Regierung[8]: man erschwerte und verzögerte seine Maßnahmen durch bürokratische Winkelzüge und brandmarkte seine Wirtschaftsauffassung als reaktionäres, volksfeindliches Unternehmertun, das den revolutionären Schwung der jungen nationalsozialistischen Bewegung lähmen wolle. Demgegenüber klammerten sich Hugenberg und seine engsten wirtschaftspolitischen Vertrauten an die Hoffnung, er könne durch rasche Hebung der bäuerlichen Kaufkraft den innerdeutschen Markt beleben und dadurch die Not in Stadt und Land so fühlbar erleichtern, daß er als wirtschaftlicher Retter eine schlechthin unantastbare Stellung im Reichskabinett erlange. Es sei jetzt gleichgültig, ließ ihm sein alter Freund Wegener[9] sagen, ob sich die DNVP etwas mehr nach dieser oder jener Seite entwickle, ob die Scherl-Presse etwas weniger oder mehr nazistisch gefärbt sei, alles komme darauf an, daß Hugenberg, der als Parteiführer allein noch Hitler „ebenbürtig" sei, im Reichskabinett bleibe und dort schöpferische Arbeit leiste: wenn er sein Entschuldungsgesetz für die Landwirtschaft und seine Maßnahmen zugunsten des Mittelstands durchgedrückt habe, werde ihn die Masse als den eigentlichen Urheber der Gesundung erkennen und stützen.

[6] Diese Einzelheiten nach Rundschreiben und Zusammenstellungen der Hauptgeschäftsstelle der DNVP in Berlin, die im Besitz des Herausgebers sind. Dazu die Kundgebungen Hugenbergs vom 11., 21. und 28. April 1933 bei Borchmeyer a. a. O., Heft 1, S. 68, 48, 80. Am 5. Mai wurde die DNVP in „Deutschnationale Front" umgetauft, und viele Parteikörperschaften wurden umbenannt, z. B. der Parteivorstand in „Führerstab"; der Klarheit halber sind hier jedoch die allgemein geläufigen alten Bezeichnungen beibehalten.

[7] Borchmeyer a. a. O., S. 36.

[8] Borchmeyer a. a. O., Heft 1, S. 78f.

[9] Dr. Leo Wegener hatte als Direktor der Landesgenossenschaftsbank in Posen mit Hugenberg in der Ansiedlungspolitik zusammengearbeitet. Näheres bei Ludwig Bernhard, Der Hugenberg-Konzern, Berlin 1928, S. 3–25. Die oben wiedergegebene Äußerung stammt aus einem Brief Wegeners an Frau Hugenberg vom 4. Mai 1933, in den Frau Erika Wegener, die Witwe Dr. Wegeners, dem Herausgeber Einblick gewährt hat.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Erwartung, die Hugenberg bewog, sich aus der Parteiarbeit fast völlig zurückzuziehen und seine Kraft ganz den Fachaufgaben zu widmen, enthielt aber einen argen Rechenfehler: kleinere Erfolge des Fachministers konnte die nationalsozialistische Propaganda totschweigen oder ableugnen, große auf das Konto des Regierungschefs umbuchen. Einstweilen begann man vorsorglich Hugenberg noch unvolkstümlicher zu machen, als er schon war, und durfte dabei vielleicht sogar noch hoffen, ihm seine Amtstätigkeit so weit zu verleiden, daß er eines Tages stillschweigend den Abschied nähme. Hitler selbst konnte dabei mühelos den Loyalen spielen, der „seinem" Wirtschaftsminister nichts in den Weg lege.

Andere Deutschnationale schätzten den politischen Nutzen sachlicher Leistung geringer ein. Doch hatten ihre Versuche, gegenüber der verstärkten Hetze gegen Hugenberg den Gleichberechtigungsanspruch der DNVP zu behaupten oder sich Rückhalt bei der Reichswehr zu sichern, keinen Erfolg[10]. Hugenberg wird sich von solchen Versuchen nach früheren Erfahrungen mit Blomberg[11] kaum etwas versprochen haben.

Anfang Mai beauftragte er seinen Stellvertreter v. Winterfeld mit der Führung der Partei und zog sich ganz auf seine Ressortarbeit zurück. Ihm schien der Plan, durch sichtbare Wirtschaftserfolge die Volksstimmung für sich zu gewinnen und so allen Angriffen auf seine Tätigkeit als Minister den Boden zu entziehen, der einzige Ausweg zu sein. Eine ernste Gefahr für die dazu nötige Gesundung des inneren Marktes bedeutete aber nach seiner Überzeugung das wachsende Verlangen der Westmächte nach freierem Handelsverkehr. Zugeständnisse in dieser Richtung zu verhüten, betrachtete daher Hugenberg auf der Weltwirtschaftskonferenz, die am 12. Juni in London zusammentrat, als seine Hauptaufgabe; dem Auswärtigen Amt ging es dagegen im Sinne der Regierungserklärung Hitlers vom 17. Mai darum, die drohende Isolierung Deutschlands zu vermeiden und mit Amerika und England vor allem erst einmal ins Gespräch zu kommen.

Aus dieser Richtungsverschiedenheit der deutschen Hauptdelegierten aber wurde ein offenes Zerwürfnis, als Hugenberg dem Wirtschaftsausschuß der Konferenz eine Denkschrift einreichte[12], in der unter anderm die Gewährung von Kolonialbesitz und Siedlungsraum als bestes Mittel bezeichnet war, die deutsche Zahlungsfähigkeit zu heben: der englischen und französischen Presse bot das eine willkommene Handhabe, der deutschen Regierung imperialistische Ziele und, im Zusammenhang mit Hitlers bekannter Denkweise, Kreuzzugsabsichten gegen Rußland zu unterstellen.

---

[10] Dem Herausgeber wurde im Frühjahr 1933 erzählt, drei deutschnationale Abgeordnete, darunter der Rittergutsbesitzer v. Zitzewitz, hätten beim Reichswehrminister v. Blomberg einen Vorstoß gemacht, doch habe Blomberg in schroffster Form jedes Eingreifen in die Politik von sich gewiesen. Vgl. auch Fabian v. Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, Zürich 1946, S. 24, über einen Schritt des (im April zur Disposition gestellten) Staatssekretärs v. Bismarck bei Blomberg.

[11] Vgl. hierzu Otto Schmidt-Hannover a. a. O., S. 339, 342.

[12] Die Akten des Auswärtigen Amts hierzu sind in englischer Übersetzung veröffentlicht: Documents on German Foreign Policy, Series C, vol. 1; der Wortlaut von Hugenbergs Denkschrift: S. 562–567.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ob Hugenberg diese gewagten Ausführungen im wirklichen oder nur im vermeintlichen Einverständnis mit den übrigen Delegierten gemacht hat, ist umstritten[13]. Als sich ihre bedenkliche Wirkung zeigte, machte man jedenfalls keinen Versuch, sie inhaltlich abzuschwächen oder sie aus den Grundgedanken der Hugenbergschen Wirtschaftspolitik heraus zu erläutern, sondern zog eilig den schärfsten Trennungsstrich zwischen der amtlichen deutschen Politik und der Auffassung des deutschnationalen Wirtschaftsministers: eine Erklärung Hugenbergs an die englische und die deutsche Presse über den offiziellen Charakter der Denkschrift wurde unterdrückt, und in der Presse wurde bekanntgegeben, es handele sich um eine von der deutschen Delegation nicht autorisierte Privatmeinung, wie sie jeder Deutsche dem Ausland unterbreiten könnte.

Vieles spricht dafür, daß diesem betonten Abrücken von Hugenberg nicht nur naheliegende außenpolitische Rücksichten auf das schon bestehende Mißtrauen, sondern auch innenpolitische Berechnungen zugrunde lagen; jedenfalls paßten seine diesbezüglichen Wirkungen genau in Hitlers Pläne: wenn man den Teilhaber der Regierungsgewalt einfach in einen sachverständigen Gutachter verwandelte, konnte von einem Gesamtwillen des Reichskabinetts, der sich aus dessen politischer Zusammensetzung ergab, kaum noch die Rede sein; und es konnte dann so scheinen, als sei die ursprüngliche politische Einheit des Kabinetts nicht durch Hitlers Unduldsamkeit gegen den Partner aufgehoben, sondern durch dessen eigenwilliges Vorprellen! Beim Reichspräsidenten wie in der Öffentlichkeit, die sich alles Heil von der Überwindung der Zersplitterung erwartete, konnte dieser Eindruck schwer ins Gewicht fallen. Nebenbei ergab sich für Hitler aus diesem Gegensatz zwischen Reichswirtschafts- und Reichsaußenminister erneut die erfreuliche Gewißheit, daß er keiner geschlossenen Front der nichtnationalsozialistischen Minister gegenüberstand.

Zum Beiseiteschieben des ihm lästigen Regierungspartners hatte Hitler inzwischen auch den Austritt mehrerer Abgeordneter aus der DNVP ausnutzen können. Schon in den Tagen der Annahme des Ermächtigungsgesetzes hatte eine Gruppe der Reichstagsfraktion mit ihrem Übertritt zur NSDAP gedroht[14], am 31. Mai hatte Eduard Stadtler dann tatsächlich den Anfang gemacht. Am 11. Juni, unmittelbar nach Hugenbergs Abreise zur Londoner Konferenz, konnte der „Völkische Beobachter" unter der Schlagzeile „Zerfall der Deutschnationalen Front" melden, daß neben anderen auch der Reichstagsabgeordnete Professor Martin Spahn und der Leiter des

[13] Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Es geschah in Deutschland, Tübingen 1951, S. 176, stellt es nach Neuraths Bericht so dar, daß Hugenberg die in „diplomatische" Redewendungen gehüllte Ablehnung Neuraths als Zustimmung aufgefaßt habe. Die Reichskanzlei war noch am 16. Juni von einem ihrer Beamten, der Mitglied der Delegation war, telefonisch darüber informiert worden, daß die Delegation den Inhalt der Denkschrift nicht billige. Auf Rückfrage teilte er ergänzend mit, daß der Grundgedanke der Denkschrift, vor allem bezüglich einer vollständigen Autarkie Deutschlands, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, nicht gebilligt werde (Documents, S. 562, note 1). Gleichwohl bedürften die Vorgänge innerhalb der deutschen Delegation einer endgültigen Klärung.

[14] Vgl. Brünings Brief, a. a. O., S. 17.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Deutschnationalen Kampfrings Westen", Hans Bernd Gisevius, zu Hitler übergetreten seien. Fast noch wichtiger als dieser Schritt selbst war seine öffentliche Motivierung. Erklärte Spahn, er könne sich nicht zwei Führern unterstellen – Hugenberg begründe im übrigen den Fortbestand der Partei zur Zeit nur noch damit, daß er sie als Rückenstütze nicht entbehren könne –, so schrieb Gisevius: „Es ist kein Platz mehr für jene parlamentarische, taktische Betrachtungsweise, als sei die heutige Regierung etwa das Ergebnis einer ‚Koalition' und als könne das Wechselspiel zwischen Mehrheit und Minderheit weiterhin wie im überwundenen parlamentarischen System fortgesetzt werden. Der Parteienstaat ist tot."

Wenn Deutschnationale selbst in dieser Weise die Daseinsberechtigung ihrer Partei verneinten, riskierten die Nationalsozialisten nicht mehr viel, wenn sie jetzt ausführten, was Hitler Ende Mai einer Delegation der deutschnationalen Reichstagsfraktion angedroht hatte, ohne daß er dadurch Gegenmaßnahmen Hugenbergs ausgelöst hätte: die Zerschlagung der deutschnationalen Jugend- und Selbstschutzverbände[15]. Kurze Zeit, nachdem Hugenberg am 18. Juni aus London mit der Befürchtung zurückgekehrt war, die Auseinandersetzungen über seine Denkschrift könnten benutzt werden, seine Stellung im Kabinett weiter zu schwächen, holte Hitler zum entscheidenden Schlag gegen die deutschnationalen Organisationen aus. Am 21. Juni wurden gleichzeitig im ganzen Reich jene Verbände aufgelöst, weil sie angeblich kommunistisch und sozialdemokratisch durchsetzt seien.

Um den äußeren und inneren Halt der deutschnationalen Parteiorganisation war es nun getan. Einzelne Landes- und Kreisverbände beschlossen sofort die Selbstauflösung; in den übrigen aber bildeten sich fast durchweg zwei Gruppen: die einen wollten auf jede Gefahr hin die gewaltsame Unterdrückung der DNVP abwarten, sei es, weil sie noch auf rechtzeitige Hilfe des Reichspräsidenten oder der Reichswehr hofften, sei es, weil sie die Ungleichheit des deutschnationalen und des nationalsozialistischen Denkens und Wollens geschichtlich klarstellen wollten; die anderen drängten auf rasche Selbstauflösung oder gar auf Verschmelzung mit der NSDAP, weil sie Widerstand als aussichts- und sinnlos ansahen oder ihn als engstirnig und innerlich unberechtigt empfanden.

Am Mittwoch, dem 21. Juni, hatte Hugenberg[16] eine Unterredung mit Hitler über die Londoner Vorgänge und die Unterdrückung deutschnationaler Verbände. Dabei beteuerte Hitler, er wünsche am Pakt des 30. Januar festzuhalten. Er glaubte also offenbar, auf den Bündnispartner noch Rücksicht nehmen zu müssen. Eine gewisse Vorsicht gegenüber dem Reichspräsidenten schien ihm in der Frage der „Einheit der Regierung" offenbar noch geboten.

Um Hindenburg von der ungenügenden Zusammenarbeit im Reichskabinett zu unterrichten und um zu klären, welchen Rückhalt er noch am Reichspräsidenten habe, hatte Hugenberg in diesen Tagen den früheren Minister und Parteivorsitzen-

[15] Borchmeyer, Heft 1, S. 35: Hitler soll in einem Wutanfall gedroht haben, notfalls werde er „seine SA schießen und drei Tage lang ein Blutbad anrichten lassen, bis nichts mehr übrig sei". Vgl. auch Schmidt-Hannover, a. a. O., S. 353.

[16] Nach seiner eigenen Angabe in Dokument Nr. 2.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Hergt nach Ostpreußen auf das Gut des Herrn v. Oldenburg-Januschau entsandt, damit er dem Reichspräsidenten auf dem benachbarten Neudeck oder, wenn dieser zu einer Aussprache nicht wohl genug sei, wenigstens seinem Sohn die Lage vortrage[17]. Hergt hatte noch am Tag seiner Ankunft eine zweistündige Unterredung mit Oskar v. Hindenburg, in der er sich über die geringe Unterstützung durch den Reichspräsidenten und die nichtnationalsozialistischen Reichsminister beklagte und ein Eingreifen Hindenburgs zugunsten Hugenbergs forderte, der doch Hindenburgs ursprüngliche Wähler im Reichskabinett vertrete. Er fand aber, wie er berichtet, „sehr wenig Verständnis bei Oskar v. Hindenburg, der eine überraschend positive Einstellung gegenüber den Leistungen der Nationalsozialisten in der Regierung hatte und zu verstehen gab, daß eine Einordnung in den Kurs der Reichsregierung im Interesse des Reichspräsidenten läge. Jedenfalls fuhr ich mit dem Eindruck wieder fort, daß auf eine positive Unterstützung von dieser Seite aus nicht zu rechnen war, und berichtete dementsprechend in Berlin."

Zwei Tage nach seiner Unterredung mit Hitler, am 23. Juni, stellte Hugenberg in einer Kabinettssitzung das Gewicht seiner Stimme noch einmal auf die Probe: er beklagte sich[18] über die Preisgabe seiner Denkschrift vor dem Ausland durch Neurath und verlangte die Abberufung des Ministerialdirektors Posse von der stellvertretenden Leitung der Konferenzdelegation. Auf den ersten Blick mutet diese Beschwerdeführung wie spitzfindige Rechthaberei an; behielt aber Hugenberg in diesen Punkten recht, wenn auch nur hinter verschlossenen Türen, so wäre klargestellt gewesen, daß Hitler nicht achtlos über ihn als „Koalitionspartner" hinwegschreiten konnte, sondern daß der Regierungswille auf der Übereinstimmung beider Teile beruhte. Dann hätte Hugenberg auch wieder mit einiger Berechtigung vor seinen Anhängern den Standpunkt vertreten können, daß zuwartendes Ausharren nicht zwecklos sei. Aber Hitler schob Hugenbergs Anspruch auf Solidarität des Reichskabinetts in konziliantester Form einfach mit formalen Vorwänden beiseite: im Ausland entscheide natürlich der Delegationsführer, und ein Wechsel in der Spitze der Delegation schade jetzt dem deutschen Ansehen. Neurath erklärte zwar ausdrücklich, daß Hugenbergs Denkschrift die gegen Deutschland bestehende schlechte Stimmung nicht noch weiter verschlechtert habe, im übrigen aber schlossen er und die anderen Minister sich Hitlers Auffassung an.

Nach diesem unverkennbaren Fehlschlag entschloß sich Hugenberg endgültig zum Rücktritt[19]. Er faßte diesen Entschluß ohne Rücksprache mit seinen Parteifreunden und gab ihn tags darauf, am 24. Juni, in einem allerengsten Parteikreis als unabänderlich bekannt; erst wenn er aus dem Reichskabinett ausgetreten sei, sollten

---

[17] Abschrift eines Berichts über diese und die spätere Sendung zu Hindenburg lag bei Nr. 2 der Dokumente, allerdings weder datiert noch unterschrieben; da aber Hugenberg ausdrücklich Hergt nennt, steht die Urheberschaft wohl außer Zweifel.

[18] Das Protokoll dieser Kabinettssitzung ist in englischer Übersetzung veröffentlicht: Documents on German Foreign Policy, Serie C, vol. 1, S. 598–603. Vgl. auch Schwerin-Krosigk a. a. O., S. 175f.

[19] S. Dokument Nr. 2.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die maßgebenden Parteiinstanzen zusammentreten und über die fernere Haltung der DNVP entscheiden.

Damit war allerdings von Hugenberg das schon aufgegeben, was Hitler immer noch scheuen zu müssen glaubte: die öffentliche Kündigung des Bündnisses vom 30. Januar, die man als grundlegende Veränderung des Reichskabinetts auslegen konnte, was möglicherweise das Ermächtigungsgesetz hinfällig gemacht hätte. Ließ sich aber ein solcher Angriff auf die Rechtsgrundlage der Regierungsgesetzgebung wirksam führen, wenn Hindenburg nicht bereit war, entweder die Innehaltung des Paktes zu erzwingen oder aber Hitlers Bewährungsfrist als abgelaufen zu erklären und zur präsidialen Regierungsform zurückzukehren? Daß dazu alle Voraussetzungen fehlten, wußte Hugenberg seit der Sendung Hergts. So scheint er sich jetzt eine Lösung zurechtgelegt zu haben, die uns freilich nach allen späteren Erfahrungen wie reine Illusion berührt, unter den damaligen Voraussetzungen aber vielleicht doch nicht von vornherein aussichtslos war: die DNVP sollte vom Bündnis gleichsam zur wohlwollenden Neutralität übergehen, sie sollte von der untragbaren Mitverantwortung einer Regierungspartei befreit sein, sich aber auch nicht in eine Oppositionspartei verwandeln, die der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten suchte. Wie diese Zwitterstellung gedacht war, ergibt sich ungefähr aus dem Entwurf einer Erklärung, die nach Hugenbergs Amtsniederlegung vom Parteivorstand angenommen werden sollte[20]. Natürlich war ein solch ungestörter Rückzug in eine Haltung Gewehr bei Fuß nur dann zu erlangen, wenn Hugenbergs Ausscheiden aus seinen Ministerämtern als Verzicht, nicht als Kampfansage wirkte. Daraus erklärt sich wohl die friedliche Tonart des Abschiedsgesuchs, das sich in der Hauptsache nur über die Verletzung seines Amtsbereichs und erst ganz zuletzt auch über die Verleumdung der deutschnationalen Jugendorganisation beklagte. Mit diesem Abschiedsgesuch[21] wurde Hergt zum zweitenmal nach Ostpreußen gesandt, damit er es, wiederum von Oldenburgs Gut aus, dem Reichspräsidenten zuleite. Hergts Vorhaltungen, daß mangels jeder Unterstützung die Stellung jetzt wirklich verloren sei, wurden von Oskar v. Hindenburg einfach zur Kenntnis genommen. Ohne daß es Hugenberg wußte, war also schon die wichtigste Stütze seines Ausweichplans, die Bürgschaft Hindenburgs, fortgefallen.

Für Hitler hätte die von Hugenberg ins Auge gefaßte Lösung allerdings in einer Beziehung einen wesentlichen Fortschritt bedeutet: er wäre der Koalitionsbindung ledig geworden und im Besitz der Gesetzgebungsgewalt des Reichskabinetts, unabhängig von dessen Zusammensetzung, geblieben. Andererseits aber hätte er mit dieser Daseinsgarantie für die DNVP auf dem Weg zur nationalsozialistischen Parteidiktatur für absehbare Zeit ein neues rechtliches und moralisches Hindernis aufgerichtet: wenn er einräumte, daß man dem Vaterland auch außerhalb der NSDAP dienen und sich in einer revolutionären und in einer traditionsgebundenen Weise gleich gut zur Nation bekennen könne, ließ er eine Zufluchtsstätte für jeden, der dem Nationalsozialismus mit Vorbehalt gegenüberstand; eigentlich wäre damit

[20] S. Dokument Nr. 4.

[21] S. Dokument Nr. 1. Zur zweiten Sendung Hergts vgl. Anm. 17.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch die Auflösung der übrigen Parteien sinnlos geworden. Und konnte man wissen, ob eine derart anerkannte konservativ-nationale Gruppe nicht früher oder später wieder Einfluß auf den Reichspräsidenten oder die Generalität gewann? Lag es nicht nahe, jeden etwaigen Mißerfolg der Regierung auf die Ausschaltung gerade dieser Kräfte zu schieben? Nein, Hitler mußte darauf ausgehen, die deutschnationale Partei noch vor allen anderen zu zerstören, diesen Schritt zum Einparteistaat aber nicht als Bruch mit dem Bestehenden, sondern als seine zwanglose Fortbildung erscheinen zu lassen.

Diese beiderseitige Zielsetzung muß man sich vor Augen halten, um den merkwürdigen Verlauf der Schlußbesprechung zwischen Hitler und Hugenberg zu begreifen, die sich ergab, als Hugenberg am Mittag des 27. Juni den Reichskanzler aufsuchte, um ihm sein Abschiedsgesuch zur Kenntnis zu bringen[22]. Hugenberg vermied sorgfältig jede Spitze und Schärfe und suchte klarzustellen, daß er und seine Partei nun nicht in die Opposition übergehen, sondern nur abwartend beiseitetreten wollten. Hitler wies diese Halbheit sofort als untragbar zurück und bot nun alle Überredungskünste auf, um Hugenberg von seiner Partei zu trennen und ihn als Einzelpersönlichkeit im Reichskabinett festzuhalten. Wenn sich Hugenberg dazu hergab, war jeder Eindruck einer gewaltsamen Umschichtung, einer illegalen Machtausweitung vermieden; zudem mochte sich Hitler bei aller inneren Fremdheit von dem arbeitswütigen, an Beziehungen reichen Wirtschaftsführer noch manchen sachlichen Nutzen versprechen. Als aber all seine Lockungen nicht verfingen, griff er zu Drohungen, nicht nur gegen Hugenbergs Partei, sondern auch gegen die von ihm geleiteten Wirtschaftsunternehmungen: die Rücksicht auf das Los seiner Anhänger und seiner Belegschaft sollte den Widerstrebenden gefügig machen. Dieser Erpressungsversuch veranlaßte Hugenberg, in einem persönlichen Schreiben an den Reichspräsidenten[23], das Staatssekretär Meißner am Abend nach Neudeck mitnehmen sollte, den Schutz Hindenburgs für seine Gefolgschaft anzurufen. Nun, da ihm offen Krieg angesagt war, berührte er im allerletzten Satz auch das Anliegen, das Hindenburg wohl am nächsten ans Herz ging: den beginnenden Kirchenkampf. Aber auch diese Sorge vermochte in diesem Augenblick zwischen den beiden Männern kein Band mehr zu knüpfen.

Und wäre dies auch gelungen, es wäre aus anderen Gründen zu spät gewesen. Hitlers Drohen war, was Hugenberg nicht voll erkannte, im Grunde überflüssig gewesen, denn der Selbstbehauptungswille der DNVP war in diesem Zeitpunkt bereits zermürbt. Daß dies hinter Hugenbergs Rücken gelungen war, ist zum guten Teil seiner Taktik zuzuschreiben, sein Schicksal als Minister getrennt von der Zukunft seiner Partei zu behandeln. In der DNVP fehlte es bis zuletzt nicht an solchen, die sich nur der Gewalt beugen und damit wenigstens die geschichtliche Verantwortung eindeutig klarstellen wollten. Aber Hugenberg wollte sich ja erst dann an ihre Spitze stellen, wenn er sich seiner Bindungen als Minister entledigt hätte; und seine Freunde konn-

[22] S. Dokument Nr. 2.
[23] S. Dokument Nr. 3.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten seinen Plan nicht überzeugend genug verfechten, da sie seinen beabsichtigten Rücktritt vom Amt noch nicht erwähnen durften. So gewann die andere Richtung die Oberhand, die aus persönlichen Rücksichten oder aus innerer Überzeugung die Verständigung mit den Nationalsozialisten suchte. Am Spätnachmittag des 26. Juni[24] wurden die Abgeordneten Steinhoff und Freytagh-Loringhoven vom Parteivorstand ermächtigt, bei Kube und Frick wegen einer etwaigen Selbstauflösung der DNVP vorzufühlen. Die Begegnung zwischen Steinhoff und Kube kam offenbar nicht zustande; Freytaghs Verhandlungen mit Frick am Morgen des 27. Juni zeitigten jedoch rasch ein Einverständnis über die Hauptbedingungen. Bei seiner Auseinandersetzung mit Hugenberg am Mittag des 27. wußte Hitler bereits, daß sein Gegenspieler keinen Boden mehr unter den Füßen hatte – Frick war gerade beim Reichskanzler, als sich Hugenberg bei diesem anmelden ließ! Hitlers Toben in der Besprechung mit Hugenberg war also nur noch darauf berechnet, diesen zur „freiwilligen" Einreihung unter die Fachminister zu bewegen. Gleich nach Hugenbergs Weggang wurde Freytagh-Loringhoven zu Hitler gerufen und mit den Worten empfangen: „Soeben hat Herr Dr. Hugenberg mir sein Abschiedsgesuch übergeben. Damit treten die Deutschnationalen in die Opposition über." Den Einwand, daß dies nicht die Absicht der Partei sei, nannte er reine Theorie. „Morgen werden Tausende von deutschnationalen Beamten auf der Straße liegen. Ich kann das nicht hindern. Und was sonst geschehen wird, kann ich auch nicht hindern." Das war die genaue Fortsetzung des bei Hugenberg angewandten Verfahrens, jetzt wohl dazu bestimmt, der Partei alle Lust zu nehmen, noch im letzten Augenblick auf Hugenbergs Plan der Wartestellung einzuschwenken, der in der Unterredung erkennbar geworden war. Als aber Freytagh-Loringhoven von der beabsichtigten Selbstauflösung der DNVP sprach, wurde der eben noch Dräuende sogleich zugänglich und sagte zu allem ja, was vorher mit Frick abgesprochen war.

Nach seiner Verabschiedung von Hitler und nach der Niederschrift seines Briefes an Hindenburg gab Hugenberg jener vom Parteipressechef Brosius entworfenen Erklärung über die künftige Haltung der DNVP ihre endgültige Fassung. Er wollte es also auf die angedrohten Gewalttätigkeiten ankommen lassen. Als er aber dann endlich im Parteivorstand erschien, fand er das Abkommen mit Hitler zwar noch nicht verbrieft und gesiegelt, aber politisch doch als vollzogene Tatsache vor. Freytagh-Loringhoven, der von den Gegnern der Selbstauflösung oft hart getadelt worden ist, weil er durch seine Abreden mit Frick und Hitler dem Parteivorsitzenden vorgegriffen habe, hat dagegen später geltend gemacht[25], Hugenberg hätte ja noch am Nachmittag des 27. durch offene Darlegung seiner Absichten und Umbildung des Parteivorstandes das Steuer herumreißen und die Vereinbarung mit Hitler zu

[24] Die Darstellung folgt hier einem Brief Freytagh-Loringhovens an Pfarrer D. Gottfried Traub von 1935 (s. Dok. Nr. 5), der sich vermutlich auf ältere Aufzeichnungen stützt. Da diese sicherlich nicht im Einvernehmen mit Hugenberg zustande gekommen sind, wie sich aus Nr. 2 der Dokumente ergibt, so bestätigt die Übereinstimmung der Redewendungen Hitlers bei beiden Zeugen die Zuverlässigkeit der Wiedergabe.

[25] Vgl. S. 218 f.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fall bringen können; statt dessen habe er nur sein Rücktrittsgesuch verlesen, das keinen Eindruck gemacht habe, weil es die Grundsatzfragen unberührt ließ, und habe dann über die Auflösung abstimmen lassen, die mit 56 gegen 4 Stimmen angenommen worden sei. Aber die Behauptung, Hugenberg selbst habe hier die letzte Möglichkeit einer klaren Frontziehung versäumt, trifft doch höchstens formal zu. Zwar hätte er wahrscheinlich auch an diesem Punkt der Entwicklung noch eine kleine Schar gefunden, die bereit war, dem Prinzip jede andere Rücksicht zu opfern; aber mit welchem Recht ließ sich für sie eine Sonderstellung verlangen, nachdem der Unterhändler sowohl vor wie nach dem Rücktritt Hugenbergs zum Ausdruck gebracht hatte, daß eine Selbstauflösung nicht als innere Unmöglichkeit betrachtet werde. Auch Hitler hatte aus dieser Gefügigkeit sofort die Folgerung gezogen: er ließ Hugenberg noch am selben Abend durch Meißner bestellen, sein Verlangen, Hugenberg solle unter Auflösung seiner Partei im Kabinett bleiben, sei ein Mißverständnis gewesen.

Der letzte Augenblick, in dem Hugenberg die DNVP noch hinter sich hätte sammeln können, war nicht der Nachmittag des 27., sondern wohl der des 26. Juni, ehe die Vollmacht zum Verhandeln erteilt wurde. Daß er da den Bitten Steuers, Winterfelds und Lents, in den Parteivorstand zu kommen, nicht folgte, war zweifellos ein Fehler, erklärbar nur aus seiner allzu ausgeklügelten Taktik und wohl auch aus der Wolke des Mißtrauens, die seit langem, besonders aber seit dem Austritt Spahns und seines Kreises, über allen Parteikörperschaften lagerte und jede vertrauliche Mitteilung gefährlich machte. Ob ein solches letztes Aufraffen der DNVP den Übergang zur Alleinherrschaft Hitlers noch hätte verzögern oder erschweren können, ist bei der gegebenen Verteilung der Gewichte zu bezweifeln; vielleicht hätte aber eine gewaltsame Beseitigung der DNVP dazu beigetragen, die Ziele und Methoden Hitlers, wie sie uns heute aus den Akten schon der Anfänge des Dritten Reiches erkennbar werden, auch in den Augen weiterer Kreise früher zu entlarven. *Anton Ritthaler*

Dokument Nr. 1

Hugenbergs Abschiedsgesuch an den Reichspräsidenten[1]

Berlin, den 26. Juni 1933

Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

Euerer Exzellenz

beehre ich mich hierdurch die Bitte um Entlassung aus meinen Ämtern zu unterbreiten.

Ich tue es mit um so schwererem Herzen, je deutlicher ich das Gefühl habe, daß die inzwischen von mir ergriffenen und eingeleiteten Maßnahmen, insbesondere auf landwirtschaftlichem Gebiete, nicht ohne Erfolg geblieben sind, und daß bei folge-

[1] Die nachstehend veröffentlichten sowie einige in der Einführung erwähnte Schriftstücke wurden dem Herausgeber im Januar 1948 von Geheimrat Hugenberg, der damals in Bad Meinberg die ihm verbliebenen Akten ordnete, zur wissenschaftlichen Auswertung übergeben, sämtlich in Schreibmaschinenabschrift, die Hugenberg selbst durchgesehen hatte.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richtiger Durchführung einer entsprechenden Politik auf sämtlichen Wirtschaftsgebieten die Grundlage des allgemein ersehnten Wiederaufstiegs gesichert sein würde.

Wenn ich gleichwohl meinen Abschied beantrage, so geschieht es ebenso sehr aus der Sorge um das mir anvertraute Werk heraus wie aus der Verpflichtung zur Treue gegenüber meinen Freunden und zur Wahrung meines eigenen Namens. Entsprechend meiner Zusage, nicht ohne rechtzeitige vorherige Mitteilung von meinem Posten zu weichen, habe ich mir bereits vor einiger Zeit erlaubt, Euerer Exzellenz kurz den Tatbestand vorzutragen[2].

Ich bin der Auffassung, daß die Grundlagen nicht mehr gewahrt sind und werden, auf denen die Kabinettsbildung vom 30. Januar ds. Js. beruhte. Ich habe mich vergeblich bemüht, ihre Einhaltung zu erreichen. Es war vereinbart, daß zwecks einheitlicher Leitung der Wirtschaftspolitik gleich nach den Wahlen vom 5. bzw. 12. März[3] die Angelegenheiten des Arbeitsrechtes und der Sozialpolitik auf das Reichswirtschaftsministerium übergehen sollten. Insbesondere war eine dahingehende Vereinbarung mit dem Reichsarbeitsminister, Herrn Seldte, getroffen worden. Es ist mir nicht möglich gewesen, ihre Ausführung durchzusetzen. Sachlich hat dies zu einer Behandlung der fraglichen Geschäfte geführt, die nach meiner Auffassung für den wirtschaftlichen Enderfolg verhängnisvoll werden kann. Die fehlende Einheitlichkeit der Wirtschafts- und Arbeitspolitik und die sich daraus ergebende Unmöglichkeit eines wirksamen Eingreifens hat zu ihrem Teile zu dem Durcheinander beigetragen, das sich in den letzten Monaten auf dem Gebiete der Wirtschaft entwickelt und in den zahllosen Eingriffen unverantwortlicher Stellen ausgewirkt hat. Ich kann vor der Zukunft die Mitverantwortung dafür nicht übernehmen.

Auf dem engeren Gebiete der landwirtschaftlichen Gesetzgebung ist es mir zwar bisher gelungen, der von außen kommenden Störungen Herr zu werden. Aber die Heftigkeit und die Formen des Kampfes, der auf diesem wie auf allen anderen Gebieten draußen im Lande und in der Presse von Organen und Einzelpersonen der NSDAP gegen mich und meine Mitarbeiter, insbesondere auch gegen den Staatssekretär von Rohr, geführt wird, haben in steigendem Maße die Arbeit erschwert. Sie gefährden, da nicht dagegen eingeschritten wird, nachgerade die Staatsautorität. Die Duldung dieser Angriffe ist auch mit der Kameradschaftlichkeit nicht mehr zu vereinbaren, die eine der wesentlichen Grundlagen der Kabinettsbildung vom 30. Januar ds. Js. bildete. Die Anlagen[4] geben lediglich Beispiele aus einer einzigen Zeitung wieder.

Zu der einheitlichen Leitung der Wirtschaftsressorts, die vereinbart war, gehörte auch die Übernahme der beiden Preußischen Wirtschaftsministerien. Diese Vereinigung von Ämtern hatte für denjenigen, der zugleich die Wirtschafts- und Ressortverhältnisse kennt, keinen Sinn, wenn sich daraus nicht eine organische Zusammen-

Das Abschiedsgesuch und das persönliche Schreiben an Hindenburg (Dok. Nr. 3) sind inzwischen abgedruckt bei Borchmeyer a. a. O., Heft 1, S. 82ff. Da sie aber dort nicht leicht zugänglich sind und außerdem nur im Zusammenhang mit der Vorgeschichte und mit der abschließenden Auseinandersetzung zwischen Hitler und Hugenberg voll verständlich werden, sind sie hier noch einmal wiedergegeben.

[2] Gemeint ist wohl die erste Sendung Hergts, s. o. S. 199 f.

[3] Am 12. März fanden in Preußen lediglich Kommunal- und Provinziallandtagswahlen statt. Es ist nicht recht einzusehen, warum diese hier eigens erwähnt werden. Vielleicht hatte Hugenberg in Wirklichkeit die preußischen Landtagswahlen im Auge, die aber schon am 5. März, gleichzeitig mit den Reichstagswahlen, stattgefunden hatten.

[4] Nicht vorhanden. Die genannte Zeitung ist vielleicht der „Dortmunder Generalanzeiger", der gegen Hugenberg und den Staatssekretär v. Rohr besonders ausfällig war.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fassung der gleichartigen Reichs- und Preußischen Geschäfte ergab. Eine solche wollte ich durch einen von mir vorgelegten Staatsvertrag herbeiführen. Zur Bewältigung dieser Aufgabe hätte ich einer leitenden Hilfskraft bedurft. Es ist nicht gelungen, über diese Fragen zu einer Einigung zu gelangen, während gleichzeitig größte Ressortveränderungen und Beamtenvermehrungen auf anderen Gebieten (z. B. Propagandaministerium) vorgenommen wurden. Schließlich wurde mir jedes Eingreifen in die Preußischen Ressorts durch die Schaffung eines Schwebezustandes unmöglich gemacht: seit der Bildung des jetzigen Preußischen Staatsministeriums[5] war ich nicht Preußischer Minister, sondern blieb weiterhin „Kommissar des Reichs", auch nachdem Euere Exzellenz die Grundlage dieses Reichsauftrages aufgehoben hatten.

Es wird Euerer Exzellenz ohne weiteres verständlich sein, daß die Auseinandersetzung mit solchen Hemmungen in Verbindung mit der freiwillig übernommenen Arbeitslast der Leitung von vier trotz aller Bemühungen nicht organisch verbundenen Ressorts die Kraft eines Menschen stark in Anspruch nimmt. Ich habe – dies hervorzuheben scheint notwendig – dies alles ohne Einbuße von Gesundheit und Arbeitslust überstanden. Ich hätte auch die weitere Auseinandersetzung mit den aufgetretenen Schwierigkeiten nicht gescheut, wenn nicht Ereignisse eingetreten wären, die mir den Beweis dafür erbrachten, daß ich mich im Reichskabinett nicht derjenigen Unterstützung erfreue, die zu einer erfolgreichen Erledigung der Geschäfte erforderlich ist.

Ich sehe hier selbstverständlich davon ab, auf irgend welche Einzelheiten einzugehen, die sich auf die Bestellung und Tätigkeit der deutschen Delegation für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz beziehen. Es wird aber der Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz nicht entgangen sein, daß – offenbar aus dem Schoße der deutschen Delegation heraus – in der in- und ausländischen Presse ein von mir überreichtes Memorandum als die „Privatarbeit" des deutschen Reichswirtschaftsministers und als von der deutschen Delegation zurückgezogen bezeichnet wurde. Ich betone auch hier – auf der Grundlage des politischen Anstandes, den mir in allen politischen Kämpfen bisher im Ernste noch niemand hat absprechen können –, daß die fragliche Denkschrift mit der ausdrücklichen Zustimmung des vom Herrn Reichskanzler bezeichneten Führers der deutschen Delegation und außerdem nach meiner sich aus den vorangegangenen Besprechungen ergebenden Auffassung auch im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern der Delegation überreicht worden ist.

Selbst wenn letzteres zweifelhaft wäre, hätte keinesfalls die erfolgte Desavouierung des deutschen Wirtschaftsministers vor dem Aus- und Inlande stattfinden dürfen. Dies um so weniger, als die Denkschrift lediglich Ausführungen enthielt, die nach Lage der Dinge sowohl dem Auslande wie dem Inlande gegenüber durchaus notwendig waren. Sie waren insbesondere dazu bestimmt, Angriffe gegen die Grundlagen der von mir getriebenen und vom Kabinett gebilligten Handelspolitik abzuwehren und auf den wirklichen Kern der Weltwirtschaftskrise, die internationale Schuldenverkettung, hinzuweisen.

Ein im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsaußenminister von mir unternommener Versuch, die Nachrichten über die Uneinigkeiten in der deutschen Delegation durch ein Dementi zu widerlegen, wurde – wohl durch Zusammenwirken der Londoner Pressestelle der Delegation und der Reichspressestelle in Berlin – in Form eines Verbotes des Dementis nach Möglichkeit unterdrückt.

Meine Beschwerde über diese Vorgänge wurde in der Kabinettssitzung vom 22. ds. Mts.[6] als unerheblich einer weiteren Erörterung und Beschlußfassung entzogen.

---

[5] Am 10. April 1933 wählte der preußische Landtag Göring zum Ministerpräsidenten; schon am 7. April hatte Papen sein Amt als Reichskommissar für Preußen niedergelegt.

[6] In Nr. 2 der Dokumente nennt Hugenberg als Datum der Kabinettssitzung richtig den 23. Juni (vgl. das in Anm. 18 erwähnte Protokoll).

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mein Antrag, einen mir unterstellten, der Delegation zugeteilten Beamten, der mein Vertrauen nicht mehr besitzt, zur Disposition zu stellen, wurde in der gleichen Kabinettsitzung abgelehnt.

Die Frage, ob ich als Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister es für angebracht halte, diesem oder jenem Teile der Weltwirtschaftskonferenz persönlich beizuwohnen, wurde dem Ermessen des Reichsaußenministers als des vom Herrn Reichskanzler bezeichneten Führers der Delegation unterworfen.

Es ist wohl selbstverständlich, daß jemand, der auf seinen Namen und seine politische Selbstverantwortung etwas hält, in einem Kabinett nicht mehr mitwirken kann, das solche Beschlüsse gegen ihn faßt. Es ist aber auch selbstverständlich, daß nicht derjenige von den Vereinbarungen vom 30. Januar zurücktritt, gegen den solche Beschlüsse gefaßt werden, sondern diejenigen, die sie fassen.

Dies gilt umsomehr, wenn der Ausgangspunkt der Meinungsverschiedenheit eine Denkschrift ist, die lediglich Darlegungen enthält, die vom deutschen Standpunkt aus in dem Augenblick unerläßlich sind, in dem die deutsche handelspolitische Stellung so weit bedroht ist, wie zurzeit auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz unter der Nachwirkung der außenpolitischen Entwicklung der letzten Monate.

Zu dieser Sachlage kam endlich der Umstand hinzu, daß durch die Entschließungen der Leitung des Stahlhelm die Deutschnationalen, die stets geholfen haben, den Stahlhelm zu fördern, und bis 1929 ihm zuliebe leider auf eine eigene Jugendbewegung verzichtet haben, nunmehr von der Mitgliedschaft im Stahlhelm ausgesperrt werden sollen[7]. Auch in den Grenzprovinzen werden hierdurch alte wertvolle Zusammenhänge willkürlich zerrissen. Ferner ist vor einigen Tagen die seit 1929 allmählich entstandene deutschnationale Jugendbewegung sowie zum Teil die deutschnationale Betriebszellen- und Mittelstandorganisation verboten und gewaltsam aufgelöst worden. Ich hatte dem Herrn Reichskanzler gegenüber die Gewähr übernommen, daß überall, wo wirklich der Nachweis eines Eindringens kommunistischer oder marxistischer Elemente in die deutschnationale Jugendbewegung geführt würde, mit schärfsten Mitteln für Abhilfe gesorgt werde. Die Bereitwilligkeit der Organisationen selbst zur sofortigen Ausschließung etwaiger ungeeigneter Elemente ergibt sich aus der mir gemeldeten Tatsache, daß in weitem Umfange die Mitgliederlisten im Original freiwillig an die Polizeibehörden zur Nachprüfung überreicht sind. Aber ich weiß, daß die erhobenen Vorwürfe für das Gros der deutschnationalen Jugendbewegung nicht zutreffen. Gegenüber den Verboten und der Art ihrer Durchführung gibt es für mich und meine Freunde trotz meiner Zugehörigkeit zur Regierung keine Abwehr. Es ist widersinnig, uns, den alten Vorkämpfern für den nationalen Staat, eine Gemeinschaft mit Kommunisten und Marxisten oder irgendeine Illoyalität gegen den von uns selbst ersehnten nationalen Staat zuzutrauen. – An meiner und meiner deutschnationalen Freunde vaterländischen Loyalität werden alle diese Vorgänge nichts ändern. Nach wie vor gehören unsere Kräfte der Nation.

Ich lege das mir am 30. Januar anvertraute Amt in Ihre Hände zurück. Was mich hierbei bewegt, möchte ich in diesem Augenblick nicht aussprechen. Aber es ist mir ein inneres Bedürfnis, Ihnen, Herr Feldmarschall, für das Vertrauen zu danken, das Sie mir während dieser Zeit stets bewiesen haben und ohne das ich die Kämpfe der letzten Monate nicht hätte auf mich nehmen können.

In dieser Gesinnung verbleibe ich Euerer Exzellenz stets
aufrichtig ergebener

gez. Hugenberg.

[7] Am 22. Juni hatte Seldte den Mitgliedern des „Stahlhelm" jede andere Parteimitgliedschaft als die bei der NSDAP verboten. Vgl. Bernh. Schwertfeger, Rätsel um Deutschland, Heidelberg 1947, S. 357.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument Nr. 2

Niederschrift Hugenbergs über seinen Rücktritt und das Ende der DNVP[8]

Nach den getroffenen Verabredungen sollte mein Abschiedsgesuch zwischen 12½ und 1 Uhr am Dienstag, den 27. Juni 1933 in die Hand des Reichspräsidenten gelangen. Um den Reichspräsidenten und den Reichskanzler zu gleicher Zeit in den Besitz des Abschiedsgesuches gelangen zu lassen und damit der Form durchaus gerecht zu werden, und andererseits auch zu verhindern, daß in der Presse oder anderweit eine unrichtige Darstellung des Tatbestandes Platz greifen könnte, wurde es so eingerichtet, daß ich mich um 12½ Uhr auch beim Reichskanzler melden ließ. Eine Besprechung mit dem Staatssekretär Meißner war um 11 Uhr 45 unmittelbar vorangegangen. Sie fand in meinem Zimmer im Ernährungsministerium statt, da der Staatssekretär an diesem Tage besonderen Wert darauf legte, daß er zu mir und nicht ich zu ihm kam. Ich habe dem Staatssekretär Abschrift meines Entlassungsgesuches übergeben und ihm die Sachlage erläutert. Die Unterhaltung begann mit meiner Frage: „Wieviel Minister, Herr Staatssekretär, haben Sie nun während Ihrer Amtszeit wohl schon kommen und gehen sehen?" Ich erläuterte ihm, weshalb ich das Schreiben in der Urschrift unmittelbar dem Herrn Reichspräsidenten übergeben ließ, und teilte ihm meine Absicht, mit dem Kanzler zu sprechen, mit. Das Gespräch ergab nach meinem Gefühl, daß man auf mein Entlassungsgesuch durchaus gefaßt war und sich im Grunde damit abgefunden hatte, obwohl es als unbequem empfunden wurde. Ich nahm auf den Hergang der letzten Reichskabinettssitzung Bezug, bei der sich der Staatssekretär selbst davon habe überzeugen können, daß eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich sei und daß ich ohne Einbuße persönlichen Ansehens offenbar beabsichtigte Vorstöße, wie sie in dieser Sitzung im Zusammenhange mit den Londoner Vorgängen stattfanden, mir nicht mehr gefallen lassen könne.

Die Unterhaltung mit dem Reichskanzler war durch eine Anfrage des Herrn Vogelsang[9] bei der Reichskanzlei vorbereitet worden, auf die der Bescheid kam, daß der Reichskanzler mittags keinesfalls zu sprechen sei. Ich nahm den Folioumschlag, in dem sich die Abschrift meines Abschiedsgesuches nebst den in Abschrift beiliegenden Zeilen[10] befand, sichtbar in die Hand, so daß einigermaßen nachdenkliche Menschen nach den vorangegangenen Erörterungen erkennen mußten, was ich beim Reichskanzler wollte. Ich wurde dann auch sofort vorgelassen und hörte erst nachträglich, daß im Augenblick meiner Anmeldung der Reichsinnenminister Dr. Frick beim Reichskanzler war. Ich teilte letzterem die Absicht meines Besuches in sehr ruhiger und friedlicher Form mit, wobei ich auf unsere Unterhaltung vom letzten Mittwoch

---

[8] Die Aufzeichnung ist undatiert. Sie scheint damals nur einem sehr kleinen Kreis mitgeteilt worden zu sein. Bei einem der Empfänger hat sie der Herausgeber Mitte Juli 1933 zu lesen bekommen; sonach muß sie sehr bald nach den Ereignissen abgefaßt worden sein, vielleicht gleichzeitig mit einem Rückblick Hugenbergs auf die Londoner Konferenz, der vom 7. Juli 1933 datiert ist.

[9] Privatsekretär Hugenbergs.

[10] Diese Begleitzeilen waren vom 26. Juni 1933 datiert und lauteten: „Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Anbei erlaube ich mir Ihnen Abschrift des Gesuches um Entlassung aus meinen Ämtern zu übersenden, das ich dem Herrn Reichspräsidenten gleichzeitig überreichen lasse. Ich werde versuchen, Ihnen diesen Brief persönlich zu übergeben. Sollte mir dies nicht gelingen, so bin ich morgen Mittwoch zu einer Aussprache jederzeit verfügbar. Im Anschluß an die Ordnung meiner hiesigen Angelegenheiten beabsichtige ich eine Reise anzutreten. Mit deutschem Gruß Ihr ergebener (gez.) Hugenberg."

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und auf die Kabinettssitzung Bezug nahm. Ich erwähnte insbesondere seine Äußerung, wonach er an dem Pakt vom 30. Januar festhalten wolle, und fügte mit möglichst milden Worten hinzu, daß es auch ein Vorgehen gäbe, bei dem man formell an dem Pakt festhielte, aber tatsächlich doch den andern Teil in die Notwendigkeit versetze, den Pakt als gelöst anzusehen. Es sei nicht meine Absicht, in die Opposition zu gehen; einerseits würde dies keinen Sinn haben, andererseits würde es den Grundauffassungen widersprechen, die von meinen Freunden und mir stets vertreten seien. Es komme für uns irgendeine Gemeinschaft mit Marxisten und Kommunisten nicht in Betracht. Nach der ganzen Entwicklung und insbesondere nach meiner stets vertretenen politischen Einstellung sei der Gedanke unverständlich, als wenn bei den Deutschnationalen gegenrevolutionäre Strömungen vorhanden sein könnten. Denn nach Lage der Dinge würde ein Erfolg solcher Bestrebungen doch nur zum Ergebnis haben, daß Marxisten oder Kommunisten in Deutschland regierten, also das Gegenteil der Entwicklung einträte, die wir stets vertreten hätten. Für uns könne es stets nur in Betracht kommen, gegenüber den auch jetzt wieder sehr gefährlichen kommunistisch-marxistischen Bestrebungen die konservativen Auffassungen zu vertreten. Ich bäte ihn, das Nähere aus meinen Schreiben an den Reichspräsidenten zu ersehen.

Der Reichskanzler richtete dann die Bitte an mich, mir den gefaßten Beschluß doch noch einmal zu überlegen und im Kabinett zu bleiben. Er sprach über die Londoner Vorgänge und ihre Behandlung im Kabinett ungefähr in dem Sinne, daß er ihre Behandlung nicht gewünscht habe, da es sich ja um vergangene Dinge handle. Auf meine Einwendung, daß es für jemanden, der etwas auf seinen Namen und sein Ansehen hielte, nicht möglich sei, sich in der geschehenen Weise bloßstellen zu lassen, ging er nicht ein, legte mir vielmehr mit längeren Ausführungen seine besondere Hochschätzung dar, erteilte mir einige Lobsprüche wegen meiner gesamten politischen Haltung in der Vergangenheit und wegen einzelner Maßnahmen der letzten Monate, wie z. B. Fettgesetz, Stellungnahme zu den Warenhäusern usw., und sagte dann gerade heraus ungefähr Folgendes: Er werde sich sehr freuen, wenn ich im Kabinett bliebe, wobei ich allerdings auf die bisherige Vielheit der Ämter verzichten, den Herrn von Rohr als Staatssekretär durch einen Nationalsozialisten ersetzen und die Deutschnationale Volkspartei auflösen müsse. Wenn ich unter diesen Bedingungen im Kabinett bliebe, so könne ich seiner dauernden Freundschaft sicher sein. Er werde dann alle Angriffe, die etwa noch aus seinen Reihen kommen könnten, rücksichtslos abwehren, und es würde dann auch die Freilassung aller Gefangenen der DNVP erfolgen. – Diese Äußerung war mir sehr auffallend, weil ich davon nicht gesprochen hatte – und wurde mir erst nachmittags verständlich, als ich von einer dahingehenden Bedingung hörte, die Herr von Freytagh in seinen Verhandlungen mit Frick für den Fall der Auflösung der Partei gestellt hatte. Ich sagte ihm zunächst, es werde ja meinerseits die Mitarbeit gar nicht grundsätzlich verweigert, sondern nur auf der Grundlage der jetzt für mich geschaffenen Lage. Ich könnte mir vorstellen, daß, wenn ihm dann daran gelegen sei und er mich dazu auffordere, ich ihm in einigen Monaten wieder zur Verfügung stehen würde, nämlich dann, wenn er sich entschlossen habe, sich persönlich gegen die auch in seiner Partei vorhandenen Linkselemente zu wenden, deren Tätigkeit ich mit großer Sorge verfolgte. Wenn er sich entschließen würde, den Kampf gegen eine solche Entwicklung aufzunehmen, werde er sicher auch der Hilfe meiner Freunde bedürfen. Wir würden ihm nach einem solchen Entschluß sicherlich gern zur Verfügung stehen. Diese Äußerung ärgerte ihn offenbar, und er meinte, das sei auch so eine das Gebiet der Konterrevolution streifende Äußerung, wie sie in meinen Kreisen üblich sei. Er wisse, daß deutschnationale Kreise vielfach mit dem Gedanken spielten, sie würden die Macht in die Hand bekommen, wenn er selbst mit seiner Regierung gescheitert sei. Das sei jedoch eine falsche Vorstellung. Denn wenn er scheitere, würde nur der Kommunismus als Nachfolger in Frage kommen.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich erwiderte ihm, daß ich ihm dahingehende Ausführungen unmittelbar vorher gemacht hätte, daß ich überzeugt sei, daß in einem solchen Falle Kommunismus und Marxismus in Deutschland herrschen würden und daß sich aus dieser Erwägung ja eben die Gegenstandslosigkeit aller Behauptungen ergäbe, wonach von deutschnationaler Seite solchen Gedankengängen nachgegangen würde. Es komme nach meiner Auffassung nur darauf an, daß er selbst rechtzeitig den Gefahren ins Auge sähe, von denen er und seine Partei bedroht seien. So wie die Dinge z. Zt. lägen und angesichts der Bedingungen, die er selbst aufgestellt habe, könne für mich eine Mitwirkung an der Regierung nicht in Frage kommen. Ich könne sie auch gegenüber meinen Leuten im Lande, insbesondere nach der Auflösung der deutschnationalen Jugendorganisation, nicht vertreten und wolle diesen nicht untreu werden.

Nach dieser Erklärung nahm die Unterhaltung einen sehr lebhaften Charakter an. Der Reichskanzler hatte sich vom Stuhle erhoben und lief im Zimmer auf und ab, worauf ich mich auch meinerseits erhob, so daß unser weiteres Gespräch im Stehen bzw. Umherlaufen geführt wurde. Während des Gesprächs flocht der Reichskanzler noch etwa zweimal die Bitte ein, daß ich aus dem Kabinett nicht ausscheiden möge. Diese Bitte trug aber durchaus den Charakter einer überlegten Maßnahme zum Zwecke der taktischen Verbesserung seiner Lage. Denn es fielen Worte wie: „Ich bitte selten, aber in diesem Falle tue ich es", oder: „Ich habe Sie dreimal gebeten und kann meinerseits nicht mehr tun, um die Verabredungen vom 30. Januar aufrecht zu erhalten". Die praktische Sachlage ergab sich alsbald klar aus etwa folgenden Worten: „Wenn Sie das Kabinett verlassen, so liegt darin der Beginn eines Kampfes. Auch wenn Sie mir sagen" – worauf ich mehrmals hinwies –, „daß Ihrerseits nicht beabsichtigt werde, in die Opposition zu gehen, so ist dies doch unvermeidlich. Wenn Sie auf die Stimmung Ihrer Leute im Lande Rücksicht nehmen wollen, so kann ich nur sagen, daß diese Ihnen dankbar sein werden, wenn Sie die Partei auflösen, und schwerste Vorwürfe auf Sie häufen werden, wenn Sie es zum Kampf kommen lassen. Tausende von Beamten, die Ihrer Partei angehören, werden dann ihrer Stellung verlustig gehen – das kann ich gar nicht verhindern, weil meine Leute es verlangen werden – viele Menschen werden durch Ihre Schuld ins Unglück kommen, und es wird ein rücksichtsloser Kampf auf der ganzen Linie beginnen, auch auf dem Gebiet der Presse und des Films, und dieser Kampf wird innerhalb 3 Tagen zu Ihren Ungunsten entschieden sein." Wenn er Gelegenheit hätte, zu meinen Freunden zu sprechen, so werde es keinem Zweifel unterliegen, daß diese für die Auflösung der Partei eintreten würden. Ich antwortete ihm hierauf, daß ich es nicht etwa für ausgeschlossen hielte, daß meine Freunde zu einem solchen Ergebnisse kämen, zumal wenn er ihnen mit der Deutlichkeit, wie es mir gegenüber geschehen sei, die meinen Freunden drohenden Gefahren schildere. Ich würde selbstverständlich auch meinerseits noch mit meinen Freunden sprechen und sie am Nachmittag sehen. Es könne ja dann immer noch über die Deutschnationale Front und die damit zusammenhängenden Dinge gesprochen werden, z. B. am nächsten Tage, Mittwoch, an dem ich ganz zu seiner Verfügung stände, wie ich ihm schon geschrieben hätte. Er unterbrach gleich: „Das wird zu spät sein." Fortfahrend sagte ich: Gesetzt aber den Fall, daß meine Freunde zu dem Ergebnis der Auflösung der Partei kämen, so verstehe ich doch nicht recht, weshalb er dann von mir erwarte, daß ich gleichwohl unter solchen Umständen im Kabinett weiter mitarbeiten solle und weshalb er, zumal nach meinen im Anfange des Gespräches abgegebenen Erklärungen, in meinem Ausscheiden einen feindlichen Akt erblicken könne. So viel Freiheit und Bestimmung über mich selbst müsse mir schließlich doch bleiben, daß es bei mir stehe, ob ich als Minister tätig sein wolle oder nicht. Darauf antwortete er: „Nein, Sie haben die vaterländische Verpflichtung, weiter mitzuarbeiten. Wenn Sie das nicht tun, so wird sich daraus der Kampf und das Unglück für die Kreise ergeben, die bisher hinter Ihnen gestanden haben."

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Über diesen Gegenstand wurden hin und her Worte gewechselt, aus denen sich eine Veränderung der Sachlage oder etwas Neues nicht ergab. Der Reichskanzler hat später gegenüber dem Staatssekretär Meißner erklärt, daß in diesem Punkte ein Mißverständnis vorliegen müsse. Das Gespräch ist aber durchaus in dieser zugespitzten Form verlaufen, obwohl ich mich mehrfach bemüht habe, die Tatsache klarzustellen, daß mein Ausscheiden weder ein feindseliger Akt noch die Eröffnung eines politischen Kampfes bedeute.

Als ich nach kurzer Verabschiedung aus dem Zimmer des Reichskanzlers herausstrat, kam mir bereits Herr Reichsinnenminister Dr. Frick entgegen, und wir gaben uns die Hand, ebenso wie ich es dann gegenüber dem in der Nähe befindlichen preußischen Kultusminister Rust tat. Frick ging in das Zimmer des Reichskanzlers hinein.

Nun muß hier eingeschaltet werden, daß mir während der Unterhaltung mit dem Reichskanzler folgende Vorgänge nicht bekannt waren. Der Abgeordnete Freiherr von Freytagh-Loringhoven war vormittags bei Frick gewesen und hatte mit ihm die Sachlage und aus ihr heraus die Frage der Auflösung der Partei erörtert. Sofort, nachdem diese Besprechung stattgefunden hatte, war Frick zum Reichskanzler gefahren und hatte ihn darüber unterrichtet. Darauf ließ der Reichskanzler den Abgeordneten von Freytagh zu sich in die Reichskanzlei kommen. Es fand eine weitere Erörterung über die Bedingungen einer Selbstauflösung der DNVP statt. Im Gefolge dieser Besprechung schloß sich nach der gleich zu schildernden, unter meinem Vorsitz stattfindenden Sitzung eine Zusammenkunft zwischen Nationalsozialisten, darunter Frick und später Hitler, und drei deutschnationalen Herren an.

Dies ohne meinen Willen und mein Wissen stattfindende Vorgehen hatte folgende Vorgeschichte. Nachdem ich im Anschluß an die Kabinettssitzung vom Freitag, den 23. Juni 1933 zu dem endgültigen Entschluß des Austritts aus der Regierung gekommen war, bat ich um eine Zusammenkunft der in Berlin greifbaren führenden Persönlichkeiten am Sonnabend, den 24. 6. nachmittags. Sie fand in der Hauptgeschäftsstelle unter Teilnahme von etwa 12–15 Herren und Damen statt. Ich nahm von etwa $5^1/_2$ – etwa 9 Uhr daran teil, schilderte den Gesamtverlauf der Dinge und warf die Frage auf, was nun mit der Partei geschehen solle, wobei ich erklärte, daß ich es selbstverständlich für meine Pflicht hielte, als Führer die Gefolgschaft nicht zu verlassen und in diesem Sinne weiter zur Verfügung stehen würde, daß ich es aber entsprechend meinen wiederholten Erklärungen in den letzten $1^1/_2$ Jahren auch durchaus verstehen und in keiner Weise übelnehmen würde, wenn man sich entschlösse, die gemeinsame Sache unter anderer Führung zu vertreten. Man möge sich darüber doch unter sich in voller Freiheit unterhalten. In der gegenwärtigen Besprechung möge man davon ausgehen, daß mein Entschluß des Rücktritts unabänderlich sei, daß er aber bis zur Überreichung meines Rücktrittsgesuches unbedingt vertraulich behandelt werden müsse, und möge die Erörterung auf die Frage beschränken, wie sich nunmehr die DNVP einzustellen habe. Während nur hin und wieder gelinde Zweifel in Bezug auf das Bestehenlassen der Partei bzw. eine etwaige Selbstauflösung zu Tage traten, wurde von den anwesenden Damen und Herren schließlich einmütig der Gedanke vertreten, daß eine Selbstauflösung der Partei nicht in Frage kommen könne und daß man, wenn die Regierung nach meinem Ausscheiden einen solchen Schritt tun wolle[11], ihr die Verantwortung und Initiative überlassen müsse. Ich hörte bei dieser Gelegenheit, daß zu Montag und Dienstag verschiedene Gremien der Partei zusammenberufen seien und erklärte sofort, daß ich dies für verfrüht hielte, daß ich mich am Montag, den 26. 6. keinesfalls vor einem noch größeren Kreise als dem gegenwärtigen äußern könne und daß frühestens am Dienstagvormittag meine Teilnahme

[11] Soll wohl heißen: die DNVP auflösen wolle.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an einer Parteisitzung in Frage kommen könne. Dabei wurde von der Voraussetzung ausgegangen, daß es möglich sein würde, die Veröffentlichung meines Rücktritts in der Dienstag-Morgenpresse vorzunehmen. –

Am Sonntag wollte ich mich mit der Abfassung des ausführlichen Abschiedsgesuches befassen und bat zum Spätnachmittag dieses Tages einen kleineren Kreis von Herren zu mir, um den Inhalt des Schreibens zu besprechen. Bei dieser Besprechung ergab sich, daß mit Rücksicht auf die notwendige Reise eines Herrn nach Ostpreußen und die Termine des Erscheinens der Blätter die Veröffentlichung frühestens in der Dienstag Abendpresse möglich war. Es wurden Bedenken geäußert, ob die Tatsache des Rücktrittsgesuches so lange vor der Veröffentlichung bewahrt werden könne, und insbesondere, ob nicht seitens der Reichspressestelle mit der Veröffentlichung in einer für uns unerwünschten Form würde vorangegangen werden. Deshalb wurde für die Zusammenkunft am Montag, die einen etwas größeren Kreis als den am Sonnabend versammelten umfaßte, die Parole ausgegeben, daß meinerseits eine endgültige Erklärung noch fehle und eine solche Erklärung am Montag auch nicht abgegeben werden könne. Die Abreise des Überbringers des Abschiedsgesuches wurde auf Montagabend festgesetzt. Der Montag war mit den durch die Sachlage gegebenen Vorbereitungen völlig ausgefüllt. Ich frühstückte mittags im Nationalen Club[12] und wurde zunächst durch den Abgeordneten Steuer, dann auch durch die Herren von Winterfeld und Prof. Lent nach 3 Uhr ersucht, mich vor den unten versammelten Parteimitgliedern über die Sachlage nochmals zu äußern. Die Herren befanden sich alle drei in großer Aufregung. Herrn von Winterfeld standen die Tränen in den Augen. Man sprach von Einzelvorgängen im Lande, die ein Auseinanderlaufen der Partei einleiten würden. Ich hatte für den Nachmittag ganz unaufschiebbare, mit dem Hergange der Dinge in Verbindung stehende Besprechungen vereinbart und konnte, wenn nicht wieder die ganze Zeiteinteilung umgestoßen werden sollte, eine Teilnahme an der Besprechung nicht zusagen. Auch wies ich darauf hin, daß ich Erklärungen in dem größeren Kreise abzugeben nicht in der Lage sei und daß erst zwei Tage vorher eine stundenlange Aussprache stattgefunden und zur vollen Einigung geführt habe. In der ohne mich stattfindenden Aussprache hat sich dann auf den verschiedensten Seiten das Bestreben geltend gemacht, durch eine Selbstauflösung der Partei den Schädigungen der Parteimitglieder vorzubeugen, die sich aus einem gewaltsamen Vorgehen der Regierung ergeben würde. Es ist Herrn von Freytagh eine Art von Vollmacht erteilt worden, mit Frick über die Sachlage und die sich daraus ergebenden Maßnahmen zu verhandeln. In später Abendstunde kam Exc. Hergt noch zu mir nach Dahlem und machte mir die Mitteilung, daß Kube eine unverbindliche Unterhaltung mit Steinhoff gehabt habe und daß Herr von Freytagh auf Grund seiner persönlichen Beziehungen zu Frick mit diesem eine persönliche Aussprache in Aussicht genommen habe, womit man in dem versammelten Kreise einverstanden gewesen sei. Ich wies darauf hin, daß solche Verhandlungen von anderer Seite meine für den nächsten Mittag in Aussicht genommene Besprechung mit dem Reichskanzler auf das unangenehmste stören

---

[12] Der Nationale Club (nicht zu verwechseln mit dem „Herrenclub") stand mit der DNVP weder in sachlicher noch in organisatorischer Verbindung. Da aber seine Räume zuoberst im Haus Friedrich-Ebert-Straße 29 lagen, das in den unteren Stockwerken die Hauptgeschäftsstelle der DNVP enthielt, so wurden sie von den Angehörigen und Besuchern des Parteibüros, namentlich auch von Hugenberg selbst, gern zu den Mahlzeiten benutzt. Die an der Sitzung beteiligten Abgeordneten konnten also Hugenberg leicht ein paar Treppen höher aufsuchen. – Winterfeld und Steuer gehörten dem preußischen Landtag, Lent dem Reichstag an; alle drei waren als Gegner des Nationalsozialismus und der Kapitulation vor ihm bekannt.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

können, wenn sie vorher stattfänden, daß man mir das eigentlich nicht zumuten könne und daß insbesondere jedes Hervortreten der Absicht meines Rücktritts in einer solchen Besprechung die ganzen Dispositionen durchkreuzen würde, die ich getroffen hätte. Exc. Hergt sagte, daß er unmittelbar von mir aus zur Bahn fahren müsse, um abzureisen[13], hat aber offenbar inzwischen noch einen Mittelsmann erreicht, auf dessen Mitteilungen sich die nachstehenden von Herrn von Freytagh an mich gerichteten Zeilen beziehen:

„Dort[14] habe ich betont, daß wir die Wahl haben zwischen Kampf oder Verständigung, daß wir aber keinesfalls untätig abwarten dürften. Es sei vor allem notwendig zu wissen, was der Gegenspieler will. Ich erbot mich, Frick zu besuchen und darüber Klarheit zu schaffen. Die Anwesenden stimmten zu. Sie ließen mir dann sagen, ich dürfe keinesfalls über Ihre Rücktrittsabsicht mich äußern. Das habe ich auch nicht getan, obgleich es mir bei dem sehr offenen Charakter unseres Gespräches mit Frick schwer fiel. Sie haben mir außerdem sagen lassen, mein Besuch bei Frick hätte keinen Zweck. Das hat mir der Beauftragte erst nachträglich übermittelt, wie er sagte, um mich nicht irre zu machen. So konnte ich mit gutem Gewissen zu Frick gehen."

Auf diese Weise ist es möglich geworden, daß ich am Dienstagnachmittag nach Überreichung meines Abschiedsgesuches von der Partei mit der Mitteilung über die stattgefundenen Verhandlungen überrascht wurde, die geradewegs auf eine Selbstauflösung der Partei hinausliefen.

Nach der Besprechung mit dem Reichskanzler habe ich sofort ein neues Zusammentreffen mit Staatssekretär Meißner vereinbaren lassen, das auf Nachmittag 3 Uhr 50 festgesetzt wurde. Ich mußte außerdem ein zweites Schreiben an den Reichspräsidenten aufsetzen, nachdem ich gehört hatte, daß der Staatssekretär am Abend nach Neudeck fahren wolle. Dieses Schreiben ist in Abschrift beigefügt[15].

Ich machte Herrn Meißner von dem Verlauf der Unterhaltung mit dem Reichskanzler Mitteilung und verabredete mit ihm, daß er dies Schreiben am Abend mitnehmen wolle. Als es ihm abends gegen 11 Uhr überreicht wurde, ließ er mir noch mitteilen, daß der Reichskanzler das obenerwähnte Verlangen meines Verbleibens im Kabinett trotz etwaiger Auflösung der Partei als ein Mißverständnis bezeichnet habe[15a]. Von der Unterhaltung mit mir (um 3 Uhr 50) begab sich Staatssekretär Meißner in die Kabinettssitzung, an der ich nicht mehr teilnahm.

Ich mußte außer dem Schreiben an Hindenburg noch die beiliegende Erklärung aufsetzen, die ich auf Grund der Besprechung vom Sonnabend in Anknüpfung an einen Entwurf des Herrn Brosius der Führerring-Tagung zur Annahme empfehlen wollte[16]. Diese Umstände hatten eine Verspätung von einer Stunde zur Folge, durch die ein Teil der Versammlung sehr beunruhigt und verärgert war. Ich erfuhr inzwischen, was am Vormittag und Mittag vor sich gegangen war, teilte der aus etwa 60–80 Personen bestehenden Versammlung mein Abschiedsgesuch, den Inhalt meiner Unterhaltung

---

[13] Er sollte Hugenbergs Abschiedsgesuch nach Neudeck bringen; s. o. S. 201.

[14] In der Sitzung am Montag nachmittag

[15] S. Dokument Nr. 3.

[15a] Im Gegensatz zu dieser Mitteilung hat Hitler in der Kabinettssitzung vom 27. 6. (s. das Protokoll in englischer Übersetzung in: Documents on German Foreign Policy, series C, vol. 1, S. 607—608) wiederum als seinen Wunsch betont, unter den von ihm gestellten personellen Bedingungen (wie sie die obige Niederschrift Hugenbergs erwähnt) Hugenberg im Kabinett zu behalten. Meißner seinerseits berichtete in der Sitzung, Hugenberg habe ihm gegenüber erklärt, er halte eine Selbstauflösung der DNVP für das beste.

[16] S. Dokument Nr. 4.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit dem Reichskanzler, mein zweites Schreiben an den Reichspräsidenten, den Entwurf einer Erklärung und den mir sonst wesentlich erscheinenden Tatbestand mit. Es wurde dann durch Herrn von Freytagh Näheres über seine Verhandlungen mitgeteilt und betont, daß noch für den gleichen Abend eine weitere Verhandlung mit Frick und dem Reichskanzler in Aussicht genommen sei und daß noch am gleichen Abend eine schriftliche Vereinbarung über die Selbstauflösung der Partei und die von der andern Seite zu gebenden Sicherungen abgeschlossen werden müssen. Die sich zunächst meldenden Redner wurden nur ungern und mit Unruhe angehört. Insbesondere wurde auch seitens der Herren von Freytagh und von Winterfeld die Eilbedürftigkeit und die Unmöglichkeit betont, sich noch in Reden über die Angelegenheit auseinanderzusetzen. Ich habe den Anwesenden dann gesagt, daß sie selbst über ihr eigenes Schicksal oder [das] Schicksal der Partei entscheiden müßten, und habe abstimmen lassen. Dabei ergab sich, daß nur 8–10 der Anwesenden mit mir gegen die Beauftragung des Ausschusses mit Verhandlung und Abschluß stimmten. Die Sitzung wurde etwa um 8 Uhr bis auf 9 Uhr 30 vertagt. Ich erklärte, daß ich wegen der noch zu erledigenden Geschäfte kaum in der Lage sei, noch wieder zurückzukommen. Mit den Herren Quaatz, von Rohr und Vogelsang habe ich beim Abendessen bei Huth den endgültigen Wortlaut des zweiten Schreibens an Hindenburg festgelegt, habe es dann schreiben und zum Staatssekretär Meißner bringen lassen und bin schließlich auf den mir von verschiedenen Seiten geäußerten Wunsch gegen ½12 Uhr doch noch für einen Augenblick in die Friedrich-Ebert-Straße gefahren. Dort war inzwischen das anliegende Abkommen[16a], von dem mich die Herren von Winterfeld und Dr. Poensgen zwischendurch (gegen 10) in Kenntnis gesetzt hatten, verlesen und genehmigt. Herr von Winterfeld richtete noch einige Worte des Dankes an mich. Ich erwiderte ungefähr in folgendem Sinne:

Der Punkt in den Ausführungen des Herrn von Winterfeld, mit dem ich am meisten einverstanden gewesen sei, sei der, daß es an diesem Abend nicht vieler Worte bedürfe. Ich sei in der Tat der Meinung, daß wir alle Veranlassung hätten, uns stumm nach Hause zu begeben und in unsere Klause oder in unsern Wald zu verkriechen. Es sei für mich in den letzten Tagen und Wochen vornehmstes Ziel des Handelns gewesen, in jeder Hinsicht anständig zu bleiben und mir meinen guten Namen nicht verunzieren zu lassen. Ich hätte die Hoffnung, daß mir dies in einer schwierigen Lage gelungen sei, und empfände dieserhalb eine große Befriedigung und Erleichterung. Man wisse ja zwar nicht, was man in diesen Tagen noch sagen darf, aber es sei mir eines in diesen Stunden durch den Kopf gegangen und das wolle ich noch hinzufügen: Wenn man einmal hören sollte, ich hätte Selbstmord begangen, so möge man es keinesfalls glauben. Ich würde das nicht tun und sei überhaupt nicht dafür, daß man Selbstmord begehe[17].

Mit diesen Ausführungen wurde mein letztes Zusammensein mit einer Körperschaft der Partei – ich glaube, sie hieß zuletzt „Führerringtagung" – abgeschlossen.

[16a] Liegt nicht vor. (Der Wortlaut des „Freundschaftsabkommens" wurde am 29. 6. 33 in der Presse veröffentlicht.)

[17] Neben dem offensichtlichen Tadel am Selbstmord der DNVP enthält diese Äußerung eine damals allgemeinverständliche Anspielung auf den Tod des früheren Fraktionsvorsitzenden Dr. Oberfohren am 8. Mai 1933: viele bezweifelten, daß er sich selbst erschossen habe, und vermuteten ein nationalsozialistisches Attentat. Vgl. dazu jetzt die kritische Auseinandersetzung mit dieser Vermutung im „Spiegel", 13. Jg. (1959), Nr. 48, S. 49.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument Nr. 3

Hugenberg an den Reichspräsidenten

Berlin, den 27. Juni 1933.

Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

Darf ich meinem gestrigen offiziellen Schreiben ein persönliches Wort anfügen?

Bei der Mitteilung meiner Absichten bat der Herr Reichskanzler mich zwar, im Amte zu bleiben, aber die Deutschnationale Front aufzulösen, den Staatssekretär von Rohr durch einen Nationalsozialisten zu ersetzen und auf einen Teil der jetzt von mir bekleideten Ämter zu verzichten. Trotz der freundlichen Form, in der diese Vorschläge erörtert wurden, ist es klar, daß dadurch meine Lage, die ich in meinem gestrigen Schreiben geschildert habe, nur noch unhaltbarer werden würde.

Nach meiner Erklärung, daß dieser Weg mir nicht gangbar erscheine, und daß ich meine Freunde im Lande nicht im Stiche lassen könnte, meinte der Herr Reichskanzler, der Erfolg meines Austrittes würde ganz unabhängig von seinem Willen der sein, daß Tausende meiner Anhänger im Lande ihre Stellen verlören und ins Unglück kämen und daß ein Kampf auf der ganzen Linie, auch auf dem Gebiete der Presse und des Films entbrennen würde, der binnen drei Tagen entschieden sein würde.

Ich wies darauf hin, daß ich nach der bereits abgegebenen Erklärung nicht in die „Opposition" gehen wolle, daß ich deshalb nicht einsähe, weshalb eine solche Feindschaft zwischen Verbündeten wegen meines Ausscheidens notwendig sei. Entspräche dieser Rücktritt doch den unter stärksten Beschimpfungen ausgesprochenen Wünschen vieler nationalsozialistischer Organe.

Sehr verehrter Herr Reichspräsident! Ganz gleichgültig wie die von meinen Freunden geführten Verhandlungen über eine Auflösung der Partei auslaufen: mein Austritt aus der Regierung darf nicht den Vorwand zu einer Verfolgung gutgesinnter, Ihnen und Ihrer Regierung ergebener Deutscher bilden. Andererseits darf mir durch solche Hinweise nicht die Freiheit genommen werden, auf meine Mitarbeit in der Regierung zu verzichten, wenn sie unter Bedingungen und in einer Lage erfolgen soll, die für mich untragbar und so, wie die Dinge z. Zt. aussehen, für das Land nutzlos sein würde. Ich glaube, diese menschliche Freiheit und die Sicherheit derjenigen, die meiner Führung bislang anvertraut sind, von Euerer Exzellenz als dem Schirmherrn der gesamten nationalen Bewegung in Deutschland umsomehr erbitten zu dürfen, als unter Ihrem Segen doch eigentlich der Bund vom 30. Januar geschlossen ist. Ich kann auf der mir zugemuteten Grundlage nicht mitarbeiten – kann es auch als evangelischer Christ nicht.

In dieser Gesinnung verbleibe ich
Euerer Exzellenz
stets aufrichtig ergebener
gez. Hugenberg.

Dokument Nr. 4

Entwurf zu einer Erklärung der DNVP

Die Deutschnationale Front tritt in dieser schicksalsschweren Stunde, die für Deutschland unabsehbar ist, geschlossen hinter ihren Führer Hugenberg. Sie billigt seinen Schritt in voller Würdigung der Gründe, die ihn dazu veranlaßt haben, und dankt ihm, daß er sich die Unabhängigkeit des Handelns bewahrt hat. Für das, was er

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in den kurzen Monaten für den organischen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft unter völliger Beseitigung des alten verderblichen Kurses und unter Ablehnung von Experimenten tat, hat das deutsche Volk Anlaß, ihm zu danken. Zum Besten des Volkes hoffen wir, daß das Werk, das er begonnen, in seinem Sinne fortgeführt wird.

Die heute in Berlin versammelten Führer der Landesverbände bitten Dr. Hugenberg einstimmig, die Führung der Deutschnationalen Front wieder zu übernehmen. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Kabinett und in Gemeinschaft mit ihm steht die Deutschnationale Front hinter dem nationalen Staate und seiner nationalen Regierung. Wie ihre gesamte Vergangenheit und insbesondere auch die Kämpfe seit dem Jahre 1929 ergeben, hat die Deutschnationale Front nichts mit den Stützen des alten Systems gemein und weist selbstverständlich jeden Gedanken und jeden Vorwurf mit Entrüstung zurück, der sie etwa des Zusammenspiels mit Marxisten oder Kommunisten zeihen könnte.

Die Deutschnationale Front hat entsprechend ihrer Vergangenheit und Grundeinstellung bereits vor Monaten durch ihre Namensänderung drastisch zum Ausdruck gebracht, daß sie das alte liberalistische System der Parteien als Grundlage des Staates verwirft. Wenn es zu dem in den letzten Tagen mehrfach angekündigten Verbote aller Parteien kommen sollte, so kann ein solches Verbot sie nicht treffen. Sollte es sie trotzdem treffen, so ist sie dagegen machtlos.

Aber unter allen Umständen hält sie an den Idealen des 30. Januar 1933 fest und will ein national regiertes Deutschland.

Die Führer der Deutschnationalen Front verlassen ihre Anhänger im Lande nicht. Aber sie verschweigen ihnen auch eine einfache Tatsache des Augenblicks nicht: wer in der Deutschnationalen Front steht, muß wissen, daß er es nicht um äußerer Vorteile willen tut, nicht um gefördert oder geschützt zu werden.

Denjenigen, die aus äußeren Gründen glauben, die Deutschnationale Front verlassen zu müssen, und die den politischen Anstand besitzen, alsdann ihre Ämter in die Hand der Organisation zurückzulegen, die sie ihnen gegeben hat, geben wir hiermit gern ihre äußere Freiheit zurück. Nur die Liebe zur Sache, zur Idee und zum Vaterlande kann heute den Kreis unserer Freunde zusammenhalten. Es kommt nicht auf die Zahl unserer Freunde an, sondern auf die Heiligkeit unserer Tradition. Unter der Losung „Mit Gott für Kaiser und Vaterland" treten wir für unsere völkischen und nationalen, konservativen und sozialen Ziele ein und werden immer da zu finden sein, wo wahrer Dienst am Vaterlande geleistet wird. Heil Deutschland!

Dokument Nr. 5

Brief des Professors Frhr. v. Freytagh-Loringhoven an Pfarrer D. Traub[18]

Breslau, 2. 11. 1935.

... Ich kam am 26. 6. 33 nach Berlin, um an einer ordnungsmäßig geladenen Sitzung des sog. Führerstabes (früher Parteileitung) teilzunehmen. Herr von Winter-

[18] Nach einer Abschrift aus den Akten Traubs. Anfang und Schluß des Briefes sind weggelassen. Aus ihnen ergibt sich, daß die Vorgänge um die Selbstauflösung der Partei noch im Herbst 1935 Gegenstand vorwurfsvoller Auseinandersetzungen waren. Traub hatte in einem kurzen Schreiben vom 31. Oktober 1935 den im letzten Satz des Dokuments erwähnten Vorwurf gegen Freytagh-Loringhoven erhoben, dessen Berechtigung dieser bestreitet, durch seine Darstellung aber eher bestätigt. Danach (vgl. Abs. 4) lautete sein Auftrag jedenfalls

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

feld als stellvertretender Parteivorsitzender eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß Herr Hugenberg verhindert sei, an ihr teilzunehmen. Zugleich teilte er mit, daß Herr Hugenberg entschlossen sei, seinen Rücktritt als Minister zu vollziehen. Diese Tatsache zusammen mit der gesamten Lage, in die die Partei während der letzten Monate geraten sei, mache es notwendig, die Frage ihres Fortbestehens zu erörtern. Es sei anzunehmen, daß die Repressalien, deren Gegenstand sie seit geraumer Zeit sei, nun in verstärktem Maße fortgeführt werden würden. Schon jetzt sei es kaum mehr möglich, die Parteifreunde zusammenzuhalten. Das ergebe sich aus einer Reihe von mündlichen und schriftlichen Berichten, deren Inhalt des Näheren dargelegt wurde.

Die anwesenden Vertreter von Landesverbänden schlossen sich diesen Berichten an. Auch ich tat das auf Grund meiner persönlichen Erfahrung, wobei ich besonders erwähnen möchte, daß ich selbst seit mehreren Monaten kommissarischer Landesverbandsvorsitzender war, weil in kurzen Abständen zwei Landesverbandsvorsitzende ihre Ämter niedergelegt hatten und ein neuer nicht zu finden war. Desgleichen waren von 24 Kreisvorsitzenden in Mittelschlesien im Laufe der letzten Monate 13 zurückgetreten, ohne daß sie hätten ersetzt werden können.

Angesichts des Ernstes dieser Sachlage wurde Herr Hugenberg, der sich im Parteihause aufhielt, im Laufe der Sitzung zweimal durch Abgesandte gebeten, an der Sitzung teilzunehmen. Er lehnte es beide Male ab.

Es wurde darauf beschlossen, zunächst festzustellen, welche Absichten der DNVP gegenüber bei der Reichsregierung bestünden. Zu diesem Zweck wurde einerseits Herr Steinhoff beauftragt, mit Herrn Kube Fühlung zu nehmen, andererseits ich, mit Herrn Dr. Frick. Die Besprechung zwischen den Herren Steinhoff und Kube kam nicht zustande, während die zwischen Herrn Frick und mir am nächsten Vormittag stattfand.

Herrn Hugenberg wurde noch am Abend des 26. 6. von diesem Herrn Steinhoff und mir erteilten Auftrage Mitteilung gemacht, und zwar durch die Herren Hergt und Steuer. Herr Hergt verließ Berlin im Anschluß an das Zusammentreffen mit Herrn Hugenberg, so daß ich ihn nicht mehr gesehen habe. Herr Steuer aber teilte mir im Auftrage des Herrn Hugenberg mit, daß dieser gegen meinen Besuch bei Herrn Dr. Frick nichts eingewendet und nur geäussert habe, dass er diesen Besuch für zwecklos halte, mich aber jedenfalls bäte, seinen bevorstehenden Rücktritt nicht zur Sprache zu bringen. Vorgreifend bemerke ich, daß ich mich an diese Beschränkung gehalten habe, obgleich mir das angesichts des sehr vertrauensvollen Charakters meines Gesprächs mit Herrn Dr. Frick sehr schwer fiel.

Ich habe am nächsten Vormittag, am 27. 6., die Unterredung mit Herrn Dr. Frick gehabt, bei der ich zur Überzeugung gelangte, dass die freiwillige Auflösung der Partei den einzigen Ausweg darstelle, wenn wir nicht in einen offenen und für uns schon angesichts der Stimmung unserer Parteifreunde ganz aussichtslosen Kampf geraten wollten. Herr Dr. Frick betonte, daß er über die Angelegenheit dem Reichskanzler Vortrag halten müsse. Mit diesem Vorbehalt aber einigten wir uns eventualiter über die Bedingungen, unter denen die Auflösung zu vollziehen wäre. Ich hebe darunter hervor die Anerkennung unserer Gleichberechtigung, den Verzicht auf jede Verfolgung unserer Parteifreunde und die Unterbringung unserer Parteibeamten.

---

allein dahin, „zunächst festzustellen, welche Absichten der DNVP gegenüber bei der Reichsregierung bestünden", also nicht, über die Bedingungen zu verhandeln, unter denen eine eventuelle Auflösung erfolgen könne. Allerdings spricht Hugenberg (vgl. Dok. Nr. 2) selbst davon, daß in der ihrem Ergebnis nach erst am späten Abend des 26. 6. zu seiner Kenntnis gelangten Sitzung des Parteivorstandes Freytagh „eine Art von Vollmacht erteilt worden" sei, „mit Frick über die Sachlage und die sich daraus ergebenden Maßnahmen zu verhandeln".

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herr Frick bat mich, mich zur Verfügung zu halten, worauf ich mich in den Russischen Hof begab, wo ich einer Anzahl von Landesverbandsvorsitzenden und Abgeordneten über das Gespräch berichtete. Ich bat einen der anwesenden Herren, die Herren Hugenberg und von Winterfeld anzurufen, doch waren beide nicht erreichbar. Nach etwa einer Stunde rief mich Herr Dr. Frick an und bat mich, sofort zum Reichskanzler zu kommen. Dieser empfing mich mit den Worten: „Soeben hat Herr Dr. Hugenberg mir sein Abschiedsgesuch übergeben. Damit treten die Deutschnationalen in die Opposition über." Die von mir erhobenen Einwände schob er beiseite, indem er sie als theoretisch, nicht aber praktisch richtig bezeichnete. Er fuhr dann fort: „Morgen werden Tausende von deutschnationalen Beamten auf der Straße liegen. Ich kann das nicht hindern. Und was sonst geschehen wird, kann ich auch nicht hindern." Im Anschluß daran entwickelte sich ein Gespräch, das eine reichliche Stunde dauerte. Im Ergebnis kamen wir zu denselben Vereinbarungen, die vorher zwischen Herrn Dr. Frick und mir getroffen waren, mit dem Vorbehalt, dass sie von dem für den Nachmittag desselben Tages schon vorher einberufenen deutschnationalen Parteivorstande gebilligt werden würden.

Ich verließ die Reichskanzlei gegen 1 Uhr und traf nun im Russischen Hof mit Herrn von Winterfeld zusammen. Nachdem ich ihn informiert hatte, baten wir Herrn Hugenberg dringend um eine Zusammenkunft. Er sagte sie uns zu $^1/_2$4 Uhr zu, da die Parteileitung um 4 Uhr, der Parteivorstand um 5 Uhr zusammentreten sollte. Herr von Winterfeld und ich erwarteten ihn von $^1/_2$4 Uhr an in seinem Zimmer im Parteihause. Er kam jedoch nicht, traf vielmehr erst nach 5 Uhr ein, als die Sitzung der Parteileitung schon vorüber war und die des Parteivorstandes begonnen hatte. Er übernahm den Vorsitz. Ich wiederholte den Bericht über meine Besprechungen, den ich schon vor seinem Eintreffen beiden Gremien erstattet hatte. Er sagte darauf wörtlich: „Das ist allerdings erstaunlich viel" und ließ die begonnene Beratung weitergehen, ohne selbst Stellung zu nehmen. Vielmehr beschränkte er sich darauf, sein Abschiedsgesuch zu verlesen, das die grundlegenden politischen Fragen nur streifte und sich im wesentlichen mit den Ressortschwierigkeiten beschäftigte, denen er als Minister ausgesetzt gewesen war.

Nach Abschluß der Beratungen ließ Herr Hugenberg eine Abstimmung vornehmen, bei der mit 56 gegen 4 Stimmen beschlossen wurde, die zwischen den Herren Hitler und Frick einerseits und mir andererseits besprochene Vereinbarung anzunehmen. Herr Hugenberg äusserte Zweifel nur darüber, ob die in den Vorbesprechungen zugestandenen Bedingungen beim endgültigen Abschluß aufrecht erhalten werden würden.

Die Herren von Winterfeld, Poensgen und ich wurden mit dem formellen Abschluß betraut. Dieser vollzog sich ohne jede Schwierigkeiten bei größtem Entgegenkommen der anderen Seite. Das Abkommen wurde vom Reichskanzler persönlich unterzeichnet und ich darf nach Ablauf von mehr als zwei Jahren sagen, daß zwar in der Frage der Gleichberechtigung sich praktisch die bekannten Schwierigkeiten ergeben haben, daß aber die beiden positiven Punkte eingehalten worden sind. Ich selbst habe in fast allen zu meiner Bearbeitung gelangten Fällen erreichen können, dass die Maßnahmen aufgehoben wurden, die sich gegen unsere vormaligen Parteifreunde um dieser ihrer Eigenschaft willen richteten. Desgleichen sind von unseren mehr als 300 Parteibeamten mit Ausnahme von zweien oder dreien, bei denen besonders schwierige Verhältnisse vorlagen, alle in entsprechenden Stellungen versorgt worden.

Ich kann nicht umhin, dabei zu betonen, dass ohne den Abschluß jenes Abkommens ganz zweifellos das Schicksal unserer Parteifreunde, insbesondere das der Staatsbeamten unter ihnen, sehr unglücklich gewesen wäre.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wenn Herr Hugenberg das Abkommen mißbilligte, hatte er nach der damals geltenden Verfassung der DNVP das Recht und die Möglichkeit, allein zu entscheiden. Er brauchte nicht abstimmen zu lassen und konnte darüber hinaus die Mitglieder der Leitung sowohl wie des Vorstandes ihrer Ämter entheben. Er konnte mir die Unterredung mit Herrn Dr. Frick untersagen, konnte mich aus Leitung und Vorstand, konnte mich auch aus der Partei ausschliessen. Er hat das nicht getan, hat vielmehr in voller Kenntnis der Sachlage alle diese Verhandlungen stattfinden lassen und hat sich der endgültigen Beschlußfassung in keiner Weise widersetzt.

Ich stelle das fest und unterlasse jede Ausführung darüber, ob und wieweit er durch sein Verhalten in der Zeit vom 30. 1. 33 ab zu der Entwicklung beigetragen hat, die die Auflösung unvermeidlich machte. Ebensowenig will ich die Frage erörtern, ob, wie er nachträglich wiederholt betont hat, ein Fortbestehen der Partei möglich gewesen wäre. Im Augenblick kommt es mir nur darauf an, dass Ihre Behauptung, ich hätte „ohne Vorwissen des Parteiführers H. die entscheidende Verhandlung geführt", in offenkundigem Widerspruch zu den Tatsachen steht. . . .

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Wolfgang Abendroth, Professor für wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg, Marburg, Georg-Voigt-Straße 7a.

Dr. J. W. Brügel, Publizist, 21 Connaught Drive, London NW 11.

Dr. Anton Ritthaler, München 23, Clemensstraße 22.

Dr. Hans Buchheim, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstraße 26.

Alfred Späth, Eppelheim über Heidelberg, Lönsstraße 11.

Hugh Trevor-Roper, Regius Professor of Modern History an der Universität Oxford, Oxford, Merton Street.

Jahrgang 8 (1960), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte